



LANDKREISTAG KOMPAKT

MITTEILUNGEN DES BAYERISCHEN LANDKREISTAGS

Ausgabe Nr. 2/2021



Landräte im Austausch mit Bundesgesundheitsminister Spahn bei der diesjährigen hybriden Landkreisversammlung

BAYERISCHER LANDKREISTAG ALS HYBRIDVERANSTALTUNG:
DER RICHTIGE KURS FÜR DIE NÄCHSTEN VIER JAHRE –
DIE BAYERISCHEN LANDKREISE UND DER BUND S. 6

WIR BRAUCHEN DIE KRANKENHÄUSER IN DER FLÄCHE –
WELCHE LEHREN WIR AUS CORONA ZIEHEN SOLLTEN
(GASTBEITRAG DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE
KLAUS HOLETSCHEK) S. 16

FINANZIELLER SCHUTZ BEI WETTEREXTREMEN – WICHTIG AUCH
FÜR LANDKREISE, STÄDTE UND GEMEINDEN
(GASTBEITRAG DER VERSICHERUNGSKAMMER BAYERN) S. 29

**Editorial** 4**Landkreisversammlung**

Bayerischer Landkreistag: Vollversammlung erstmals als Hybrid- veranstaltung: Der richtige Kurs für die nächsten vier Jahre – Die bayerischen Landkreise und der Bund	6
---	---

Aktuell

Wir brauchen die Krankenhäuser in der Fläche – Welche Lehren wir aus Corona ziehen sollten (Gastbeitrag des bayerischen Staatsministers für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek)	16
LernFreizeit 2020 – Pandemie, Chancengerechtigkeit und Lernen – Ein kooperativer Modellversuch	17
Landratsämter packen an – Projekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0“ gestartet	20
„Die Daten müssen laufen, nicht die Bürger“ – die Register- modernisierung nimmt endlich Fahrt auf	23
IT-Sicherheit in Zeiten des Homeoffice; der Faktor Mensch wird immer wichtiger	26
Finanzieller Schutz bei Wetterextremen – wichtig auch für Landkreise, Städte und Gemeinden (Gastbeitrag der Versicherungskammer Bayern)	29
Wissen sicher sichern: Digitale Fortbildungen für den öffentlichen Dienst in Bayern (Gastbeitrag von Roswitha Pfeiffer/BVS)	30

Medizinisch gut versorgt

Klinikum Landkreis Erding – gerüstet für die Zukunft	32
Die Kreiskliniken Dillingen-Wertingen gGmbH – für moderne Medizin mit Persönlichkeit	35
Kreisklinik Würth an der Donau	39
Ein Meilenstein folgt dem anderen – Klinikum Kulmbach	42
Die Relevanz kleinerer Krankenhäuser am Beispiel der Kliniken Am Goldenen Steig im Landkreis Freyung-Grafenau	47
Koordinierungsstelle Ärzteversorgung im Landkreis Cham	50

Haus der bayerischen Landkreise

Die Bekämpfung der Corona-Pandemie erfordert Verlässlichkeit; Landräte diskutierten mit Gesundheitsminister Holetschek über die aktuelle Situation	52
--	----

Aus den Landkreisen

Bürgerinformation zum Thema Energie und Klima im Landkreis Miltenberg	53
Kooperative Stadt-Land-Partnerschaft auf Augenhöhe: Die Europäische Metropolregion Nürnberg	54
Offenes Programm zum guten Bauen – Das übergreifende Vorzeige- projekt Baukulturregion Alpenvorland hat Fahrt aufgenommen	59
Weitermachen – Mut machen – Mitmachen: Der Landkreis Neumarkt i.d.OPf. hält zusammen – für Kinder und Jugendliche in der Region	61
Glück, Natur und Technik: Entdecke die Schätze direkt vor der Haustür – Landkreis Unterallgäu	63
Kinderbetreuung ist Qualitätsarbeit: Am Landratsamt Regen gibt es eine Stelle zur pädagogischen Qualitätsbegleitung in Kindertages- einrichtungen	65
Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen will noch nachhaltiger werden	66
Helden gesucht – Per App zum passenden Ehrenamt	68
Personalien	70

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München
Telefon (089) 286615-0
Telefax (089) 282821
info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Dr. Johann Keller
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags
Sarah Honold
Peter Görlich
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Herstellung:

Druckerei Schmerbeck GmbH
Gutenbergstraße 12
84184 Tiefenbach

Liebe Leserinnen und Leser,

Corona ohne Ende oder das Ende von Corona? Ohne jeden Zweifel, wir alle sehnen das Ende von Corona herbei. Doch es ist trotz gesunkener Infektionszahlen nicht in Sicht. Die aktuelle Entwicklung verbreitet zwar Erleichterung, Freude, vielleicht sogar ein wenig Euphorie. Doch müssen wir uns nicht auf Dauer, zumindest auf lange Zeit, mit der Existenz des Virus und seinen Einflüssen auf die Menschen abfinden, wie das bei anderen Virusarten in der Vergangenheit der Fall war? Seit mehr als 15 Monaten „begleitet“ es uns im Alltag mit bis dahin kaum vorstellbaren Einschränkungen der Freiheit. Dass wir dieses Themas überdrüssig sind, ist allzu verständlich.

Eigentlich haben die Landkreise als Gebietskörperschaften bei der Bekämpfung der Pandemie keine Kompetenzen – die liegen beim Land und beim Bund. Doch als Träger des staatlichen Landratsamtes mit dem Gesundheitsamt sind sie mitten im Geschehen. Dort werden u.a. Kontakte von Infizierten nachverfolgt, Anordnungen zum Infektionsschutz getroffen und Testzentren sowie Impfzentren gemanagt. Allein schon die Bereitstellung von Personal und Räumlichkeiten mit deren Ausstattung fordert auch die Landkreise. Die Auswirkungen spüren sie zudem in ihrem eigenen Aufgabenbereich, etwa in ihren Krankenhäusern, bei ihren Sozialaufgaben, zum Beispiel der Kinder- und Jugendhilfe, im ÖPNV, in der Verwaltung schlechthin und und und.

Bund und Länder haben mit zahlreichen Hilfsprogrammen gewaltige Summen bereitgestellt, um den Menschen, der Wirtschaft und auch den Kommunen unter die Arme zu greifen. Kommunal besonders von Bedeutung etwa der Ausgleich weggefallener Gewerbesteuererinnahmen 2020, Unterstützungsleistungen für Krankenhäuser oder der ÖPNV-Rettungsschirm. Lobenswert, wenngleich die Kehrseite – ein drastischer Anstieg der Staatsverschuldung zulasten nachfolgender Generationen – nicht außer Acht gelassen werden darf. Es entstand der



Dr. Johann Keller
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

Eindruck, trotz Pandemie müsse der bisherige Standard – privat wie öffentlich – in jedem Fall erhalten werden. Eine Art „Vollkaskomentalität“ wurde weiter geschürt, indem soziale Leistungen, so sinnvoll und berechtigt sie für sich betrachtet auch sein mögen, ausgebaut wurden bzw. werden. Gemeint sind damit zum Beispiel das Ganztagsförderungsgesetz, das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, aber auch schon vorher erlassene Gesetze wie das Angehörigenentlastungsgesetz. Weitere Ideen, wie die Pflege-reform bzw. Pflegeplatzgarantie stehen im Raum. Können wir uns das alles (noch) leisten? Und dabei sind gewaltige Herausforderungen im Klima- und Umweltschutz noch gar nicht mitgerechnet.

Zum Leidwesen der Landkreise befinden sich diese in einer Art „Sandwich-Position“. Ihre Aufgaben und damit zwangsläufig die Ausgaben nehmen zu. Das seit nunmehr fast 20 Jahren in Bayern geltende Konnexitätsprinzip schützt sie nur bedingt vor neuen Ausgabenverpflichtungen. Da sie über keine eigenen Steuereinnahmen verfügen, sind sie gezwungen, die benötigten Finanzmittel über die Kreisumlage von den kreisangehörigen Gemeinden einzufordern, die ihrerseits nicht im Überfluss davon haben. Höchste Zeit, wie ich finde, gegenzu-

steuern und die Eigenverantwortung der Menschen wieder zu stärken. Ist es etwa unzumutbar, wenn gut verdienende Kinder zum Lebensunterhalt ihrer Eltern, sollten sie Not leiden, einen Beitrag leisten?

Im Rahmen unserer diesjährigen – erstmals als Hybridveranstaltung durchgeführten – Landkreisversammlung haben wir uns mit einem wichtigen Ausschnitt dieser Zukunftsfragen, der Krankenhauspolitik, vertieft beschäftigt. Die Veranstaltung war wie immer hochkarätig besetzt. Neben Minister Jens Spahn, MdB, war mit Prof. Bofinger auch wieder ein renommierter Wissenschaftler mit von der

Partie. Einen ausführlichen Bericht über die Ergebnisse sowie über die Grundsatzrede von Präsident Christian Bernreiter finden Sie in dieser Ausgabe.

Ihr

Dr. Johann Keller

Bayerischer Landkreistag: Vollversammlung erstmals als Hybridveranstaltung

Der richtige Kurs für die nächsten vier Jahre – Die bayerischen Landkreise und der Bund

Erstmals in hybrider Form fand am 19. Mai 2021 die Landkreisversammlung unter erschwerten Rahmenbedingungen statt. Eigentlich war eine zweitägige Veranstaltung in Lindau am Bodensee geplant, die neben den reinen Fachfragen auch hinreichend Raum für den persönlichen Austausch untereinander und mit den Ehrengästen geboten hätte. Aufgrund des Infektionsgeschehens war eine Präsenzveranstaltung aber leider nicht möglich, weshalb die Versammlung auf eine eintägige Arbeitstagung mit limitierter Teilnehmerzahl eingedampft werden musste. Gleichwohl war das Interesse unserer Mitglieder ungebrochen. Rund 140 Zuhörer verfolgten vor Ort und an ihren Bildschirmen zuhause aufmerksam die Reden und konnten sich interaktiv an den Gesprächen und Diskussionen beteiligen.

Der gemeinsame Kurs auf die Zukunft

In seiner Grundsatzrede mit Blick auf die Bundestagswahl am 26. September 2021 konzentrierte sich Präsident Christian Bernreiter auf die vier Megathemen Corona, Wirtschaft, Klima und starke Landkreise als Fundament des Staates.



Pandemie überwinden

„Zunächst gilt es, die Corona-Pandemie zu überwinden und die Gesellschaft zu einen. Es geht darum, in der Pandemie sicher über die Ziellinie zu kommen. Trotz vieler Herausforderungen haben wir in den letzten Monaten bereits erfolgreich bewiesen, dass in der Pandemie auf das überragende Engagement der Landratsämter nicht verzichtet werden kann. Kontaktnachver-

folgung, Quarantäne gewährleisten, kontrollieren, Bußgeldbescheide, Teststrecken aufbauen und betreiben, Impfzentren, Masken verteilen, Bürgertelefone, informieren, erklären und beraten – all diese Aufgaben wären ohne uns und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort nicht zu leisten gewesen“, so Bernreiter. Die Langzeitstrategie zielt darauf ab, ein vertretbares normales Leben mit dem Virus zu ermöglichen. Dazu hilft aktuell nur eins: Impfen, Impfen, Impfen! Nur so können die Menschen sukzessive ihre Freiheitsrechte zurückerhalten. Deshalb ist es so wichtig, dass Impfstoff in ausreichender Menge bereitsteht und gleichmäßig verteilt wird. Es darf nicht sein, dass Gebiete mit geringerer Ärztedichte benachteiligt werden, weil dadurch ein Keil in die Gesellschaft getrieben würde.

Stabilisierung der Wirtschaft

„Ferner ist eine schnelle Stabilisierung der Wirtschaft notwendig. Dies verlangt eine kluge Öffnungsstrategie, ohne das Erreichte zu gefährden. Nur wenn wir es schaffen, rasch zu alter wirtschaftlicher Stärke zurückzukehren, sprudeln die Steuereinnahmen und bleiben die Sozialkassen durch hohe Erwerbstätigkeit gesichert. Andernfalls dürften sich die finanziellen Herausforderungen in allen Bereichen ob Klima, Gesundheit oder Pflege kaum schultern lassen!“, so der Präsident.

Klimawandel miteinander gestalten

Den Klimawandel, der als Gefahr für die Lebensgrundlage künftiger Generationen betrachtet wird, nehmen die Landkreise sehr ernst. Seit der Entscheidung des BVerfG vom 24. April 2021 zum Klimaschutzgesetz hat förmlich ein Wettlauf von Bund und Ländern über die zu erreichenden Klimaziele begonnen. Während der Bund Klimaneutralität nicht erst in 2050, sondern bereits in 2045 anvisiert, kündigt Bayern an, dieses Ziel schon 2040 erreichen zu wollen.

Doch die Erfahrung lehrt: Die Ziele sind das eine, die Umsetzung ist das andere. Der Bayerische Landkreis-

tag bekennt sich seit langer Zeit zum Klimaschutz. Intensität und Umsetzungsgeschwindigkeit der Vorgaben müssen sich aber auch künftig an der praktischen Realisierbarkeit orientieren. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum und wird einen Großteil der absehbaren Lasten zu tragen haben. Ein prominentes Beispiel hierfür ist der Verkehr. Fahrzeuge mit alternativen Antriebsarten und ausreichender Reichweite stehen zu erschwinglichen Preisen derzeit noch nicht zur Verfügung. Ein dicht getaktetes ÖPNV-Angebot ist „auf dem Land“ aufgrund der geringen Nutzerzahlen weder wirtschaftlich darstellbar noch ökologisch sinnvoll. Zu den Leidtragenden gehören daher die Pendler, die über die CO₂-Bepreisung deutlich stärker belastet werden und über keine Alternative verfügen. Voraussetzung für das Gelingen der Klimawende ist aber die Akzeptanz in der Bevölkerung vor Ort. Daher müssen die Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang gebracht werden und den Wohlstand und die industrielle Wertschöpfung sichern. Der Klimaschutz kann nicht gegen große Teile der Bevölkerung und die Wirtschaft, sondern nur mit ihnen gemeinsam vorangebracht werden, indem wir den Klimaschutz als Wachstumschance verstehen und ihn sozialverträglich ausgestalten.

Starke Landkreise als Fundament des Staates

„Wir brauchen starke Landkreise und müssen diese als Fundament des Staates zukunftsfest gestalten!“, so Präsident Bernreiter. Voraussetzung hierfür ist eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen.

Bund und Land haben dies richtig erkannt und 2020 die Gewerbesteuer ausfälle in Höhe von 2,4 Mrd. € im Freistaat abgesichert. Mit Blick auf die großen Herausforderungen der Zukunft bedarf es aber auch für 2021 eines entsprechenden Ausgleichs, um die Umlagekraft in 2023 zu stabilisieren.

Eine weitere wertvolle Hilfe war auch der ÖPNV-Rettungsschirm im Umfang von bundesweit 5 Mrd. €, der von einer hälftigen Kostentragung durch Bund und Länder ausgeht. Präsident Bernreiter dankte dafür, dass der Bund für das Jahr 2021 bereits eine Aufstockung um eine weitere Mrd. € in Aussicht gestellt hat, damit die pandemiebedingten Verluste infolge sinkender Fahrgastzahlen und hygienebedingter Mehraufwendungen ausgeglichen werden können. Die Länder sind nun aufgefordert, ihre finanziellen Zusage einer hälftigen Beteiligung am ÖPNV-Rettungs-

schirm ebenfalls einzuhalten. Dabei sichern diese Mittel nur den Status quo und berücksichtigen noch nicht die staatlichen Vorgaben zum Klimaschutz, weshalb Präsident Bernreiter hier dauerhaft mehr Engagement von Bund und Land erwartet.

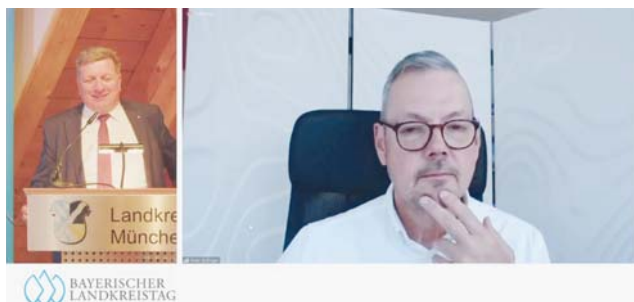
Doch die Einnahmen sind nur eine Seite der Medaille. Mindestens ebenso schwer wiegen die Ausgaben, die den Landkreisen von Bund und Ländern aufgebürdet werden. Die Sozialausgaben haben bereits in wirtschaftlich „guten“ Jahren regelmäßig neue Rekordwerte erreicht. Beispielsweise sind die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2019 erstmals auf über 8 Mrd. € angestiegen. Das entspricht einer Steigerung von 9,4 % gegenüber dem Vorjahr (7,3 Mrd. €). Daneben gibt es zahlreiche weitere Beispiele für Zusatzbelastungen der Kommunen, wie die geplante Pflegeplatzgarantie in Bayern, das Bundesteilhabegesetz, das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, das Ganztagsförderungsgesetz oder das Angehörigenentlastungsgesetz. Angesichts der aktuellen Haushaltslage ist eine differenzierte Ausgaben- bzw. Aufgabenkritik dringend notwendig, um die künftige Kostenentwicklung gerade im Pflege- und Sozialbereich wirksam unter Kontrolle zu halten.

„Der Staat kann nicht alles abnehmen. Wir müssen einer Vollkasko mentalität entgegenwirken und die Eigenverantwortung stärken, um finanzielle Ressourcen für die drängenden Zukunftsfragen im Bereich Klimaschutz, Digitalisierung und medizinische Versorgung freizuschaukeln“, so der Präsident. Eine flächendeckende Breitband- und Mobilfunkversorgung sowie eine adäquate ambulante und stationäre medizinische Versorgung zählen nicht nur zu den Grundvoraussetzungen gleichwertiger Lebensverhältnisse, sondern sind zwingend erforderlich, um in pandemischen Situationen bestehen zu können. Ohne digitale Infrastruktur ist weder Homeoffice noch digitales Lernen möglich. Ohne ausreichende Kapazitäten zur medizinischen Versorgung schwebt über uns das Damoklesschwert einer Überforderung unseres Gesundheitssystems. Wir müssen uns daher in diesen Zukunftsfragen gut aufstellen.

Die Wirtschaft nach der Krise – Prof. Peter Bofinger, Würzburg

Live zugeschaltet aus Würzburg war Prof. Peter Bofinger, der bis Ende Februar 2019 rund 15 Jahre lang Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Wirtschaftswei-

se“) war und zu den einflussreichsten Ökonomen im deutschsprachigen Raum zählt.



Deutschland ist relativ gut durch die Pandemie gekommen

Prof. Bofinger leitete seinen Vortrag mit der Feststellung ein, dass Deutschland im Vergleich zu vielen anderen Staaten relativ gut durch die Pandemie gekommen sei, weil die Politik schnell reagiert und vieles richtig gemacht habe. Exemplarisch nannte er das Kurzarbeitergeld. Dadurch wurden nicht nur die Arbeitgeber entlastet, sondern verfügen auch die Arbeitnehmer über entsprechende Finanzmittel, um nach dem Lockdown die Binnennachfrage wieder ankurbeln zu können. Eine wichtige weitere Sofortmaßnahme wäre seiner Einschätzung nach die Verlängerung der Verlustvortragsmöglichkeiten, um den Unternehmen größeren finanziellen Spielraum für notwendige Investitionen zu geben. Zudem regte er die Ausgabe von Einkaufsgutscheinen an und empfahl, das Arbeitslosengeld I zu verlängern, da die Schwierigkeiten einen Arbeitsplatz zu finden noch nie so schwierig waren wie derzeit.

Wie geht es nach der Pandemie weiter?

Anhand der Strukturdaten aus den Jahren vor der Pandemie zeigte der ehemalige Wirtschaftsweisen auf, dass Deutschland ein massiver Strukturwandel bevorsteht. Das „Deutsche Geschäftsmodell“ besteht in einer starken Export- und Industrieorientierung, wobei die Automobilindustrie besonders im Fokus steht. In allen drei Bereichen haben sich die Rahmenbedingungen aber gravierend verändert.

50 % des BIP in Deutschland resultieren aus dem Exportgeschäft. Der Export ist zwischenzeitlich akut bedroht, weil sowohl China als auch die USA einen harten Kurs des Protektionismus fahren. Hinzukommen De-Globalisierungstendenzen – wie etwa der Brexit, die sich ebenfalls negativ auf die Exportwirtschaft auswirken.

Als Industrienation steht Deutschland auch mit Blick auf die Dekarbonisierung und Digitalisierung vor großen Herausforderungen. In Deutschland ist die industrielle Wertschöpfung mit 20 % sehr stark ausgeprägt und gleichzeitig von den Dekarbonisierungsbemühungen ungleich stärker betroffen als die Digitalisierungsindustrie. Während sich in ganz Europa mit SAP gerade mal ein namhafter Player auf diesem Gebiet findet, haben nahezu alle namhaften Soft- und Hardwareproduzenten wie Apple, Microsoft, Amazon, Alibaba oder Huawei ihren Ursprung in den USA und China. Im Vergleich zu Europa profitieren China und die USA von der Digitalisierung um ein Vielfaches.

In diesem Kontext ist auch die Automobilindustrie zu sehen. Provokant fragt Prof. Bofinger, wie der Begriff Auto sich künftig definieren werde und gibt die mögliche Antwort hierzu als „Software mit etwas Blech rundum“. Doch was im ersten Moment kaum vorstellbar klingt, erscheint bei näherer Betrachtung gar nicht mehr so abwegig, wenn man allein die Entwicklung vom Wahlscheibentelefon zum heutigen Smartphone anschaut. Im Bereich der Elektromobilität hat China inzwischen die Nase vorn, weil es frühzeitig auf die Batterieforschung und die Entwicklung leistungsfähiger Solarzellen gesetzt hat, während die deutschen Automobilbauer – mit Ausnahme von VW – immer noch dem Verbrennungsmotor nachhängen.

Wie ist der Strukturwandel zu bewältigen?

Eine zentrale Frage hierbei ist, wie stark sich der Staat in den Markt einmischen darf. Bisher hat Deutschland den Schwerpunkt immer auf die horizontale Industriepolitik gelegt, d.h. auf Bildung, Grundlagenforschung und Technologieneutralität. Im Bereich der vertikalen Industriepolitik – gemeint ist die gezielte Förderung bestimmter Technologien – verhielt sich Deutschland dagegen sehr zurückhaltend, weil die Politik nicht wissen könne, was die Zukunftstechnologien sein werden.

Prof. Bofinger plädiert hier für mehr staatliches Engagement und verwies auf die Erfolge, die China und die USA in diesem Bereich erzielt haben. Beispielsweise hat China staatliche Mittel in enormen Ausmaß in die Batterie- und Solarforschung gesteckt und ist dort zwischenzeitlich Weltmarktführer. Um nicht ins Hintertreffen zu geraten, müsse sich seiner Auffassung nach auch Europa stärker engagieren und Schwerpunkte setzen, etwa im Bereich der Lithiumionen-Batterie, der Wasserstoffstrategie oder der Halbleiter-, Cloud- und Edge-Technologie. Erste Initiativen hierzu haben die

Europäische Union sowie Bund und Länder im Bereich der Wasserstofftechnologie bereits gestartet. Insgesamt hält Prof. Bofinger aber eine bessere Abstimmung der Initiativen auf den verschiedenen Ebenen für notwendig, um mit vereinten Kräften schnell überzeugende Innovationen voranzubringen.

Wesentliche Voraussetzung für ein verstärktes Engagement wäre nach Auffassung von Prof. Bofinger zudem, dass der Bund hier mehr finanzielle Mittel einbringt. Er warnt eindringlich davor, dass die Schuldenbremse nicht zum Hemmschuh für Investitionen in Innovationen werden darf. Andernfalls würden wir die Zukunft verschlafen und unseren Wohlstand nicht halten können.

Den gesamten Vortrag finden Sie als Video auf unserer Homepage unter: <https://www.bay-landkreistag.de/Landkreistag/Veranstaltungen/BayerischerLandkreistag2021alsHybridveranstaltung.aspx>

Im Gespräch mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, MdB: Das Gesundheitssystem nach Corona

Ein besonderes Highlight, das alle Teilnehmer mit großer Spannung erwartet hatten, war das Gespräch mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, MdB, der sich auf Einladung von Präsident Bernreiter aus Berlin zugeschaltet hatte. Schwerpunkte des Austauschs bildeten die künftige Ausrichtung der Krankenhausstrukturen im ländlichen Raum sowie das brandaktuelle Thema der Corona-Impfungen.

Präsident Bernreiter dankte dem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eingangs, dass dieser sich trotz der „hoch explosiven“ Stimmung der Diskussion mit den bayerischen Landräten stellt. Das Thema Corona-Impfung koche in den Landkreisen derzeit richtig hoch, wobei sich vor allem die drei Problemkreise fehlender Impfstoff, gerechte Impfstoffverteilung und Impfnachweis herauskristallisierten.



Fehlender Impfstoff

Nach wie vor fehlt es an ausreichend Impfstoff, weshalb in den Impfzentren die geschaffenen Kapazitäten teils ungenutzt bleiben. Um bei den Erstimpfungen, die bereits einen guten Schutz bieten, schneller voranzukommen, wurde die Vorratshaltung für die Zweitimpfung aufgegeben. Dies führt aktuell aber dazu, dass kaum mehr Vakzine für Erstimpfungen bereitstehen, weil zunächst die termingebundenen Zweitimpfungen abgeschlossen werden müssen. Ausbleibende Impfangebote sorgen in der Bevölkerung vor Ort zu großem Unmut, nachdem in der Politik der Impfturbo angekündigt wurde und die Aufhebung der Impfpriorisierung bei Hausärzten den Eindruck erweckt, dass in Kürze Impfstoff im Überfluss vorhanden sei. Die Landräte forderten daher dringend alles Mögliche zu unternehmen, um mehr Impfstoff zu bekommen.

Minister Spahn stellte in diesem Zusammenhang klar, dass sich die Zahl der zu erwartenden Impfdosen nicht verringert, sondern sogar leicht erhöht habe und den Ländern ebenso wie das Problem der Zweitimpfungen von Anfang an bekannt gewesen sei. Er lobte das Engagement der Landkreise beim Aufbau der Impfzentren, die allerdings mit Blick auf die zu erwartenden Liefermengen den Bedarf deutlich übertroffen hätten. Hinzu käme, dass durch die geänderte Empfehlung der STIKO zur Verwendung des Vakzins von AstraZeneca für die Zweitimpfung mehr Biontech-Impfstoff benötigt wird. Gleichwohl sei es insgesamt betrachtet ein großes Glück, dass erstmals in der Geschichte überhaupt noch während der Pandemie ein Impfstoff entwickelt werden konnte, der hilft die Infektionszahlen zu verringern. In den nächsten Tagen würden 40 % der Deutschen eine Erstimpfung erhalten haben. Dies sei den gemeinsamen Anstrengungen in den Impfzentren und den Arztpraxen zu verdanken, die es zu Rekordwerten mit bis zu 1,3 Mio. Impfungen/Tag gebracht haben. Dieser hohe Wert werde weltweit nur von wenigen Ländern mit deutlich größerer Bevölkerung erreicht. Vor diesem Hintergrund sei aus seiner Sicht der Begriff „Impfturbo“ auch im Vergleich mit anderen europäischen Ländern passend.

Gerechte Impfstoffverteilung

Wenn der Staat die Impfung und die Verteilung des Impfstoffs übernimmt, muss er nach Auffassung der Landräte auch gewährleisten, dass die Impfstoffverteilung gerecht erfolgt. Derzeit sei bedingt durch das zweigleisige Vorgehen bei der Impfung über Impfen-

tren und Hausärzte eine regional unterschiedliche Impfstoffverteilung festzustellen. Je nach Anzahl und Engagement der niedergelassenen Ärzte liegen die Impfquoten in einzelnen Regionen um mehr als 10 % auseinander, was sich nicht nur in der Inzidenz widerspiegelt, sondern auch unmittelbare Auswirkungen auf die Schutzmaßnahmen für die gesamte Bevölkerung eines Landkreises haben könne. Daher ist nach Auffassung der Landräte entweder über die Impfzentren oder eine höhere Zuteilung an einzelne Ärzte ein regionaler Ausgleich zu schaffen. Soweit notwendig, müsse der Bundesgesetzgeber das Arzneimittelrecht entsprechend anpassen, nachdem die Gesetzgebungskompetenz hierfür beim Bund liegt.

Gesundheitsminister Jens Spahn zeigte Verständnis für die Situation, die sich in Bayern aufgrund kleinteiliger Verwaltungsstrukturen im Vergleich zu Ländern mit sehr großen Gebietskörperschaften besonders bemerkbar macht. Nach seinen Erfahrungen würden aber von den Arztpraxen alle Impfdosen, die am Montag ausgeliefert werden, bis zum darauffolgenden Freitag verimpft, weshalb er hier kaum Chancen für eine Umverteilung ungenutzter Impfdosen sehe. Soweit hier Spielräume bestehen sollten, sagte er zu, sich um eine Lösung zu bemühen, ohne konkretes zu versprechen. Mit Blick auf die Erfolge beim Impffortschritt, die nur durch ein Zusammenwirken von Impfzentren und Arztpraxen zu erzielen sind, machte er aber Hoffnung, dass bald allen Impfwilligen eine Erstimpfung angeboten würde. Aufgrund aktuell schnell sinkender Inzidenzen bei gleichzeitig steigenden Impfungen blickte er insgesamt positiv in die Zukunft und bat jetzt noch 5 bis 6 Wochen durchzuhalten.

Impfnachweis

Weiteren Gesprächsbedarf gab es in Bezug auf die Impfnachweise, die eine wesentliche Voraussetzung für eine Rückkehr zum normalen Leben sein werden. Einzelne Landkreise haben hier schon eigene Lösungsansätze entwickelt. Gleichwohl bat der Minister um Verständnis, dass hier mit Blick auf die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union nur ein europäischer Ansatz Sinn mache, der in der Umsetzung deutlich höhere Anforderungen stelle. Schließlich müsse der digitale Impfausweis aber europaweit anerkannt werden, sei es bei Urlaubs- oder Dienstreisen. Gesundheitsminister Spahn zeigte sich zuversichtlich, dass der Impfausweis noch im Juni starten kann.



Links im Bild: Landrat Raimund Kneidinger, Passau

Künftige Ausrichtung der Krankenhausstrukturen

Einigkeit bestand bei dem Thema der künftigen Krankenhausstruktur, dass die aktuelle Krankenhausversorgung nicht bedarfsgerecht ist. Die Schwierigkeit liege nach Auffassung des Gesundheitsministers darin, dass in manchen Gebieten – häufig in Ballungsräumen – ein Überangebot herrscht, während im ländlichen Raum eine Unterversorgung besteht. Dies führe dazu, dass für das Gesundheitssystem höhere Kosten entstehen würden, als für eine bedarfsgerechte Versorgung notwendig wären. Deswegen könne er sich ein Weggehen vom Fallpauschalensystem nur vorstellen, wenn Bund, Länder und Kommunen ihre Hausaufgaben machen und die Versorgungsstrukturen an den tatsächlichen Bedarf anpassen. Dazu müssten mancherorts Kapazitäten abgebaut und an anderer Stelle wieder aufgebaut werden. Spahn betonte dabei, dass ihm die flächendeckende Grundversorgung vor Ort wichtig sei, diese aber auch Qualitätsstandards erfüllen müsse. Dies schließe aus, dass jeder alles macht. Wichtig für eine bedarfsgerechte Versorgung wäre zudem eine bessere regionale Vernetzung mit der ambulanten Versorgung, damit sich jeder um den Patienten kümmert, den er am besten behandeln kann.

Podiumsdiskussion: Die künftige Krankenhausstruktur – Herausforderungen und Perspektiven

Wie weit darf die Anfahrt zum Krankenhaus maximal sein? Mit dieser Frage eröffnete Moderatorin Jeanne Turczynski nach einer kurzen Vorstellungsrunde die Diskussion zur flächendeckenden Krankenhausversorgung (siehe Bild oben nächste Seite).

Landrätin Tamara Bischof stellte klar, dass es weniger eine Frage der Wegstrecke in Kilometern sei, sondern maßgeblich auf den Zeitraum ankomme, innerhalb dem Patienten ein Krankenhaus erreichen könnten.



70 % der Menschen leben im ländlichen Raum mit regional sehr unterschiedlicher Infrastruktur. Diese bezahlen nicht nur die gleichen Versicherungsbeiträge wie die Stadtbewohner, sondern haben auch Anspruch auf eine gleich gute Versorgung. Zentralisierungstendenzen, die weite Anfahrtswege in Kauf nehmen – teils wird von 80 Kilometern gesprochen, sind damit unvereinbar.



Der Volkswirt Dr. Leber, Abteilungsleiter Krankenhäuser des GKV-Spitzenverbands, verwies auf den seitens der GKV entwickelten Kliniksimulator. Danach wären für ganz Bayern 20 Krankenhäuser ausreichend, damit die Menschen aus allen Orten mit mehr als 5.000 Einwohner innerhalb von 30 Minuten ein Krankenhaus erreichen könnten.



Für den Mediziner Prof. Busse war nicht entscheidend, wann Patienten ein Gebäude mit der Aufschrift Krankenhaus erreichen, sondern dass innerhalb von 30 bis 40 Minuten eine adäquate Versorgung stattfindet.



Bei einem Herzinfarkt oder Schlaganfall nütze es nichts, wenn Patienten in kleinen Häusern der Grund- und Regelversorgung eingeliefert werden, die weder über eine Stroke-Unit noch einen Links-Herz-Katheter verfügen.

Damit war die Diskussion um die Qualität der medizinischen Versorgung angestoßen. Während Prof. Busse die sinkenden Fehlerquoten bei Behandlungen den steigenden Fallzahlen gegenüberstellte und sich für eine stärkere Zentralisierung aussprach, verwies Landrätin Bischof darauf, dass kleine Häuser nicht per se schlechter oder teurer wären und deswegen wegrationalisiert werden könnten. Ohne die vielen Häuser der Grund- und Regelversorgung käme eine Behandlung oft zu spät. Um ein entsprechend hochwertiges Angebot bieten zu können, kooperiere ihr Krankenhaus sowohl mit der Uniklinik in Würzburg und benachbarten kleineren Häusern als auch mit Fachärzten, die vor Ort ein Links-Herz-Katheter-Angebot vorhalten.

Auf die Krankenhausfinanzierung zielte die Moderatorin mit der Frage „Wie die Krankenhäuser durch die Pandemie gekommen sind?“. Dabei zeigte sich, dass diejenigen Krankenhäuser besonders betroffen waren, die bereits vor der Pandemie unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten litten und keinen vollständigen finanziellen Ausgleich für die coronabedingten Erlösausfälle und Mehrbelastungen erhielten.

In diesem Zusammenhang wurde auch der Vorwurf laut, dass sich manche Häuser an der Pandemie bereichert hätten. Gestützt wurde diese Annahme durch die



Aussage von Dr. Leber, wonach nur 2 % der Krankenhausbetten bzw. 4 % der Intensivbetten in 2020 coronabedingt belegt gewesen wären. Dem Chatverlauf zufolge waren sich die Zuhörer aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen vor Ort einig, dass die Auslastungen der Intensivstationen mit Coronapatienten deutlich höher waren und der angegebene Durchschnittswert die Realitäten nicht wirklichkeitsgetreu abbildete.

Die Diskussionsteilnehmer stimmten überein, das bestehende Finanzierungssystem sei nicht zukunftsfähig und bedürfe dringend einer Reform.

Der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek stellte klar, dass für ihn die Krankenhausversorgung zur Daseinsvorsorge zähle und er eine Ökonomisierung des Gesundheitssystems ablehne. Wichtig sei eine flächendeckende Versorgung von hoher Qualität. Um sich diesem Anspruch zu nähern, müsse aber die Sichtweise geändert werden, weg von den bestehenden Finanzierungstöpfen und hin zu den Patienten. Dafür sei eine bessere Verzahnung von stationärer und ambulanter Versorgung und mehr Kooperation erforderlich. Deswegen müsse das Finanzierungssystem dem Wohl der Patienten angepasst werden und nicht umgekehrt.



Landrätin Bischof sprach sich ebenfalls für eine stärkere intersektorale Verzahnung aus. Die kommunalen Krankenhäuser wären ihren Ausführungen zufolge nicht froh, wenn die Notaufnahmen am Wochenende mit Patienten volllaufen würden, zumal die Krankenhäuser diese Leistungen aufgrund der Trennung von stationärer und ambulanter Versorgung nicht oder nicht angemessen vergütet bekämen.

Auch Thomas Lemke, Vizepräsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, setzt auf ein einheitliches Angebot mit einem Ansprechpartner, wofür ein sektorübergreifendes Anreizsystem notwendig ist. Um die Verzahnung von ambulanten und stationären Leistungen zu verbessern, brachte Prof. Augurzky mit Blick auf den Versorgungsauftrag für eine Region Regionalbudgets ins Gespräch. Nur durch ein entsprechendes



Anreizsystem lasse sich erreichen, dass die Patienten dort behandelt werden, wo es medizinisch und ökonomisch sinnvoll ist. Dies würde eine enge Kooperation mit den niedergelassenen Ärzten voraussetzen.



Aus dem Auditorium kam noch der Hinweis, dass es zwar theoretisch heute schon Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit gibt, die rechtliche Umsetzung aber für die Praxis viel zu komplex ist. Neben einer Vereinfachung des Bundesrechts müssten für eine bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung auch die Regelungen in der Landkreisordnung den tatsächlichen Erfordernissen angepasst werden.

Die vollständige Podiumsdiskussion können Sie sich auf unserer Homepage unter <https://www.bay-landkreistag.de/Landkreistag/Veranstaltungen/Bayerischer-Landkreistag2021alsHybridveranstaltung.aspx> nochmals als Video anschauen. Grundlage der Diskussion war unser Forderungspapier für eine gute medizinische Versorgung unabhängig vom Wohnort (nachstehend abgedruckt), das ebenfalls am 19. Mai von Präsidium und Landesausschuss beschlossen wurde.

Gute medizinische Versorgung unabhängig vom Wohnort – Forderungen des Bayerischen Landkreistags zur Bundestagswahl 2021

Die akutstationäre Krankenhausversorgung ist eine Kernaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Der Zugang muss also allen Bürgerinnen und Bürgern

möglich sein – unabhängig davon, wo sie ihren Wohnort haben. Dies gilt insbesondere für ein Flächenland wie Bayern, in dem rd. 70 Prozent der Bevölkerung im sogenannten „ländlichen Raum“ leben. Wie wichtig eine flächendeckende Versorgung mit einem System von Krankenhäusern verschiedener Versorgungsstufen ist, hat nicht zuletzt die Versorgung der Covid-19-Patienten gezeigt.

Gleichzeitig hat die Bekämpfung der Corona-Pandemie verschiedene schon seit längerem bekannte Probleme der Krankenhäuser aufgedeckt. Vor allem der Fachkräftemangel und die häufig nicht einfachen Arbeitsbedingungen am Krankenbett sind offenkundig geworden. Auch die jüngsten von der Bundespolitik auf den Weg gebrachten Entlastungsgesetze zur Abmilderung der wirtschaftlichen Belastungen aufgrund von Covid-19 können nicht über die chronische Unterfinanzierung der Krankenhäuser im Rahmen des komplizierten DRG-Fallpauschalensystems hinwegtäuschen.

Schon in den zurückliegenden Jahren wurde die Lage vieler Einrichtungen trotz der engagierten Arbeit von Klinikmitarbeitern und der Politik vor Ort aufgrund der Konzepte, Strategien und Vorstellungen von Krankenkassen und Bundespolitik immer schwieriger. Generelles Grundproblem ist die Schere zwischen Kosten und Erlösen. Tarifsteigerungen im Personalbereich wurden und werden nicht vollständig berücksichtigt und ausgeglichen. Die Krankenhäuser sind strukturell unterfinanziert. Reformschritte wie das Krankenhausstrukturgesetz oder die geplante Reform der Notfallversorgung spiegeln die Realitäten im ländlichen Raum nicht wider und belasten die Krankenhausversorgung. Schlechthin gleichzeitig sollen die Häuser in der Fläche immer dann einspringen, wenn kein anderer mehr da ist, um die medizinische Versorgung zu gewährleisten. Diese Tendenz zeigt sich u.a. im niedergelassenen Bereich, vor allem seit Beginn der Corona-Pandemie.

Der Bayerische Landkreistag hat die bundespolitischen Gesetzesvorhaben und Entwicklungen der letzten Jahre deswegen mit großer Sorge begleitet. Als besonders kritisch angesehen werden die beschleunigte Verkomplizierung der rechtlichen Grundlagen für die Krankenhäuser sowie der zunehmende Einfluss von gesundheitsökonomisch ausgerichteten Interessenvertretern auf die Bundespolitik. Bei ihnen steht meist ein marktliberales Verständnis der Gesundheit im Vordergrund, das einem an der Daseinsvorsorge orientierten

Verständnis der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auch in Medizin und Pflege widerspricht. Die Kreiskliniken kommen diesem gemeinwohlorientierten Auftrag nach und erfüllen die Qualitätsansprüche ihrer Patienten sowie die gesetzlichen Qualitätsanforderungen und beteiligen sich überwiegend freiwillig an Qualitätsbenchmarks.

Für die neue Legislaturperiode auf Bundesebene und die laufende Legislaturperiode des Bayerischen Landtags richtet der Bayerische Landkreistag deswegen folgende Forderungen an die politisch Verantwortlichen auf beiden Ebenen.

Forderungen an die Bundespolitik

1. Die Bundespolitik muss die Zusicherung erfüllen, dass die Krankenhäuser aufgrund der Corona-Pandemie keine wirtschaftlichen Einbußen erleiden! Die Ausgestaltung der Ausgleichszahlungen für das Freihalten von Betten an Krankenhäusern (§ 21 KHG n.F.) wird aktuell aber dazu benutzt, eine Strukturbereinigung vorzubereiten. Die Grundversorgungshäuser der sog. Basisnotfallstufe müssen am Ausgleichsmechanismus teilhaben können.
2. Eine qualitativ hochwertige und zugleich flächendeckende Versorgung der Patienten muss bei der Krankenhausstrukturpolitik oberste Prämisse sein. Die bayerischen Landkreise verwehren sich nicht einer Diskussion über die Weiterentwicklung der bestehenden Strukturen.
3. Die Krankenhausversorgung ist wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge und darf nicht dem Marktgeschehen überlassen werden. Die im Krankenhausplan als bedarfsnotwendig festgestellten Krankenhäuser haben unabhängig von ihrer Größe Anspruch auf eine auskömmliche Finanzierung ihrer Betriebs- und Investitionskosten.
4. Leitmodell für die Krankenhauspolitik muss ein an der Versorgung der Bevölkerung orientiertes und mit dem niedergelassenen medizinischen Sektor wie auch mit dem pflegerischen Bereich zu vernetzendes System von Krankenhäusern sein. Gerade in ländlichen Gebieten muss die Versorgung sektorenübergreifend geplant werden. Der Bundesgesetzgeber ist aufgefordert, die intersektorale Versorgung als Win-win-Situation für alle Kostenträger, Leistungserbringer und Leistungsberechtigten auszugestalten.

5. Bei der Betriebskostenfinanzierung müssen die Leistungen der Grund- und Regelversorgung bzw. die Vorhaltekosten in allen Krankenhäusern über eine Weiterentwicklung des Systems der DRG-Fallpauschalen und ihrer Kalkulation sachgerecht und auskömmlich finanziert werden. Die bisherige Lösung, Systemdefizite über Sicherstellungszuschläge auszugleichen, ist an sich zu begrüßen, führt jedoch zu einer weiteren Verkomplizierung.
6. Die Einpreisung des laufenden Bauunterhalts in die anfängliche DRG-Kalkulation der Betriebskosten mit 1,1 % ist längst von den Personalkostensteigerungen über die Jahre hinweg aufgebraucht worden. Der Bund muss sich bereit erklären, den kleinen Bauunterhalt bei den Betriebskosten neu in Ansatz zu bringen. Den Ländern ist es durch höchstrichterliche Entscheidung verwehrt, diese Finanzierungslücke aus der Landesförderung der Investitionskosten auszugleichen.
7. Um die Krankenhauslandschaft zukunftsorientiert weiterzuentwickeln, muss die Betriebskostenfinanzierung sowohl intersektorale Entwicklungen (Beispiel: kostendeckende Ausfinanzierung der ambulanten Notfallversorgung für die Krankenhäuser) als auch technologische Trends (Beispiel: Digitalisierungs-Zuschlag, insbesondere zur Abdeckung der erheblichen Betriebs- und Wartungskosten für den IT-Bereich) berücksichtigen.
8. Die wachsende Schere bei den Personalkosten muss auch mit Blick auf den immer stärker werdenden Fachkräftemangel unverzüglich geschlossen werden. Alle Tarifsteigerungen müssen vollständig refinanziert werden. Dies gilt für die Zukunft wie für die Vergangenheit und in allen Personalbereichen der Krankenhäuser. Daher greifen Pflegepersonaluntergrenzen zu kurz. Statt immer kleinteiligerer und verwaltungsmäßig kaum noch umsetzbarer Vorgaben für den Personaleinsatz muss die schon lange geforderte systematische Pflegepersonalbemessung aufgebaut und eingeführt werden. Der Bayerische Landkreistag bekennt sich zu dem vom Deutschen Pflegerat und der Deutschen Krankenhausgesellschaft vorgelegten Instrument zur Pflegepersonalbemessung (PPR 2.0).
9. Der Fachkräftemangel in den Gesundheitsberufen (Ärzte, Pflege, Funktionsdienste, Hebammen, usw.) gefährdet die medizinische Versorgung. Bund und Länder haben erste Maßnahmen für Heilhilfs- und Pflegeberufe ergriffen, wie die Einführung der generalistischen Pflegeausbildung, die Einleitung einer Reform der technischen Assistenzberufe in der Medizin oder die Konzertierte Aktion Pflege. Zusätzlich müssen die Ausbildungskapazitäten zur Bereitstellung der notwendigen pflegerischen und therapeutischen Fachkompetenz weiter ausgebaut und bestehende Zugangsbeschränkungen flexibilisiert werden, auch um Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen zu können.
10. Der Ausbildung der Ärzte muss noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, insbesondere mit dem Fokus auf die Niederlassungsbereitschaft bzw. Anstellung im ländlichen Raum. Die Einführung einer Landarztquote im Medizinstudium, zusätzliche Studienplätze und der Auf- und Ausbau von Weiterbildungsverbünden sind erste wichtige Schritte. Um dem gewandelten Berufsverständnis, der zunehmenden Spezialisierung und dem allgemeinen medizinischen Fortschritt besser gerecht zu werden, bedarf es aber einer deutlichen Verstärkung dieser Maßnahmen wie auch einer grundlegenden Reform der Approbationsordnung. Die Mediziner Ausbildung muss in viel stärkerem Maße als bisher auf dem Land stattfinden als in den Universitätskliniken in den großen Städten!
11. Entgegen aller Kritik in den vergangenen Jahren überträgt der Bundesgesetzgeber weiterhin gesundheits- und krankenhauspolitische Grundentscheidungen auf die Selbstverwaltung. Dem Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) fehlt jedoch die politische Legitimation für strukturelle Entscheidungen (wie etwa beim Beschluss zu einem gestuften System von Notfallstrukturen in Krankenhäusern)! Unabhängig davon müssen die Kommunen als Vertreter öffentlicher Belange in den Gemeinsamen Bundesausschuss sowie in die Zulassungsausschüsse für den niedergelassenen Bereich aufgenommen werden.
12. Im Krankenhauszukunftsgesetz greift der Bund mit dem Ausbau der Intensiveinheiten an den Krankenhäusern und der Digitalisierung wichtige Zukunftsthemen auf. Mit den notwendigen Investitionen in Anlagegüter der Krankenhäuser allein wird es aber nicht getan sein. Der Bund und die Länder müssen auch die personellen und funktionalen Voraussetzungen sicherstellen, damit die Krankenhäuser die Anlagegüter nutzen können.

Spezielle Forderungen an den Freistaat Bayern:

13. Das zuständige Staatsministerium wird dringend aufgefordert, die bestehende und über lange Zeit bewährte Krankenhausplanung für den Freistaat Bayern weiterzuentwickeln. Sie muss geöffnet werden für eine sektorenübergreifende Planung und die notfallmedizinische Versorgung viel stärker in den Blick nehmen. Die Staatsregierung muss die dafür notwendigen Planungsressourcen auch zur Verfügung stellen.
14. Der Bayerische Landkreistag begrüßt die Bereitschaft des Freistaats, die notwendige Kofinanzierung der im Krankenhauszukunftsgesetz des Bundes vorgesehenen Maßnahmen zur Ertüchtigung der Intensivkapazitäten in den Krankenhäusern sowie zur Digitalisierung der Häuser aus dem Staatshaushalt bestreiten zu wollen. Da jedes Krankenhaus gleichzeitig mehrere Förderanträge stellen wird, wird das Bundesamt für Soziale Sicherung es mit hunderten Antragsverfahren zu tun haben. Der Freistaat muss seinen Förderanteil rechtzeitig bereitstellen und ggf. auch eine Vorfinanzierung sicherstellen.
15. Der Freistaat Bayern fördert die Investitionsmaßnahmen in den Krankenhäusern gemeinsam mit den kreisfreien Städten und Landkreisen, die im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs über die Krankenhausumlage (Art. 10b FAG) die Hälfte der Kosten tragen. Mit 643,5 Mio. Euro pro Jahr liegt Bayern bei der Investitionsförderung im

Bundesvergleich in absoluten Zahlen mit Abstand an der Spitze. Dies ist positiv hervorzuheben. Die Investitionsförderung in Bayern sollte gleichwohl in folgenden Punkten nachgebessert werden:

- Die Baunebenkosten, allen voran die Kosten nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) steigen immer weiter und erreichen in Einzelfällen bereits 30 % der Antragssumme. Förderfähig sind jedoch nur 15 %.
- Die nicht förderfähigen Kosten (Außenanlagen, Küchen, Apotheken usw.) müssen wieder in die Förderung einbezogen werden. Auch zahlreiche Kürzungen von förderfähigen Flächen im Raumprogramm (etwa im Verwaltungsbereich) müssen überprüft werden. Die 2003/04 vorgenommene Konzentration der Förderung auf „das Bett“ ist heute nicht mehr zeitgemäß. Krankenhäuser können nur funktionieren, wenn sie auch vollständig finanziert sind.
- Die pauschalen Fördermittel müssen dringend weiter aufgestockt werden, um den Krankenhäusern bei kleineren Baumaßnahmen oder der Investitionen in die Informationsverarbeitung größeren Handlungsspielraum zu geben. Das Gegenargument, dass einzelne Häuser die Mittel nicht abrufen, zu lange ansparen oder nicht zielgerichtet verwenden würden, darf nicht dazu führen, dass alle Häuser abgestraft werden. Das System der Pauschalförderung müsste ggf. weiterentwickelt werden.

Wir brauchen die Krankenhäuser in der Fläche

Welche Lehren wir aus Corona ziehen sollten

Gastbeitrag des bayerischen Staatsministers für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek

Corona ist für uns alle eine enorme Herausforderung. Was für jede und jeden Einzelnen gilt, zeigt sich auch in der Gesundheitsversorgung. Die Krankenhäuser werden in der Pandemie teilweise bis an ihre Belastungsgrenze gefordert, die Beschäftigten leisten – wie die Gesellschaft insgesamt – Großartiges.

Wir sind mitten in der dritten Welle der Pandemie und erneut geben Ärzte und Pflegekräfte ihr Bestes. Nichts daran ist selbstverständlich. Ich bin dankbar für unser hervorragendes und engagiertes Fachpersonal. Aber auch dafür, dass sich in dieser herausfordernden Zeit zeigt: Unser Weg der bayerischen Krankenhausplanung und der umfassenden staatlichen Investitionskostenförderung hat sich bewährt.

Denn nur mit einem engmaschigen Netz von leistungsfähigen Krankenhäusern gelingt es, die medizinische Versorgung generell, insbesondere aber auch in der Pandemie, auf hohem Niveau zu gewährleisten. Sehen Sie das als Bekenntnis zu einer auch künftig flächendeckenden stationären Versorgung. In normalen Zeiten können wir mit dieser eine sinnvolle Balance zwischen Wohnortnähe, Qualität und Wirtschaftlichkeit finden. Und in der Pandemie bewältigen wir damit eben auch Spitzenbelastungen.

Für die medizinische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist nicht nur die absolute Größe eines Krankenhauses entscheidend, sondern auch der Spezialisierungsgrad und interne Synergien zählen. Auch kleinere Krankenhäuser müssen hinreichend große Abteilungen bilden können.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir bei erkennbarem Bedarf aber auch an Krankenhäusern festhalten, die trotz ihrer an sich nicht wirtschaftlichen Größe zur flächendeckenden Versorgung notwendig sind. Dafür müssen wir damit verbundene unwirtschaftliche Strukturen akzeptieren. Wir brauchen einen gesunden Mix aus Häusern der Grundversorgung und Spezialisten.

Das bayerische Gesundheitsministerium begleitet als Krankenhausplanungsbehörde den Strukturwandel überall dort, wo es gewünscht und notwendig ist, um gute Lösungen für die individuelle Situation vor Ort zu erreichen. Dafür müssen wir die föderale Struktur im Krankenhausbereich erhalten. Zentrale Regelungen durch die Bundespolitik in Berlin können den länderspezifischen Versorgungsaspekten nicht Rechnung tragen und würden die gewachsenen Strukturen vor Ort und die Versorgung in der Fläche gefährden.

Wir investieren in Bayern in unsere stationäre Versorgung nach den Bedürfnissen der Patienten, dafür haben der Freistaat Bayern und die Kommunen seit 1972 über 24 Milliarden Euro für die Krankenhäuser bereitgestellt. Mit einem aktuellen jährlichen Etat von rund 643 Millionen Euro gewährleisten wir eine moderne bauliche und medizintechnische Ausstattung für eine Patientenversorgung auf modernstem medizinischen Niveau. Ergänzt werden diese Mittel um den Ansatz des Krankenhausstrukturfonds des Bundes, aus dem zusätzlich rund 295 Millionen Euro bis zum Jahr 2024 eingesetzt werden können.



*Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek
(Bildquelle: StMGP)*

Daneben stehen den bayerischen Kliniken im Jahr 2021 Mittel aus dem Krankenhauszukunftsfonds des Bundes für Digitalisierung und IT-Sicherheit zur Verfügung. Wir übernehmen die vollständige Ko-Finanzierung in Höhe von 180 Millionen Euro aus zusätzlichen Landesmitteln. Mit einem Gesamtfondsvolumen von rund 590 Millionen Euro und dem regulären Etatansatz von 643 Millionen Euro können die Kliniken in Bayern dieses Jahr also mit deutlich über 1,2 Milliarden Euro bei Investitionen unterstützt werden.

In enger Zusammenarbeit mit den Trägern der Krankenhäuser, mit den Kommunen und Landkreisen leisten wir in Bayern enorm viel – bei der Finanzierung der Betriebskosten ist allerdings der Bund in der Pflicht. Nur durch eine sachgerechte Vergütung der Krankenhausleistungen, die die Notwendigkeiten der flächendeckenden Versorgung berücksichtigt, kann die derzeitige wohnortnahe Struktur auch in Bayern erhalten bleiben. Hierfür werden wir uns weiterhin mit Vehemenz einsetzen.

Mit Blick auf die Pandemie fordere ich: Wir müssen die Krankenhäuser, die sich in der Krise bereitgehalten haben, mit angemessenen Ausgleichszahlungen unterstützen. Da wünsche ich mir vom Bund mehr Großzügigkeit – auch bei der Definition, welche Häuser zum Zuge kommen sollen.

Die Pandemie ist für uns alle eine große Herausforderung, aber wir können auch viel aus ihr lernen. Wie unter einem Brennglas zeigt sich: Es gibt im Krankenhausbereich zu wenig Personal, die Arbeitsbedingungen sind herausfordernd. Wir brauchen dringend Reformen in der Pflege und Vergütungssysteme, die nicht die Ökonomie, sondern den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Bayern geht dort voran, wo es uns möglich ist. Doch auch der Bund muss seine Lehren aus der Corona-Pandemie ziehen.

LernFreizeit 2020

Pandemie, Chancengerechtigkeit und Lernen

Ein kooperativer Modellversuch

*Von Kristina Beckermann, Bildungsmanagerin und -monitorerin, Lkr. Regen,
Patrizia Hager, Kommunales Integrationsmanagement,
Lkr. Passau und
Kathrin Zenger, Management für Chancengleichheit,
Lkr. Rottal-Inn*

In diesem Artikel möchten wir Ihnen gerne das Projekt „LernFreizeit“ vorstellen, welches im letzten Sommer in unterschiedlichen bayerischen Landkreisen umgesetzt wurde. Das Konzept wurde zum Beispiel in den Landkreisen Bamberg, Freyung-Grafenau, Günzburg, Passau, Regen und Rottal-Inn erprobt. Diese überregionale Zusammenarbeit entstand aus der engen Vernetzung und Zusammenarbeit der (ehemaligen)

kommunalen Bildungskordinatorinnen und Bildungskoodinatoren für Neuzugewanderte (BMBF).

Die LernFreizeit ist ein innovatives Projekt zur Stärkung benachteiligter Schülerinnen und Schüler (SuS), dessen Besonderheit in der interkommunalen Zusammenarbeit v.a. bei der Konzepterstellung und Umsetzung als „Reallabor“ besteht. Ausgehend von Einschätzungen vieler Fachexpertinnen und Fachexperten stellten wir uns im Frühjahr 2020 in verschiedenen bayerischen Regionen die Frage, welche Lösungsmöglichkeiten im ländlichen Raum umsetzbar sind, um pandemiebedingte Bildungsbenachteiligungen abzumildern, die viele SuS gerade auch mit Migrationshintergrund treffen. Mit der LernFreizeit wurde für die

Sommerferien 2020 eine fundierte Grundstruktur ausgearbeitet und unter realen, sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen erprobt. Dabei soll an dieser Stelle explizit darauf hingewiesen werden, dass es sich hierbei nicht etwa um ein völlig neues Konzept handelt, vielmehr dienten unterschiedliche bereits bestehende Modelle als Vorbild für die Konzeptentwicklung. Außerdem soll hier auch angemerkt werden, dass in einigen Bundesländern (z.B. Berlin, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hamburg) Sommerschulmodelle in ähnlicher Art 2020 auf Initiative der jeweiligen Kultusministerien umfassend finanziert wurden und auch in diesem Jahr fortgeführt werden.

Ein besonderes Qualitätsmerkmal des hier vorgestellten Projekts ist in seiner Nachhaltigkeit und Übertragbarkeit zu sehen. Die beteiligten Landkreise sammelten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit lokal unterschiedlichen Kooperationspartnerinnen und -partnern, Finanzierungsmodellen, Schularten, Altersgruppen etc. Über die direkte Förderung der SuS hinaus ist die Wirksamkeit des Projekts im Beitrag zur nachhaltigen Struktur- und Kompetenzentwicklung zu sehen: Der Erfolg vor Ort hing davon ab, lokale Akteurinnen und Akteure zu aktivieren und in die Vorbereitung und Durchführung einzubinden, auch wenn die konkrete Zusammensetzung der Netzwerke nach Gegebenheiten vor Ort variierte. Am Erfolg beteiligt waren unter anderem kommunale Akteurinnen und Akteure, Studierende, Auszubildende in pädagogischen Berufen, Lehrkräfte, ehrenamtlich Engagierte und Mitarbeitende der kommunalen Jugendarbeit. So gelang auch ein Beitrag zur kontinuierlichen Sensibilisierung lokaler Schlüsselakteurinnen und -akteure für besondere Bedürfnisse von Kindern aus nicht-deutschsprachigen Familien.

Es gibt einige Aspekte, die im Sinne einer „Grundstruktur“ an allen Standorten sehr ähnlich verliefen, obwohl die lokalen Gegebenheiten sich teilweise stark unterschieden. Wesentlich war in jedem Fall die dezentrale Umsetzung. Die Ortsnähe des Angebots an gewohnten (Schul-)Standorten ist im ländlichen Raum von großer Bedeutung, da der Zugang zu außerschulischen Bildungsangeboten v.a. für berufstätige Eltern mitunter sehr schwer zu organisieren ist. Intensive Vorgespräche gingen der Standortauswahl voraus. Die enge und vernetzte Abstimmung zur Klärung der organisatorischen Fragen wurde durch die Offenheit und Kooperationsbereitschaft der unterschiedlichen Projektpartnerinnen und -partner erleichtert. Weiter-

hin wurde besonderes Augenmerk auf die Elternarbeit gelegt. Um einen niedrigschwelligen Zugang sicherzustellen, wurden an einigen Standorten beispielsweise Anmeldenachmittage am Schulstandort durchgeführt und die Kommunikation über den Einsatz von mehrsprachigen Dokumenten oder Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern sowie auch Mitarbeitenden der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) sichergestellt. Entscheidend für die Teilnahme der SuS am freiwilligen Lernangebot war der besondere Bedarf an zusätzlicher Unterstützung, der von Lehrkräften festgestellt wurde, nicht der Migrationshintergrund per se. Nach einer verbindlichen Anmeldung wurden die teilnehmenden SuS festen Lerngruppen zugewiesen. Studierende, Auszubildende in pädagogischen Berufen oder auch ausgebildete Deutschförderlehrkräfte orientierten sich inhaltlich an den individuellen Bedarfen in ihren Kleingruppen. Je nach den personellen und räumlichen Ressourcen vor Ort variierten Details, wie z.B. Gruppengröße und -anzahl, zeitlicher Umfang, Schulart oder zusätzliches Freizeitprogramm.

Generell überwog ein Finanzierungsmix an den Standorten, regional standen sehr unterschiedliche Möglichkeiten zur Verfügung. Der Personaleinsatz für die Gesamtkoordination der LernFreizeit erfolgte in allen Fällen über kommunale Mittel bzw. in der Regel über geförderte und damit zeitlich befristete Projektstellen (z.B. kommunale Koordination der Bildungsangebote für Neuzugewanderte; Kommunales Integrationsmanagement; kommunales Bildungsmanagement; Stärkung Regionaler Identität). In die Projektumsetzung als solche brachten häufig Kooperationspartnerinnen und -partner finanzielle Ressourcen ein oder es wurden beispielsweise Räumlichkeiten in den Schulen kostenfrei zur Verfügung gestellt. Zur Finanzierung der Personalkosten der Lernförderung wurden insbesondere kommunale Finanzierungsmöglichkeiten genutzt, in manchen Fällen beteiligten sich auch die Familien mit einem kleinen Eigenbeitrag /Teilnahmegebühr und im Falle des Landkreises Günzburg übernahm eine lokale Stiftung einen Teil der Projektkosten. Die vom bayerischen Kultusministerium zur Verfügung gestellten Gelder konnten leider nicht für das Modellprojekt verwendet werden. Unter anderem machte uns die zeitliche Knappheit – die Förderrichtlinie wurde verhältnismäßig kurz vor den Sommerferien final veröffentlicht – eine Anpassung des Konzepts und eine Reorganisation unmöglich. Darüber hinaus sollten die durch die Förderrichtlinie zu realisierenden Angebote schwerpunktmäßig auf die Entlastung der Eltern abzielen.

Um Ihnen an dieser Stelle zu verdeutlichen, wie die konkrete Umsetzung aussehen könnte, möchten wir Ihnen das Beispiel des Landkreises Passau genauer erläutern. In den eingangs aufgeführten Landkreisen wurde das Modellprojekt auf sehr unterschiedliche Art und Weise ausgestaltet, da überall unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen zu Grunde lagen. Hier zeigt sich aber, wie flexibel und anpassungsfähig das ausgeführte Modell ist und insbesondere auch mit Besonderheiten des ländlichen Raums durchführbar ist.

Frau Hager als kommunale Integrationsmanagerin im Landkreis Passau hat sich im Vorfeld zur LernFreizeit in intensive Abstimmungsprozesse sowohl mit den Schulen als auch den Kommunen selber begeben, aber auch mit der Universität Passau als Projektpartner. Hier mussten unter anderem Fragen der Versicherung, der Nutzung von Räumlichkeiten, der Finanzierung und Organisation von Reinigungspersonal oder auch der Verfügbarkeit von Hausmeistern an den Schulstandorten geklärt werden. Mit der Universität Passau ging es darum zu eruieren, wie Lehramtsstudierende in das Projekt eingebunden und damit sowohl für die Studierenden selber, also auch für das Projekt ein Mehrwert generiert werden könnte. Mit allen teilnehmenden Studierenden musste dann geklärt werden, ob die notwendigen Masernschutzimpfungen vorhanden sind, polizeiliche Führungszeugnisse angefordert und Einsatzzeiten und -orte abgestimmt werden. Gemeinsam mit den Schulen wurden SuS identifiziert, die vom Programm profitieren würden und die die Voraussetzung erfüllten, Bildungs- und Teilhabe-Leistungen abzurufen. Denn im Landkreis Passau wurde das Modellprojekt über diese Mittel mitfinanziert.

Dazu musste dann jedoch auch abgeklärt werden, ob alle nötigen Anträge zum Abruf der Leistungen eingereicht waren und dann der eigentliche Antrag auf „Lernförderung“ ausgefüllt wurde. Hier waren im Landkreis Passau die JaS-Fachkräfte eine große Unterstützung. Auch die ehrenamtlichen Migrantinnen und Migranten, die als Sprachmittlerinnen und Sprachmittler den Eltern zunächst einmal das Projekt erklärten, die notwendigen Schritte erläuterten und beim Ausfüllen der Unterlagen behilflich waren, leisteten einen wichtigen und notwendigen Beitrag.

In einigen Schulen wurden Materialien für die SuS individuell zusammengestellt, andere ermöglichten den Studierenden den Zugang zu relevanten Lerninhalten und -materialien etc. Darüber hinaus wurde sichergestellt, dass alle Studierenden in Gesprächen

mit den Lehrkräften über die SuS in ihren Kleingruppen informiert wurden und sich so gezielt vorbereiten konnten. Mehrere Lehrkräfte nahmen sich auch die Zeit, um während der Projektlaufzeit ihre SuS zu besuchen. Während der letzten 3 Wochen der Sommerferien konnten somit ca. 50 SuS in Kleingruppen in ihren jeweiligen Schulen durch Studierende intensiv gefördert werden. Die Rückmeldungen sowohl der Eltern als auch der SuS und auch der Lehrkräfte und Studierenden waren durchweg positiv: Viele SuS haben es als Erleichterung empfunden, sich schon an die neuen Hygienekonzepte gewöhnen zu können, langsam wieder in den schulischen Alltag zu finden und vor allem wurde die individuelle Förderung als sehr hilfreich empfunden. Die durchgängig pünktliche Anwesenheit der SuS bei diesem freiwilligen und kostenlosen Angebot macht deutlich, dass hier ein passgenaues, attraktives Angebot bereitgestellt werden konnte.

Auch Eltern und Lehrkräfte äußerten sich positiv dazu, dass die SuS wieder etwas mehr Struktur hatten und die Möglichkeit bekamen, ihr schulisches Selbstkonzept zu verbessern. Für die Lehramtsstudierenden bestand der größte Mehrwert darin, SuS und deren Probleme beim Verständnis von Lerninhalten näher kennenlernen zu können und in einem überschaubaren Setting an ihrer Lehrerpersönlichkeit zu arbeiten.

Alle beteiligten Landkreise sehen weiterhin die Notwendigkeit, dass passgenaue Angebote geschaffen werden können, die regionale Gegebenheiten berücksichtigen, flexibel an das Pandemiegeschehen angepasst werden und vor allem nachhaltig wirken können, um soziale Ungleichheiten abzumildern. Da Wirkungsziele auf mehreren Ebenen erreicht werden können, halten alle Landkreise das Konzept für ein tragfähiges Modell, vor allem auch noch für die Zeit nach der Pandemie. Daher sprechen wir uns sehr dafür aus, dass tragfähige Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden, um unseren SuS bei der Bewältigung der Pandemiefolgen Hilfe zur Seite stellen zu können.

Landratsämter packen an – Projekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0“ gestartet



Von Klaus Geiger,
Referent für Finanzen,
Organisation und
digitale Verwaltung beim
Bayerischen Landkreistag

Der notwendige Ausbau des Angebots an digitalen Verwaltungsleistungen fordert die Landratsämter mit ihren zahlreichen Bürger- und Unternehmenskontakten in ganz besonderer Weise. Die gute Nachricht ist: Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden! Der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags unter der Leitung von Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, unterstützt die Landratsämter bei ihrer Digitalisierung mit praxisgerechten Empfehlungen (z.B. für eine Umsetzungsstrategie, für die elektronische Aktenführung oder die interne Prozessoptimierung), mit Veranstaltungen und einer Online-Plattform für den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch sowie mit ganz konkreten Digitalisierungsvorhaben.

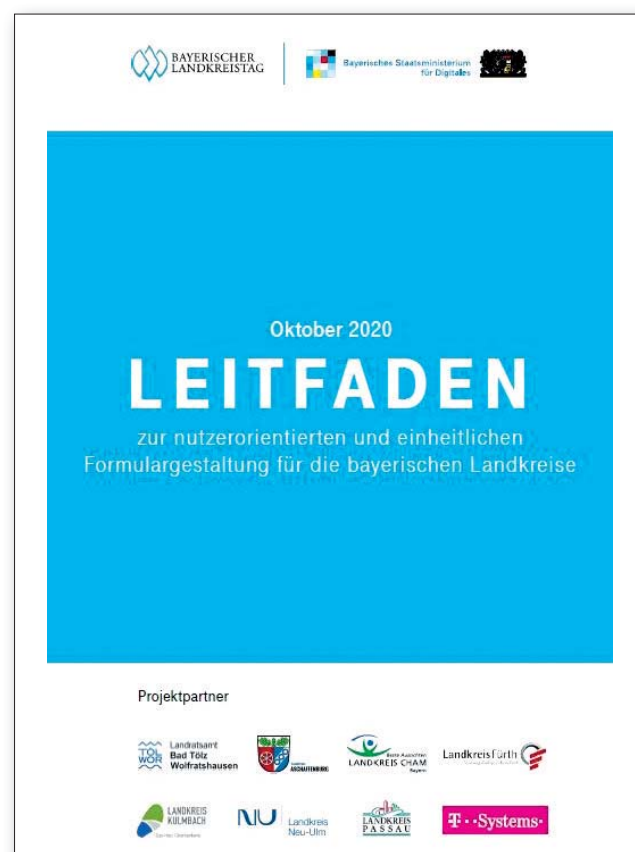
Leitfaden zur nutzerorientierten Formulargestaltung

So wurden beim Pilotprojekt „Digitaler Werkzeugkasten“ des Innovationsrings mit dem Bayerischen Digitalministerium gemeinsam mit sieben Pilotlandratsämtern aus allen bayerischen Regierungsbezirken über 120 Online-Formulare umgesetzt, die von den bayerischen Landkreisen und interessierten Städten und Gemeinden in Bayern nachgenutzt werden können. Ein weiteres Projektergebnis war der „Leitfaden zur nutzerorientierten und einheitlichen Formulargestaltung für die bayerischen Landkreise“, der bei der nutzerfreundlichen Gestaltung von Online-Formularen unterstützt und im Oktober 2020 veröffentlicht worden ist. Der Leitfaden beruht auf den Erkenntnissen einer extern durchgeführten Nutzerevaluation sowie auf aktuellen Forschungsergebnissen zum Thema.

Der Leitfaden soll in erster Linie einen Rahmen setzen und Empfehlungen geben, macht aber auch konkrete Vorschläge, wie eine Umsetzung ausgestaltet sein kann. Die Vorschläge orientieren sich insbesondere an den Online-Formularen, die im Rahmen des Pilotprojekts „Digitaler Werkzeugkasten“ erstellt worden sind, berücksichtigen aber auch die technischen Umsetzungsmöglichkeiten.

Der Leitfaden gliedert sich inhaltlich in Empfehlungen

- zur Formularstruktur (z.B. Unterteilung des Formulars in sinnvolle Prozessschritte, Möglichkeit der Kontaktaufnahme für etwaige Rückfragen),
- zur Gestaltung einzelner Elemente (z.B. visuelle Hierarchien für eine bessere Nutzerführung, sinnvolle Feldgrößen, deutlich sichtbare Pflichtfelder und Schaltflächen) sowie in



- Hilfestellungen beim Ausfüllen eines Formulars (z.B. Erklärungen, Hinweistexte, Auswahlfelder, Tooltips oder Plausibilitätsprüfungen).

Darüber hinaus geht der Leitfaden auch auf die verwendete Sprache bzw. Ansprache ein. Sämtliche Empfehlungen werden in Kurzform in einer abschließenden Checkliste zusammengefasst.

Für die konkreten Gestaltungsempfehlungen wird im Leitfaden der Antrag auf Erteilung eines Jagdscheins verwendet, da es ein kurzes Online-Formular ist und gleichzeitig viele Fälle abdeckt:

Projekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0“ im März 2021 gestartet

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Projekts „Digitaler Werkzeugkasten 1.0“ im Oktober 2020 haben das Bayerische Digitalministerium und der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags das Projekt ausgeweitet, so dass künftig in immer mehr bayerischen Landratsämtern Verwaltungsdienstleistungen online beantragt werden können. Das Folgeprojekt „Digitaler Werkzeugkasten 2.0“ wurde im März 2021 gestartet. Insgesamt nehmen 24 Landratsämter aus allen bayerischen Regierungsbezirken am Projekt teil.

Antrag auf Erteilung eines Jagdscheines

Seite 1 von 6

Ihr Anliegen
Ihre Angaben
Überprüfen & Absenden

Was möchten Sie beantragen?

Die mit einem Stern (*) gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder und müssen ausgefüllt sein.

Ich beantrage hiermit * ?

☒ nach Bestehen der Jägerprüfung die erstmalige Erteilung eines

☐ die Verlängerung des

☐ eine Zweitschrift meines Jagdscheins

Auswahl des Jagdscheins * ?

☒ Jahres – Jagdscheins

☐ Falkner - Jagdscheins

☐ Tages – Jagdscheins

☐ Jugend - Jagdscheins

Geltungsdauer * ?

☒ Geltungsdauer (1 Jahr)

☐ Geltungsdauer (3 Jahr)

Der Jagdschein wird als Jahresjagdschein mit einer Geltungsdauer von einem oder drei Jagdjahren erteilt. Ein Jagdjahr geht stets vom 01.04. bis zum 31.01. eines Jahres.

Die Anzahl der teilnehmenden Landkreise ist damit mehr als drei Mal so hoch wie beim ersten Projekt. In ihrer Videobotschaft zum Projektstart dankte Digitalministerin Judith Gerlach, MdL, den Projektlandratsämtern und dem Innovationsring für das gemeinsame Engagement und hob besonders das arbeitsteilige und pragmatische Vorgehen beim Projekt als Schlüssel zum Erfolg hervor.

Der Leitfaden zur nutzerorientierten und einheitlichen Formulargestaltung bleibt dabei kein „Papiertiger“, sondern ist ein wesentlicher Eckpfeiler des neuen Projekts. Beim Projektstart im März 2021 wurde vereinbart, die Empfehlungen des Leitfadens kurzfristig technisch umzusetzen. Diese bilden damit ab Mai 2021 die einheitliche Arbeitsgrundlage für sämtliche

Online-Formulare, die im Rahmen des Projekts „Digitaler Werkzeugkasten 2.0“ umgesetzt werden. Zugleich werden die Online-Formulare des Pilotprojekts „Digitaler Werkzeugkasten 1.0“ sukzessive auf diesen neuen Standard gehoben.

Leitfäden des Innovationsrings online abrufbar

Die Leitfäden des Innovationsrings – u.a. der Leitfaden zur nutzerorientierten und einheitlichen Formulargestaltung – sind über die Internetseite des Bayerischen Landkreistags kostenlos abrufbar unter www.bay-landkreistag.de/Landkreistag/BayerischerInnovationsring.aspx.



Digitalministerin Judith Gerlach, MdL

„Die Daten müssen laufen, nicht die Bürger“ – die Registermodernisierung nimmt endlich Fahrt auf

Von Klaus Geiger, Referent für Finanzen, Organisation und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

1. Langer Weg zur Registermodernisierung

„Die Daten müssen laufen, nicht die Bürger“ – als Bundeskanzler Gerhard Schröder dieses Ziel vor über 20 Jahren im Jahr 2000 formulierte, konnte man leicht den Eindruck gewinnen, die hierfür notwendige Registermodernisierung stehe unmittelbar bevor. Es sollte jedoch deutlich länger dauern. Im Oktober 2017 hat der Nationale Normenkontrollrat in seinem Gutachten „Mehr Leistung für Bürger und Unternehmen: Verwaltung digitalisieren. Register modernisieren.“ nochmals bekräftigt, dass ohne moderne Register effiziente, bürger- und unternehmensfreundliche digitale Angebote nicht möglich sind. Die nach dem Onlinezugangsgesetz anzubietenden Verwaltungsleistungen würden von Bürgerinnen und Bürgern wie Unternehmen nur dann angenommen, wenn sie von guter Qualität und einfach zu bedienen sind und eine echte Entlastung bringen. Für solche medienbruchfreie Angebote seien digital zugängliche, eindeutig verknüpfbare und qualitativ hochwertige Registerdaten eine zwingende Voraussetzung. Ein wesentliches Problem aus Sicht des Nationalen Normenkontrollrats: Die deutsche Registerlandschaft erfüllt die dafür nötigen Anforderungen derzeit nicht. Er attestiert den Registern einen umfassenden Modernisierungsbedarf, insbesondere weil die Registerlandschaft in Deutschland administrativ zersplittert sei. Es gebe mehr als 200 Register, viele davon noch einmal nach örtlicher Zuständigkeit untergliedert und unterschiedlich ausgestaltet. Gleiche oder ähnliche Daten würden mehrfach erhoben, Abgleiche und Qualitätschecks fänden nicht statt. Die Registermodernisierung ermöglicht nach Einschätzung des Nationalen Normenkontrollrats zudem erhebliche Einsparungen. Die Digitalisierung der wichtigsten Verwaltungsleistungen auf Basis moderner Register entfalte ein Entlastungspotenzial von ca. 6 Mrd. Euro pro Jahr. Das entspräche gut der Hälfte des bisher notwendigen Aufwands im Umgang mit Behörden. Bürgerinnen und Bürger könnten 1,4 Mrd. Euro,

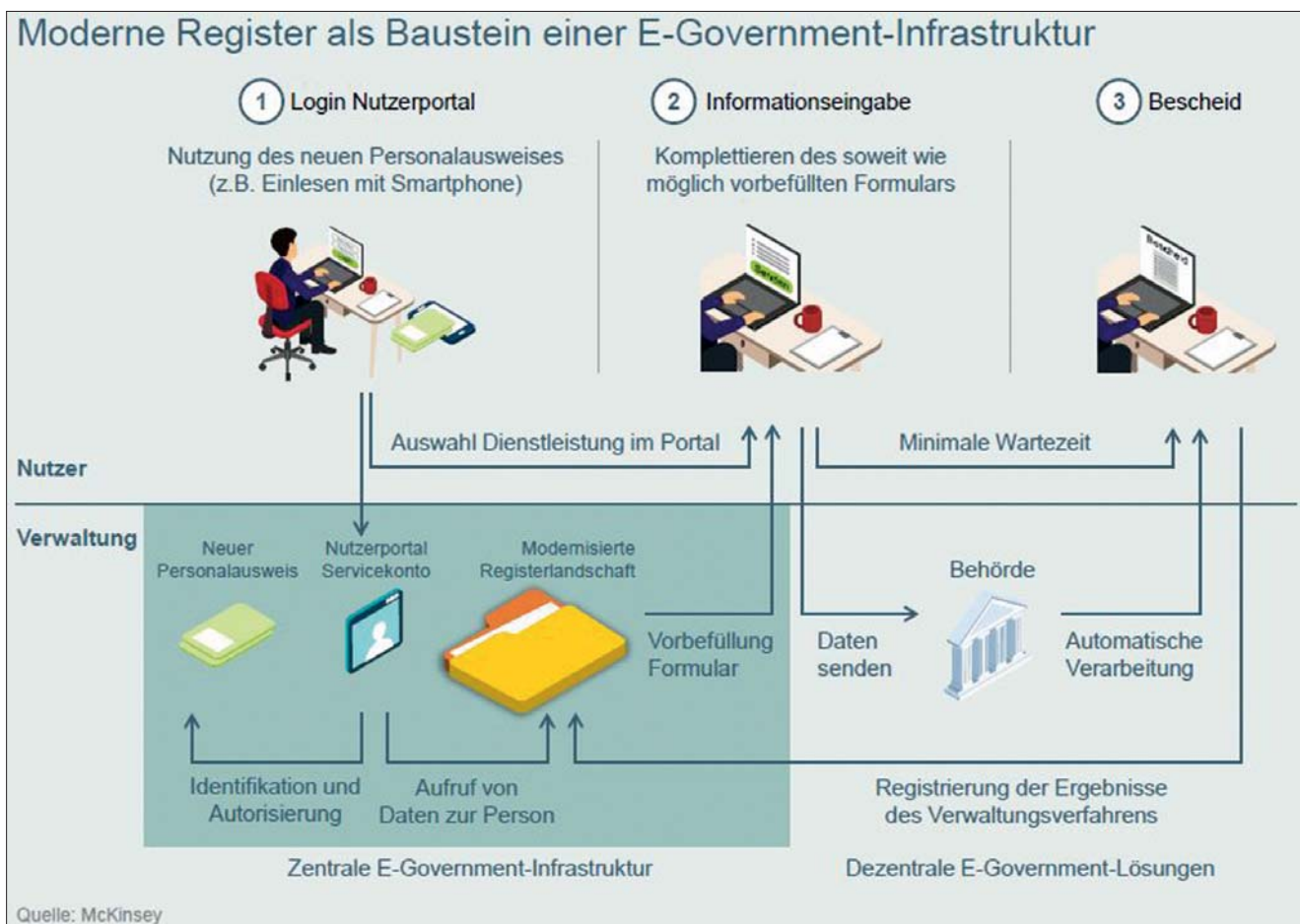
Unternehmen 1 Mrd. Euro sparen. Die Verwaltung selbst würde mit 3,9 Mrd. Euro am stärksten entlastet.

Die Entlastung entsteht im Wesentlichen dadurch, dass die Antragstellung für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen vereinfacht wird (z.B. keine bzw. weniger Antragsunterlagen mehr erforderlich), Verwaltungsabläufe durch die automatisierte Verarbeitung digitaler Daten effizienter werden, Bescheide schneller erlassen und Leistungen zügiger ausgezahlt werden. Im Idealfall stellen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ihre Anträge online und unterschreiben diese – soweit notwendig – elektronisch. Die zuständige Behörde ruft automatisch die relevanten Daten aus den Registern ab und erlässt den Bescheid. Die Grafik auf der nächsten Seite stellt die vom Normenkontrollrat dargestellte Registermodernisierung im Überblick dar (vgl. Nationaler Normenkontrollrat (Hrsg.), Gutachten „Mehr Leistung für Bürger und Unternehmen: Verwaltung digitalisieren. Register modernisieren.“, Oktober 2017, S. 10, 14 ff., online abrufbar unter <https://www.normenkontrollrat.bund.de/nkr-de/service/presse/pressemitteilungen/nationaler-normenkontrollrat-veroeffentlicht-gutachten-759036#>).

Der Koalitionsausschuss der Bundesregierung hat am 03.06.2020 bekräftigt, dass die Registermodernisierung eine wichtige Säule der Digitalisierung der gesamten Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen ist. Sie sei von großer Bedeutung für die Umsetzung des Prinzips der nur einmaligen Erfassung von personenbezogenen Daten bei Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen („Once Only“). Voraussetzung dafür sei eine fehlerfreie registerübergreifende Identifikation von Personen. Zur Umsetzung der Registermodernisierung wurde die Bereitstellung von 300 Mio. Euro beschlossen.

2. Registermodernisierungsgesetz

Das „Gesetz zur Einführung und Verwendung einer Identifikationsnummer in der öffentlichen Verwaltung und zur Änderung weiterer Gesetze“ (Registermoder-



Quelle: Nationaler Normenkontrollrat (Hrsg.), Gutachten „Mehr Leistung für Bürger und Unternehmen: Verwaltung digitalisieren. Register modernisieren.“, a.a.O., S. 15.

nisierungsgesetz) vom 28.03.2021 wurde am 06.04.2021 verkündet (BGBl. I S. 591); online abrufbar unter http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl121s0591.pdf). Mit dem Gesetz wird eine Identifikationsnummer in den für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes relevanten Verwaltungsregistern von Bund und Ländern eingeführt, mit der gewährleistet werden soll, dass Basisdaten natürlicher Personen von einer dafür verantwortlichen Stelle auf Inkonsistenzen geprüft, verlässlich gepflegt, aktualisiert und bereitgestellt werden.

Zur eindeutigen Zuordnung wird für natürliche Personen die Steuer-Identifikationsnummer (Identifikationsnummer nach § 139b der Abgabenordnung) als (wie in anderen EU-Mitgliedstaaten) registerübergreifendes einheitliches nichtsprechendes Identifikationsmerkmal verwendet und in den für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes relevanten Fachregistern der geführten Verwaltungsverfahren gespeichert. Dies be-

trifft u.a. folgende Register, die auch für die Landratsämter relevant sind:

- Melderegister,
- elektronisch geführte Personenstandsregister,
- Ausländerzentralregister,
- eID-Karte-Register,
- Zentrales Fahrzeugregister,
- Zentrales Fahrerlaubnisregister,
- Fahreignungsregister,
- Personalausweisregister,
- Passregister,
- Ausländerdateien nach § 62 der Aufenthaltsverordnung,
- Bundeszentralregister,
- Nationales Waffenregister,
- Verzeichnis der gemäß § 14 der Gewerbeordnung angezeigten Gewerbebetriebe,

- Gewerbezentralregister,
- bei den Wohngeldbehörden nach § 24 des Wohngeldgesetzes systematisch geführte personenbezogene Datenbestände zu Leistungsempfängern,
- bei den Ämtern für Ausbildungsförderung und dem Bundesverwaltungsamt nach den §§ 39 und 40 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes systematisch geführte personenbezogene Datenbestände zu Leistungsempfängern,
- Register der Versorgungsämter,
- bei den öffentlichen Arbeitgebern in Bund, Ländern und Kommunen nach § 2 Abs. 1 des Finanz- und Personalstatistikgesetzes systematisch geführte personenbezogene Datenbestände über die Beschäftigten und
- Bauvorlagenberechtungsverzeichnisse.

Die zur Identifikation erforderlichen personenbezogenen Daten in diesen Registern sollen öffentlichen Stellen, die diese zur Erbringung von Verwaltungsleistungen nach dem Onlinezugangsgesetz benötigen, aktuell und in hoher Qualität bereitgestellt werden. Zusätzlich sollen Qualitätssicherungsprozesse eingerichtet werden, die die Aktualität, Konsistenz und Validität der personenidentifizierenden Basisdaten sicherstellen. Für die Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern wird ein Datencockpit aufgebaut, das eine einfache, transparente und zeitnahe Übersicht über zwischen Behörden vorgenommenen Datenübermittlungen ermöglichen soll.

Nach der Gesetzesbegründung (BT-Drs. 19/24226, S. 36 ff.) leistet die eindeutige Identifikation und die Bereitstellung von qualitätsgesicherten personenbezogenen Daten einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Ziele des Onlinezugangsgesetzes. In der Interaktion mit der Verwaltung müssten Bürgerinnen und Bürger regelmäßig grundlegende Daten wie Adresse oder Familienstand immer wieder angeben oder bestimmte Dokumente, wie zum Beispiel die Geburts-

urkunde, vorlegen. Diese Aufwände ließen sich minimieren, wenn die jeweilige Behörde die Basisdaten zu einer natürlichen Person über die neu geschaffene Registermodernisierungsbehörde direkt abrufen kann. Statt die grundlegenden Daten zu einer Person an vielen dezentralen Stellen permanent aktuell halten zu müssen, würden die Basisdaten einer natürlichen Person zentral durch die Registermodernisierungsbehörde (Bundesverwaltungsamt) qualitätsgesichert.

Antworten zu häufig gestellten Fragen im Zusammenhang mit der Registermodernisierung finden sich unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/moderne-verwaltung/registermodernisierung/registermodernisierung-faq-liste.html>.

3. Fazit

Seit Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2000 das Ziel „Die Daten müssen laufen, nicht die Bürger“ ausgegeben hatte, mussten mehr als 20 Jahre vergehen, bis die Registermodernisierung nun endlich Fahrt aufnimmt. Mit dem im April 2021 verkündeten Registermodernisierungsgesetz liegt nun der erforderliche Rechtsrahmen vor. Die vom Koalitionsausschuss der Bundesregierung am 03.06.2020 beschlossene Bereitstellung von 300 Mio. Euro für die Registermodernisierung sorgt für finanzielle Planungssicherheit. Die technische Umsetzung bleibt gleichwohl komplex (dezentrale Datenhaltung, Datenstandards etc.). Auch rechtlich sind noch Fragen offen. So richtet sich das Registermodernisierungsgesetz (nur) an natürliche Personen (Bürgerinnen und Bürger); der für die Landkreise ebenfalls wichtige Umgang mit Unternehmen bzw. juristischen Personen bleibt unklar. Ohne die Unternehmen als potenzielle „Poweruser“ der digitalen Verwaltung können die vom Nationalen Normenkontrollrat ermittelten Einsparmöglichkeiten nicht realisiert werden. Wir werden den weiteren Fortgang daher eng begleiten und uns dafür einsetzen, dass „was lange währt, auch gut wird“.

IT-Sicherheit in Zeiten des Homeoffice; der Faktor Mensch wird immer wichtiger.



Von Norbert Wasiluk, Referent für Informations- und Kommunikationstechnik, Steuerrecht und Datenschutz beim Bayerischen Landkreistag und Reiner Schmidt, Referatsleitung Sicherheitsberatung für Kommunen – Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Seit mehr als einem ganzen Jahr begleitet uns die Coronapandemie und damit einhergehend eine rasanten Ausdehnung des Bereichs Homeoffice. Eine repräsentative Umfrage des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ergab, dass sich in der Zeit der Pandemie das Angebot von Homeoffice-Arbeitsplätzen mehr als verdoppelt hat. „58 % der befragten Unternehmen wollen das Angebot auch nach der Pandemie aufrechterhalten bzw. ausweiten.“¹ Dies führt allerdings zu Ressourcenproblemen, welche viele öffentliche Verwaltungen vor große Herausforderungen stellt. Selbst Verwaltungen, die bereits Home-

office anbieten, wurden durch die breite Verlagerung der Arbeitsumgebung ins Homeoffice an den Rand ihres Leistungsvermögens gebracht. Doch auch unter diesen Rahmenbedingungen beweist die öffentliche Verwaltung Dynamik und Flexibilität. Sie baute in kürzester Zeit neue Strukturen auf, die es den Mitarbeitern ermöglichten, im Homeoffice ihre gewohnte Arbeitsumgebung zumindest digital wiederzufinden.

Dieser Kraftakt war nur zu bewältigen, indem alle Akteure bei gebotenem Risikobewusstsein mit pragmatischen Lösungen sichere Zugänge schafften. Hierzu war es notwendig, sehr schnell am Anfang der Pandemielage eine Bewertung diverser Lösungen vorzunehmen und angesichts der Gegebenheiten der Pandemie zeitlich befristete Ausnahmen darzulegen. Unterstützend hat auch das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) eine Matrix mit diversen Szenarien erstellt und diese in Beratungen von Kommunen einfließen lassen. Diese waren zu Beginn der Pandemie relativ weit gefasst und wurden mit Beginn der zweiten Welle etwas zurückgenommen. Hierbei wurden Lösungen bzw. Zugangsmöglichkeiten zu IT-Netzwerken im steten Hinblick auf die allgemeine Gefährdungslage wiederkehrend neu bewertet.



¹ https://www.bsi.bund.de/DE/Service-Navi/Presse/Pressemitteilungen/Presse2021/210415_HO-Umfrage.html



Der sichere Arbeitsplatz im Homeoffice sollte idealerweise ein Abbild des dienstlichen Arbeitsplatzes sein und über eine sichere Anbindung verfügen. Hierzu sollte ein Virtual Private Network (VPN) genutzt werden. Dieses ermöglicht es, über eine verschlüsselte Internetverbindung mit dem Netzwerk der Dienststelle verbunden zu sein. Der Anwender kann das Behördennetzwerk und damit verbundene Anwendungen sowie Fachverfahren so nutzen, als ob er sich im Dienstgebäude befinden würde. Hierfür sollte den Mitarbeitern die benötigte Hardware bspw. in Form von Laptops vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellt werden, da nur so ein reibungsloser Betrieb und eine sichere und datenschutzkonforme Arbeitsweise gewährleistet werden kann. Das Arbeiten im Homeoffice sollte darüber hinaus in einer Dienstanweisung geregelt sein. In dieser sollten neben technischen Rahmenbedingungen, wie z. B. keine mobilen Datenträger zu nutzen oder nur mit notwendigen Berechtigungen zu arbeiten, auch Handlungsempfehlungen für eine sichere Nutzung enthalten sein (z. B. Wie kann der Bildschirm vor der Einsichtnahme Dritter geschützt werden?).

Neben technischen Gefährdungsfaktoren entpuppt sich jedoch ein weiterer Faktor als zentraler Angriffsvektor. Sicherheitsexperten sind sich einig, dass mittlerweile ca. 90 % der Angriffe sich über E-Mails bzw. das Surfen im Internet direkt an die Benutzer richten. „Fast drei Viertel der Deutschen (73 %) geht davon aus, dass Hacker und Cyber-Kriminelle es aufgrund der momentan verbreiteten Remote-Arbeit einfacher haben, Menschen Schaden zuzufügen.“ [...] „Alleine während der vergangenen zwölf Monate waren fast 18 Millionen Menschen in Deutschland Opfer von Cyber-Kriminalität.“² Das zeigt, dass bei Sicherheitsbetrachtungen der Benutzer in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken muss. Schlagwörter in diesem Zusammenhang sind Social-Engineering, drive by exploits, Phishing, Spearphishing, Dynamitephishing und besonders aktuell Smishing. Die genannten Methoden zielen darauf ab, durch erlangte Kenntnisse der Gewohnheiten oder Interessen einzelner Nutzer, diese auszunutzen und ein gewisses Verhalten zu provozieren. In diesem Zusammenhang interessieren gesuchte Inhalte (Internet-Suchmaschinen), E-Mail-Korrespondenz, das Surfverhalten und Daten aus Social Media. Ziel ist es, dass mithilfe dieser Erkenntnisse der Nutzer dazu bewegt wird, einem Link zu folgen oder ein Attachment zu öffnen, damit im Hintergrund Schadsoftware ausgeführt wird. Besonders in Pandemie-Zei-

ten eröffnet dies Hackern über Phishing mit Bezug auf stark nachgefragte Güter die Möglichkeit, den Benutzer zu einem leichtsinnigen „Klick“ zu verleiten. Dieser könnte schnell zu Datendiebstahl und Verschlüsselung der internen Daten führen. Die Kombination von Datenabfluss mit anschließender interner Verschlüsselung wird gerne genutzt, um Lösegeldforderungen mit der Drohung, diese erbeuteten Daten zu veröffentlichen, Nachdruck zu verleihen.

Es stellt sich nun die Frage: Was kann eine öffentliche Verwaltung dagegen unternehmen? Im Allgemeinen bilden drei Säulen die Grundfesten einer geeigneten Abwehrstrategie, diese sind technische, organisatorische und mitarbeiterspezifische Maßnahmen. Technische und organisatorische Maßnahmen sowie Richtlinien allein sind hier nicht ausreichend. Diesen kommt gewöhnlich eine feste Rolle in der IT-Sicherheits-Betrachtung der Verantwortlichen zugute. Nachfolgend sollen mögliche mitarbeiterspezifische Maßnahmen in den Fokus gerückt werden.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, ein Sicherheitsbewusstsein zu schaffen und verantwortliches Handeln zu fördern. Hierfür gibt es eine Vielzahl von Lösungsansätzen. Diese reichen von Beiträgen in Intranets über Wandkalender und Notizblöcke mit Tipps und Tricks bis hin zu Flyern oder Plakaten mit witzig verpackten Sicherheitshinweisen. In speziellen Bedrohungslagen bieten sich Rundmails mit Informationen zu aktuell brisanten Sicherheitsgefährdungen an, die schnell einen aktuellen Benutzerkreis warnen können. Kreativen Ansätzen sind hierbei keine Grenzen gesetzt.

Neben kontinuierlichen Schulungen sollte eine regelmäßige Sensibilisierung der Mitarbeiter z.B. in Form von Online-Seminaren eine tragende Rolle beigemessen und als zentrale Maßnahme in den Fokus gerückt werden. Hierzu gibt es diverse Angebote verschiedenster Anbieter im Internet. Hervorzuheben ist hierbei das neue Angebot des LSI seit Dezember 2020, welches allen kommunalen Verwaltungen (Gemeinden, Landratsämtern und Bezirken) kostenfreien Zugang zu einem Portal mit Sensibilisierungskursen anbietet. Dieses Portal kann individuell auf die jeweilige Kommune angepasst werden (eigenes Logo oder Wappen einbinden, eine farbliche Anpassung, etc.). Es beinhaltet didaktisch optimierte Kurse, die das Bewusstsein für Informationssicherheit beim Personal regelmäßig und nachhaltig stärken sollen. Diese bestehen aus Basis- und Aufbaukursen, welche in Form von kleinen, leicht in den Tagesablauf zu integrierenden Einheiten

² <https://www.presseportal.de/pm/154780/4887738>

von 20-50 Minuten angeboten werden. Nach dem Bestehen des jeweiligen Kurses kann ein Zertifikat als Nachweis ausgedruckt werden. Auch dieses Zertifikat ist individuell von der Kommune anpassbar. Etwa 400 Anmeldungen verschiedener Kommunen für sämtliche ihrer Mitarbeitenden sind bis Anfang April beim

LSI bereits eingegangen. Die positive Resonanz zeigt, dass das LSI mit diesem Angebot den Nerv der Zeit getroffen hat. Das Angebot ist neben dem Siegel „Kommunale IT-Sicherheit“ und der Handreichung zum Notfallmanagement ein weiterer Baustein des kommunalen Beratungsangebots des LSI.

Fazit:

Homeoffice ist keine Arbeitsform, die erst mit der Coronapandemie aufgekommen ist, aber durch diese eine enorme Verbreitung erfahren hat. Es ist zu erwarten, dass diese Ausbreitung nicht nur Teil des aktuellen, sondern auch des zukünftigen Arbeitslebens sein wird und somit Homeoffice auch nach der Pandemie einen festen Bestandteil in unserer gewohnten Arbeitskultur haben wird. Besonders in Verbindung mit dem aktuell erlebten Digitalisierungsschub ist es wichtig, sich ganzheitlich mit allen Aspekten der IT-Sicherheit zu befassen und somit ein angemessenes Niveau an

Schutz zu schaffen. Hierzu muss neben den bereits praktizierten Updates von Hard- und Software gleichermaßen die Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeiter als stetig wiederkehrende Aufgabe angesehen werden. So wie besagte Hard- und Software mit neuen Versionsständen gegen neue Gefahren gewappnet wird, so muss auch der Mitarbeiter vor neuen Bedrohungen „upgedatet“ werden. Vor allem dann besitzen wir die Möglichkeit, Angriffe und Cyber-Kriminalität zu erkennen, welche technisch bzw. organisatorisch nur äußerst schwierig bzw. nicht verhindert werden können.

Finanzieller Schutz bei Wetterextremen – wichtig auch für Landkreise, Städte und Gemeinden

Bericht zum Stand der „Initiative Elementarschadenversicherung“ nach Wegfall staatlicher Soforthilfen / Versicherungskammer Bayern empfiehlt umfassenden Versicherungsschutz auch für Überschwemmungen, Starkregen und andere Naturgefahren

*Von Raimund Lichtmannegger, Hauptabteilungsleiter
Direktion Öffentliche Einrichtungen, und Dr. Herbert
Hofmann, Leiter Direktbetreuung Kommunen/Sparkassen,
Versicherungskammer Bayern*

Global gesehen war auch das Jahr 2020 wieder durch viele extreme Wetterereignisse mit verheerenden Schäden geprägt. Expertenschätzungen gehen davon aus, dass es sich mit einem verursachten Schaden von annähernd 80 Mrd. US-Dollar um das fünftteuerste Schadenjahr aller Zeiten handelt. In Bayern und Deutschland gab es nach vielen klimatisch schwierigen Jahren in 2020 eine kleine Atempause. Und doch sind die Auswirkungen des Klimawandels und der zunehmenden Erderwärmung deutlich spürbar. Die Folgen des Klimawandels betreffen alle: Menschen, Städte, das ganze Land und seine Infrastruktur sind verletzlich. Studien des Deutschen Wetterdienstes (DWD) belegen, dass ausgerechnet Bayern Deutschlands Rekordhalter in Starkregenfällen ist.

Die Bayerische Staatsregierung hat die politischen wie gesellschaftlichen Herausforderungen nach dem Starkregenereignis 2016 um die Stadt Simbach aufgegriffen und gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, Banken, Versicherungen und weiteren Institutionen im Jahr 2017 die Initiative „Schutz vor den Folgen von Naturgefahren durch eine Elementarschadenversicherung“ ins Leben gerufen. Der Schutz der Sachwerte von Privatpersonen, Gewerbetreibenden und Landwirten steht dabei ebenso im Fokus wie die Liegenschaften von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen. Mit dem Wegfall staatlicher Soforthilfen zur Jahresmitte 2019 bei Eintritt an und für sich versicherbarer Risiken wurde ein deutliches Signal an die Gesellschaft für mehr Eigenverantwortung in der Risikovorsorge gesetzt.

Bei Neubauten ist der Abschluss einer Elementarschadenversicherung mittlerweile weit verbreitet. Die Versicherungsdichte bei Immobilien konnte in den letzten Jahren stetig gesteigert werden. Allerdings liegt sie in Bayern mit 36 % aller Gebäude immer noch deutlich unter dem deutschlandweiten Wert von 45 %. Bei öffentlichen Einrichtungen liegt dieser Prozentsatz mit 15 % sogar noch viel niedriger.

Deshalb hat die Versicherungskammer Bayern im Juli 2019 alle Kommunen in Bayern und der Pfalz angeschrieben, auf die weiter zunehmende Gefahrensituation durch Wetterextreme hingewiesen und die Absicherungsmöglichkeiten aufgezeigt. Im laufenden Jahr 2021 wird diese Aktion fortgesetzt, um auch die vielen neuen Mandatsträger für das Thema zu sensibilisieren. Eine Absicherung von Elementargefahren ist entgegen oft anzutreffender Fehleinschätzung bei der Versicherungskammer Bayern flächendeckend möglich.

Für Fragen in diesem Zusammenhang und für alle weiteren Aspekte Ihrer kommunalen Versicherungen stehen Ihnen die bekannten Ansprechpartner, Ihre zuständigen Direktionsbevollmächtigten der Versicherungskammer Bayern, gerne zur Verfügung.

Wissen sicher sichern: Digitale Fortbildungen für den öffentlichen Dienst in Bayern

Von Roswitha Pfeiffer, Leiterin des BVS-Geschäftsbereichs Fortbildung und Entwicklung und Stellvertreterin des BVS-Vorstands

In diesen Zeiten, in denen Abstand halten und zu Hause bleiben erforderlich ist, dürfen Wissen und Fortbildung nicht auf der Strecke bleiben. Insbesondere nicht für den öffentlichen Dienst, der als Corona-Krisenmanager besonders gefordert ist. Daher bietet die Bayerische Verwaltungsschule (BVS) neben ihren bewährten Präsenzveranstaltungen auch digitale Fortbildungen an – jetzt und in Zukunft. Das unterstützt auch die Verwaltung auf ihrem Weg in die Digitalisierung und schafft zudem Bildungszugang für Menschen, die bisher aus zeitlichen und örtlichen Gründen nur wenige Fortbildungen absolvieren konnten.

Seit 1920 bildet die BVS den öffentlichen Dienst in Bayern aus, fort und weiter: Nach dem Ersten Weltkrieg mussten sich Staatsordnung und das tägliche Leben der Menschen neu finden. Dazu brauchte man die richtigen Menschen an den richtigen Stellen. Aus diesem Gedanken heraus wurde die BVS gegründet und mit der Aus-, Fort- und Weiterbildung der bayerischen Verwaltung beauftragt. Und das tut sie seitdem durch alle Zeiten hindurch – und immer mit dem richtigen Angebot. Das sind neben Wissensvermittlung und kollegialem Austausch in Präsenz auch digitale Formate. Corona hat sie unabdingbar gemacht, die digitalisierte Arbeitswelt der Zukunft wird sie zu einem selbstverständlichen Baustein der Bildungsangebote werden lassen.



*Schon seit 2020 bietet die BVS digitale Fortbildungen für den öffentlichen Dienst in Bayern an – die Teilnehmerstimmen sind durchweg positiv. www.bvs.de/webinare
(© BVS, Michael Rieperding)*

Viel Erfahrung mit digitalen Formaten

Schon 2020 hat die BVS viele Fortbildungs-Seminare digital angeboten und kann nun, nach einem Jahr, auf viel Erfahrung zurückgreifen.

Mit einer bedienerfreundlichen Videosoftware, technischem Support und einem Betreuungsteam steht die BVS ihren Dozenten und Teilnehmern vor und während der Webinare zur Verfügung. Die digitalen Fortbildungen sind örtlich und zeitlich flexibel nutzbar und erreichen damit noch mehr Menschen als bisher.



Roswitha Pfeiffer, Leiterin des BVS-Geschäftsbereichs Fortbildung und Entwicklung und Stellvertreterin des BVS-Vorstands (© BVS)

Roswitha Pfeiffer, Leiterin des BVS-Geschäftsbereichs Fortbildung und Entwicklung, blickt deshalb optimistisch in die Zukunft: „Wir können das Wissen des öffentlichen Dienstes auch in diesen Zeiten sichern, denn wir haben viele digitale Fortbildungen entwickelt und ein sicheres, bedienerfreundliches Videosystem integriert. Jetzt brauchen wir nur noch deutlich mehr nebenamtliche Dozenten, um die Nachfrage besser bedienen zu können.“

Aus der Praxis für die Praxis

Gemäß der BVS-Leitlinie „aus der Praxis für die Praxis“ geben rund 1.300 Verwaltungsangestellte und

Beamte aus ganz Bayern ihre praktischen Erfahrungen und ihr Wissen aus Ihrem Arbeitsbereich weiter.

Ihre Dozenten unterstützt die BVS mit zahlreichen Schulungen und einem Support-Team. Weitere Informationen unter www.bvs.de/NAD

Wir wissen jetzt, dass auch online ein guter Austausch mit den Teilnehmern möglich ist, so dass diese sich untereinander und mit den Dozenten vernetzen und ihren Erfahrungsschatz auch in Webinaren fortlaufend vertiefen können. „Das ist ein Vorteil auch für die Arbeitgeber unserer Dozenten“, findet BVS-Vorstand Monika Weigl. Denn digitale Kompetenzen werden immer wichtiger, zumal die Verwaltungen über das Onlinezugangsgesetz verpflichtet sind, ihre Verwaltungsleistungen digital anzubieten. Die nebenamtlichen Dozenten der BVS erhalten genau darin praktische Erfahrung und Handlungssicherheit. Neben engagierter persönlicher Begleitung unterstützt die BVS ihre nebenamtlichen Dozenten auch mittels Schulungen, Videoanleitungen sowie didaktischen und pädagogischen Hilfestellungen. Keine Scheu – Sie werden sehen: Es ist einfacher als gedacht und macht sogar Spaß! Bei Interesse finden Sie weitere Informationen und Kontaktdaten unserer Ansprechpartnerin unter www.bvs.de/NAD.



Ihre Dozenten unterstützt die BVS mit zahlreichen Schulungen und einem Support-Team.

Weitere Informationen unter www.bvs.de/NAD
(© BVS Michael Rieperding)

Klinikum Landkreis Erding – gerüstet für die Zukunft

„Gesundheit ist der größte Reichtum“ heißt ein bekanntes Sprichwort und der Verlauf der vergangenen eineinhalb Jahre hat uns das als Gesellschaft so deutlich vor Augen geführt wie wohl noch nie zu unseren Lebzeiten. Die Krankenhäuser sind dafür da, dieses kostbare Gut zu schützen und zu erhalten und um es kranken oder verletzten Menschen wiederzugeben.

Der Landkreis Erding als Träger des Klinikums Landkreis Erding nimmt diese große Aufgabe sehr ernst. Bereits seit Jahren sind Landrat Martin Bayerstorfer sowie der damalige Verwaltungsrat eng involviert gewesen in die strategische Weiterentwicklung der beiden Standorte in Erding und Dorfen. So stand, auch gegen Widerstände sowohl lokal als auch überregional, für den Landrat stets fest, dass die Klinik Dorfen – mit 42 Betten eines der kleinsten Krankenhäuser in Bayern – nicht nur erhalten bleiben, sondern gestärkt werden soll. Dennoch waren insbesondere die konkreten Gestaltungsmöglichkeiten limitiert. Um

dies zu ändern sowie ein deutliches Zeichen dieser politischen Verantwortung zu setzen, hat der Landkreis, initiiert durch Landrat Martin Bayerstorfer, im Dezember des Jahres 2018 entschieden, die Rechtsform des Klinikums Landkreis Erding zu wechseln und von einem Kommunalunternehmen in einen Regiebetrieb des Landkreises zu überführen. Damit sollte nicht nur die Position der politischen Entscheidungsträger im Kreistag gestärkt werden. Die Re-Kommunalisierung sollte auch das klare Signal senden, dass der Landkreis hinter seinem Krankenhaus steht und seine Verantwortung nicht nur erfüllen, sondern übertreffen will: Das erklärte Ziel ist es, eine gehobene Gesundheitsversorgung im Landkreis Erding anzubieten, die deutlich über die Anforderungen der Grund- und Regelversorgung hinausgeht.

Der Wechsel der Rechtsform brachte eine Reihe von Vorteilen – für das Klinikum, für die Politik und nicht zuletzt auch ganz konkret für die Mitarbeiterinnen



Klinikum Landkreis Erding

und Mitarbeiter des Krankenhauses. Dazu gehört vor allem, dass wesentliche Dinge, die das Klinikum betreffen, wieder öffentlich im Kreistag und dem verantwortlichen Ausschuss diskutiert werden können. Das sorgt für mehr Transparenz für Politik und Öffentlichkeit, wie es um das Klinikum steht, und für mehr Möglichkeiten für die politischen Entscheidungsträger, wie die Zukunft gestaltet werden soll. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet es die Zugehörigkeit zum Öffentlichen Dienst inklusive Bezahlung nach TVöD, Erhalt der Erding-Zulage, Zahlung ZVK und weitere Vorteile, die damit einhergehen. Für die Bürgerinnen und Bürger brachte die Re-Kommunalisierung nicht zuletzt die Sicherheit, dass der Landkreis keinen Gedanken an eine Privatisierung verschwendet, sondern auch weiterhin für ihre medizinische, stationäre Versorgung eintreten wird.

Im Klinikum wurden seit Beginn der 2010er Jahre zahlreiche neue Bereiche und Erweiterungen geschaffen. Den Auftakt machte 2011 das Herzkatheterlabor, gefolgt von der Schlaganfallereinheit 2013 und der ambulanten Schmerztherapie in Erding 2016; in Dorfen wurde dem nahtlos folgend ebenfalls 2016 die stationäre Schmerztherapie sowie 2017 die Schlafmedizin etabliert. Darüber hinaus wurden im Lauf dieser Jahre einige Zentren errichtet und teilweise zer-

tifiziert: Das Darmzentrum, das Brustzentrum oder das interdisziplinäre Beckenboden- und Kontinenzzentrum seien hier als Beispiele genannt. Aber nicht nur durch eigene Angebote wurde das Klinikum Landkreis Erding gestärkt: Ein ganz besonderes, lange erwartetes Highlight war die Einrichtung einer Dialyse am Standort Erding 2013, die vom Kooperationspartner KfH Kuratorium für Dialyse und Nierentransplantation e.V. (KfH) betrieben wird.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt darüber hinaus auf der Medizintechnik. Besonders erwähnenswert ist dabei die Anschaffung zweier Großgeräte im Jahr 2020: ein neuer Computertomograph (CT) sowie ein neuer Kernspintomograph (MRT). Hier wurden extra die Räumlichkeiten, in denen beide Geräte untergebracht sind, umgebaut, saniert und modernisiert. Neben den zahlreichen baulichen Änderungen lag das Hauptaugenmerk auf dem Strahlenschutz. Die Gesamtkosten belaufen sich für beide Projekte auf ca. 2,4 Millionen Euro. Durch den neuen MRT sowie den neuen CT ist das Klinikum Erding in diesem Bereich hochmodern ausgestattet und für die Zukunft bestens ausgestattet. Und CT und MRT sind dabei zwar die größten, aber nicht die einzigen Posten in der Reihe von weiteren Ersatzbeschaffungen in den kommenden Jahren. Im Jahr 2021 wird der Landkreis insgesamt



Klinik Dorfen

14,5 Millionen Euro in sein Klinikum investieren, mehr als ein Fünftel wird in die Medizintechnik fließen.

Ein weiteres Highlight ist das Erdinger Bildungszentrum für Gesundheitsberufe. Das Klinikum Landkreis Erding hat es sich neben seiner primären Funktion, die stationäre Versorgung im Landkreis sicherzustellen, auch zur Aufgabe gemacht, junge Menschen für Pflegeberufe auszubilden. So sind am Klinikum zwei Berufsfachschulen für Pflege angesiedelt: Die dreijährige findet hier seit 2009, die einjährige Ausbildung seit 1971 statt. Durch das stetige Wachstum der beiden Schulen in den vergangenen Jahren wurde der vorhandene Platz knapp und auch hier beschloss der Landkreis, Nägel mit Köpfen zu machen und für hervorragende Ausbildungsmöglichkeiten am Klinikum in einen Neubau zu investieren. Im Oktober 2018 wurde das Bildungszentrum für Gesundheitsberufe im Rahmen einer festlichen Veranstaltung eingeweiht und an die Nutzer übergeben. Seither verfügen die Schülerinnen und Schüler über eine moderne, innovative Lernumgebung nach den neuesten technischen Rahmenbedingungen. Der Bau wurde im Rahmen eines ÖPP-Modells realisiert; die Gesamtkosten für den Bau sowie den 25-jährigen Betrieb belaufen sich auf knapp unter 20,0 Millionen Euro. Für das Krankenhaus bedeutet die Möglichkeit, eine Ausbildung unter diesen Bedingungen anbieten zu können, einen immensen Vorteil auf dem Arbeitsmarkt: Rund die Hälfte aller Absolventen und Absolventinnen der dreijährigen Ausbildung bleiben dem Haus nach ihrem Abschluss treu. Für die Gewinnung von qualifizierten Pflegekräften hat es sich als richtiger Weg erwiesen, den Nachwuchs selbst auszubilden und dafür optimale Bedingungen zu bieten. Zusätzlich fördern Landkreis und Klinikum mit diesem Bildungsangebot junge Menschen, die eine Ausbildung mit vielfachen beruflichen Perspektiven und Karrierechancen in Erding absolvieren möchten.

Zu einem Krankenhaus, das für die Versorgung der landkreiseigenen Bürgerinnen und Bürger da ist, gehören aber nicht nur die entsprechenden medizinischen Angebote sowie die Ausstattung, sondern vor allem anderen hervorragendes Personal. Im Großraum München bedeutet das nicht nur eine angemessene Entlohnung zu bieten sowie weitere Angebote, die bereits erwähnt wurden, sondern auch bezahlbaren Wohnraum. Daher brachte der Landkreis im Jahr 2019 ein weiteres Projekt auf den Weg: die Sanierung des Personalwohngebäudes (PWG) am Klinikum Erding. Zum einen wurden so bestehende bauliche Brandschutzmängel beseitigt, die daraus resultierten,

dass das Gebäude mittlerweile fast 50 Jahre alt ist. Zum anderen sollte aber vor allem dringend benötigter, günstiger Wohnraum für die Auszubildenden und Mitarbeiter des Klinikums geschaffen werden. Der Landkreis hat hierfür 1,9 Millionen Euro investiert und so sind 34 zusätzliche Ein-Zimmer-Appartements entstanden, so dass nun insgesamt über 150 davon zur Verfügung stehen. Vor allem für das ans Klinikum Erding angesiedelte Bildungszentrum für Gesundheitsberufe und die jungen Menschen, die dort ihre Ausbildung zur Pflegekraft absolvieren, ist das ein Gewinn.

Auch für die Zukunft hat sich der Landkreis Erding viel vorgenommen, was sein Krankenhaus betrifft. Im Juli wird eine weitere neue Hauptabteilung ihren Betrieb aufnehmen: Dann startet die Urologie, die bislang lediglich als Belegabteilung am Klinikum Erding etabliert war. Bereits in Planung ist zudem der Ausbau der Dialyse, die einen Neubau erhalten und dabei von 10 auf mindestens 24 Plätze erweitert wird. Ebenfalls in Planung befindet sich die Etablierung einer Strahlentherapie auf dem Gelände des Klinikums, die auch von einem externen Kooperationspartner realisiert werden soll. Damit würde einer der letzten weißen Flecken in der strahlentherapeutischen Versorgung in der Region verschwinden, was für die Patientinnen und Patienten sowohl im Landkreis als auch vor allem im Klinikum Erding, die im Anschluss an ihre Behandlung eine strahlentherapeutische Versorgung benötigen, einen immensen Vorteil bietet.

Die Pläne greifen allerdings noch weiter: Um das Klinikum Landkreis Erding mittel- und langfristig zukunftsgerecht auszurichten, soll es den Schritt vom Regelversorger zum Schwerpunktversorger gehen. Dass dieser Weg lang ist und mit viel Arbeit verbunden, ist den Verantwortlichen klar – dennoch verfolgt der Landkreis weiter dieses Ziel. Als junger, familienfreundlicher Landkreis ist vor allem die dann mögliche Etablierung einer kinderheilkundlichen Abteilung erstrebenswert. Bereits jetzt wird alles getan, was möglich ist, um Eltern mit kranken Kindern den langen Weg nach Landshut oder München zu ersparen – aber in vielen Fällen ist das derzeit unumgänglich. Der Landkreis Erding möchte jedoch seinen jüngsten Bürgerinnen und Bürgern ebenfalls eine wohnortnahe, stationäre Versorgung anbieten können. Aber auch ältere Bürgerinnen und Bürger müssen weitere Wege auf sich nehmen, benötigen sie eine medizinische Behandlung auf dem Niveau eines Schwerpunktversorgers: nach Landshut, Altötting, Traunstein, Rosenheim, Dachau oder in die Stadt München. Dazu gehören sowohl Be-



handlungen in medizinischen Bereichen wie z.B. der Neurologie, die aktuell in Erding nicht möglich ist, als auch Behandlungen in etablierten Bereichen, die jedoch über das derzeitige Spektrum hinausgehen. Darüber hinaus sprechen die Bevölkerungszahlen im Landkreis Erding sowie in der Region dafür sowie die Tatsache, dass die Prognosen einen weiteren Bevölkerungszuwachs für den Landkreis Erding sowie die umliegenden Landkreise vorhersehen.

Landrat Martin Bayerstorfer ist überzeugt davon, dass es der richtige Weg ist, das Klinikum Landkreis Erding weiterzuentwickeln und den Status als Schwerpunktversorger langfristig anzustreben. „Unser Klinikum verfügt bereits jetzt über ein breites Spektrum in seinen Fachabteilungen und ist mit seiner hohen fachlichen Expertise und seinem breiten Angebot ein Haus der ‚gehobenen‘ Grund- und Regelversorgung. Die Voraussetzungen für einen weiteren Ausbau sind daher

äußerst gut.“ Insbesondere das Angebot in den chirurgischen Abteilungen geht deutlich über die im Allgemeinen angebotene chirurgische Versorgung im Regelversorgungsbereich hinaus – Abteilungen wie Gefäßchirurgie oder Thoraxchirurgie als eigenständige Einheiten sind üblicherweise nicht bei einem Grund- und Regelversorger zu finden. Diese Abteilungen versorgen bereits jetzt überregional Patienten. Abteilungen wie das Schlaflabor und die Interdisziplinäre Schmerztherapie sowie Zentren wie das Brustzentrum oder das Darmzentrum bieten ebenfalls jetzt bereits über die Landkreisgrenzen hinausgehende Versorgungsmöglichkeiten und Leistungen. „Gerade die aktuelle Pandemie-Phase zeigt mehr denn je, dass wir in unser Klinikum jetzt investieren und es ausbauen müssen, damit wir auch künftig eine hochwertige Gesundheitsversorgung im Landkreis Erding sicherstellen können.“
(LRA Erding)

Die Kreiskliniken Dillingen-Wertingen gGmbH – für moderne Medizin mit Persönlichkeit

Der Gesundheit kommt eine herausragende gesellschaftliche Bedeutung zu – ob als individuelles Gut, als politisches Steuerungsinstrument oder als Wirtschaftsfaktor. Das bedeutet Verantwortung und die Kreiskliniken Dillingen-Wertingen gGmbH steht dazu und leistet ihren umfassenden Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung sowie zu einer flächendeckenden und wohnortnahen Krankenhausversorgung.

In kommunaler Trägerschaft des Landkreises Dillingen a.d. Donau steht die Kreiskliniken Dillingen-Wertingen gGmbH für eine hochwertige und moderne Gesundheitsversorgung der Menschen im Landkreis Dillingen und darüber hinaus. Als Häuser der Grund- und Regelversorgung bieten die Kreiskliniken in Dillingen und in Wertingen eine wohnortnahe und umfassende medizinische Versorgung auf anerkanntem Niveau mit moderner Medizintechnik und hoher Pflege- und Servicekompetenz. Eine optimale Behandlung und Betreuung in den Kreiskliniken erreichen wir

auch dadurch, dass wir eng mit den niedergelassenen Ärzten und mit weiteren Gesundheitseinrichtungen und -dienstleistern zusammenarbeiten.

Die Kreiskliniken Dillingen-Wertingen gGmbH hat viele Gesichter – sie alle teilen eine Überzeugung: sich für das Wohl und für die Gesundheit unserer Patient*innen einzusetzen.

Kern unserer Unternehmensphilosophie und Ausgangspunkt unseres Handelns ist Vertrauen: Vertrauen in unsere Kreiskliniken und Mitarbeiter*innen bildet die Basis für unser Handeln. Deshalb haben persönliche Integrität und Professionalität bei uns in allen Unternehmensbereichen oberste Priorität. Im Fokus steht stetig, sich den verändernden Bedürfnissen zu stellen und den Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen.

Die Kreiskliniken als kommunale Krankenhäuser sind letztlich aber auch komplexe Unternehmen, die sich

im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeitserfordernissen und politischen Vorgaben zur Daseinsvorsorge behaupten müssen. Als im ländlichen Raum angesiedelte Häuser der Grund- und Regelversorgung ist es ein stetiger „Kampf“, die unternehmerischen Aktivitäten der Kreiskliniken an die wirtschaftlichen, finanziellen und branchenspezifischen Entwicklungen anzupassen. Im Besonderen sind wir dabei mit vielfältigen Veränderungen und großen Herausforderungen konfrontiert. Große Themen, die uns intensiv beschäftigen und auch in unserem Agieren wiederkehrend „hemmen“, sind insbesondere:

Regulatorik und Bürokratie

Durch exzessive staatliche Regulierungen in den letzten Jahren sind die Krankenhäuser mit verschärften regulatorischen Rahmenbedingungen und Vorgaben des Gesetzgebers konfrontiert worden, die maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung der Kreiskliniken Dillingen-Wertingen gGmbH haben. Damit verbunden sind in der Regel sehr hohe Anforderungen an die organisatorische, strukturelle und personelle Ausstattung und/oder Restriktionen bei den Vergütungen der medizinischen Leistungen. Der überbordende Gestaltungswille der Politik bzw. der regulatorische Eifer belasten die Krankenhäuser und es bedarf dringend einer Entlastung von bürokratischen Hemmnissen.

Fachkräftemangel

Der Fachkräftemangel, insbesondere im Bereich von Ärzteschaft und Pflege, wird sich trotz umfangreicher Maßnahmen seitens der Gesetzgeber und Arbeitgeber weiter verschärfen und es wird zunehmend schwieriger, den entsprechenden Personalbedarf zu decken. Bedingt durch die demografische Entwicklung und die regulatorischen Faktoren entsteht ein steigender Bedarf an qualifiziertem Personal. Die Kreiskliniken Dillingen-Wertingen gGmbH hat frühzeitig die Zeichen der Zeit erkannt und setzt auf Aus-, Fort- und Weiterbildung, um hoch- und höchstqualifizierte Fachkräfte selbst auszubilden und mit Perspektiven langfristig zu binden. Beispielhaft genannt seien hier die Medizinische AKADemie Dillingen und die Akademie für Gesundheits- und Pflegeberufe. Im Bemühen, für unsere Kliniken qualifiziertes Personal vor allem in den Bereichen Ärztlicher Dienst, Pflege- und Funktionsdienst sowie in den medizinisch-technischen Berufen zu gewinnen, stoßen wir jedoch zunehmend an unsere Grenzen, vor allem auch bedingt durch die knappen finanziellen Mittel. Insbesondere durch die Einführung der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) in Verbindung mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) hat das Thema Personal wieder Fahrt aufgenommen. Durch den hinzukommenden Fachkräftemangel erhöht sich die Brisanz des Themas Tag für Tag.



Kreisklinik St. Elisabeth Dillingen

Wichtige Themen sind auch die **Digitalisierung** und die **Investitionsfinanzierung**. Um mit stetigem medizinisch-technischem Fortschritt mithalten zu können, ist es elementar, zu investieren. Nicht zu investieren wäre gleichzusetzen mit einer schnell veralteten oder nicht funktionalen/zweckmäßigen Infrastruktur sowie mit der Verhinderung der Erschließung von neuen Leistungspotentialen. Die Folgen wären entgangene Erlösmöglichkeiten und damit eine weitere Schwächung der Finanzlage. Wir sehen uns konfrontiert mit stetig sinkenden Fördermitteln mit Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit.

Finanzierung

Die Finanzierung der Kliniken steht im Mittelpunkt aller Herausforderungen. Nach vielen Jahren des Wachstums mit jährlichen Fallzahlsteigerungen stagnieren seit längerem die stationären Fallzahlen für somatische Krankenhausleistungen und verschärfen den Wettbewerb um Patienten bei gleichzeitig zunehmendem Kampf um Fachkräfte. Die sich verändernde Nachfrage nach medizinischen Leistungen und die inzwischen weit verbreiteten zukunftsweisenden Technologien verändern auch die Arbeitsweisen im Krankenhaus oder verlagern sie in andere Strukturen, wie z.B. in Medizinische Versorgungszentren oder Ambulanzen. Der zunehmende Trend der Ambulantisierung fügt sich damit als Puzzleteil in die stagnierende bzw. rückläufige Leistungsentwicklung bei den Kreiskliniken ein. Kleinere Häuser, wie unsere Kreiskliniken, haben gleichzeitig hohe Vorhaltekosten, die von den Kostenträgern nicht bezahlt werden. Auch die Notfallversorgung ist kostendeckend nicht darstellbar. Steigende Personal- und Sachkosten stehen letztlich stagnierenden Erlösen als Folge der Fallzahlentwicklung und auch der kontinuierlichen Abwertung von Leistungen gegenüber und verschlechtern die wirtschaftliche Situation unserer Kreiskliniken. Aktuell spitzt sich die finanzielle Lage, insbesondere die Liquiditätssituation der Kliniken, coronabedingt weiter zu. Elektive Eingriffe konnten nicht durchgeführt werden, Privatleistungen wurden kaum in Anspruch genommen und auch die Fallzahlen der notfallmäßigen Aufnahmen haben spürbar abgenommen. Aus Angst vor Corona litten und leiden Patienten teilweise lieber an den Folgen ihrer Krankheiten und Unfälle, als eine Ansteckung zu riskieren. All dies ist menschlich und nachvollziehbar, hat allerdings massive Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit der Kreiskliniken und verschlechtert die finanzielle Situation. Das reguläre Finanzierungssystem, das uns schon vor der pandemi-

schen Lage zugesetzt hat, funktioniert in dieser Ausnahmesituation erst recht nicht. Umso wichtiger ist es, dass die Finanzierbarkeit der Krankenhausversorgung neu betrachtet wird und eine Neustrukturierung Kapazitäten und Bedarfe in Einklang bringt.

Als Kreiskliniken sehen wir uns als elementare Säule der wohnortnahen Gesundheitsversorgung. Die Existenz unserer Kliniken, die wohnortnah stringent den Versorgungsvertrag verfolgen und gleichzeitig die Notfallversorgung jeden Tag und rund um die Uhr abdecken, darf nicht in Frage gestellt werden. Als Häuser der Grund- und Regelversorgung leisten wir einen wichtigen Beitrag in der medizinischen Versorgung und das zeigt sich insbesondere in der pandemischen Lage und in der Versorgung der Covid-Patienten. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen in dieser besonderen Zeit eindrucksvoll unter Beweis, dass sie Enormes leisten und sich im gegenseitigen Zusammenwirken um die Menschen sorgen. Festzuhalten ist, dass die Kreiskliniken, genau wie viele weitere Kliniken in Bayern, im Zuge der Coronapandemie ein gewaltiges Arbeitspensum geleistet, sehr hohe Flexibilität bewiesen und ein umfassendes Hygienekonzept in kürzester Zeit erprobt und umgesetzt haben. In der Hochphase waren teils mehrmals täglich neue Herausforderungen abzuarbeiten und zu lösen. Wir sind sehr stolz auf das, was unsere Mitarbeiter in dieser schweren, außergewöhnlichen und vor allem auch psychisch sehr belastenden Zeit mit viel Engagement, Flexibilität, Kompetenz und auch mit Herz und Empathie geleistet haben und immer noch leisten.



Landrat Leo Schrell

Als kommunaler Träger nimmt der Landkreis Dillingen die Verantwortung für die Kliniken und damit für die medizinisch hochwertige Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst. Und die Kreiskliniken müssen sich als Unternehmen den Veränderungen und Herausforderungen stellen. Daher haben wir uns bereits auf den Weg gemacht und wir werden uns verändern, um neue Wege zur ständigen Optimierung der medizinischen Versorgung zu finden. Wir stehen vor einer wichtigen strategischen Neuausrichtung, denn wir können in Zukunft nur dann bestehen, wenn wir unser Profil schärfen, uns auf die Bedarfe einstellen, uns vernetzen, in trägerübergreifenden Verbünden gemeinsam und abgestimmt die medizinischen Leistungen optimal verzahnen und Synergien nutzen.

Der Druck auf die Akteure bleibt konstant hoch und gleichzeitig gewinnt die Notwendigkeit für die Positionierung von Krankenhausangeboten, sei es in Integra-

tion, Digitalisierung und Spezialisierung, noch mehr an Bedeutung. Zur langfristigen Sicherstellung der medizinischen Versorgung müssen die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen zwingend so ausgestaltet werden, dass unsere Krankenhäuser sowohl strukturell als auch finanziell auskömmlich ausgestattet und nicht „täglich“ einem Überlebenskampf ausgesetzt werden. Ohne eine Lockerung des stetig steigenden Kostendrucks und ohne ein breites Investitionsprogramm für Kliniken wird das Gesundheitssystem in der bisherigen Form und Struktur nicht weiter existieren können. Für die Zukunft und damit für das Überleben von Krankenhäusern wird es immer wichtiger werden, ein auf die Bedarfe abgestimmtes, in sich stimmiges und innovatives Krankenhauskonzept zu haben, das stationäre und ambulante Versorgungsstrukturen vereint. Und dafür brauchen wir dringend Sicherheit und politische Lösungen.

(LRA Dillingen a.d. Donau)

Kreisklinik Würth an der Donau

Die Kreisklinik Würth a. d. Donau ist eine Klinik der Grund- und Regelversorgung mit qualifizierten Spezialisierungen und steht unter der Trägerschaft des Landkreises Regensburg. Im Jahresdurchschnitt werden dort rund 7.020 Patienten stationär und 21.600 Patienten ambulant behandelt – Tendenz jeweils jährlich steigend. Die Klinik verfügt über hochwertige Räumlichkeiten und Medizintechnik nach modernstem Standard.

Das Leistungsspektrum der Kreisklinik

- Seit 2014 **EndoProthetikZentrum der Maximalversorgung** gemeinsam mit den orthopädischen Facharztpraxen MedArtes in Neutraubling und dem MVZ Orthopädie Straubing mit über 900 Hüft- und Kniegelenksversorgungen im Jahr
- Seit 2016 **zertifiziertes Zentrum für Fuß- und Sprunggelenkschirurgie** gemeinsam mit den orthopädischen Facharztpraxen MedArtes in Neutraubling und dem MVZ Orthopädie Straubing
- Seit 2020 hat das „Fußzentrum Ostbayern“ den Status eines Zentrums der Maximalversorgung – hier gibt es in ganz Deutschland nur 7 Zentren mit diesem Status
- Seit 2016 im Fachbereich Innere Medizin „**Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Regensburg**“
- Seit dem Jahr 2000 als eines von bisher 2 Krankenhäusern in Bayern ein umfassendes Qualitätsmanagement in den medizinischen Bereichen nach DIN EN ISO 9001:2015 etabliert
- Seit dem Jahr 2000 ein zertifiziertes Umweltmanagement nach DIN EN ISO 9001:14001
- Seit 2020 mit dem Qualitätssiegel der Deutschen Diabetes Gesellschaft (DDG) „**Klinik für Diabetespatienten geeignet**“ ausgezeichnet
- Beatmungs- und Allergiezentrum im Bereich der Inneren Medizin und Intensivmedizin, zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2015
- Seit 2020 **Lokales Trauma Zentrum** im Trauma Netzwerk Ostbayern

Standort für ein in die Klinik integriertes Facharztzentrum zur wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung am Lande

Ein angeschlossenes Facharztzentrum bietet die Möglichkeit, ambulante Patienten auf entsprechenden Facharztzulassungen zu behandeln.



Kreisklinik Würth a. d. Donau. (Foto: Christoph Gramann)

13 Facharzt(zweit)praxen und renommierte Ärzte mit den Fachrichtungen:

- Allergologie
- Anästhesie
- Diabetologie
- Gefäßchirurgie
- HNO
- Kinder Pneumologie/-allergologie
- Neurochirurgie
- Orthopädie, Wirbelsäulenchirurgie (2)
- Pneumologie
- Radiologie (CT und MRT)
- Multimodale Schmerztherapie
- Urologie

ZUSAMMENARBEIT wird an der Kreisklinik Wörth großgeschrieben

Die Zusammenarbeit von Experten sowohl interdisziplinär (zum Beispiel bei Diabetespatienten) als auch in den zertifizierten Zentren der Kreisklinik stellt das Patientenwohl an erste Stelle. Die Klinik unterhält darüber hinaus umfangreiche Kooperationsverträge zu

Häusern der Maximalversorgung und Schwerpunktversorgung in der unmittelbaren Nachbarschaft. Seit mehr als zehn Jahren betreibt sie einen Weiterbildungsverbund Allgemeinmedizin mit mehr als 40 umliegenden Praxen, um den klinischen Part bei der Facharztausbildung zum Allgemeinmediziner abzudecken. Derzeit beschäftigt die Klinik mehr als 23 angehende Fachärzte.

Hohes Investitionstätigkeit gewährleistet

Um dem hohen Standard der einzelnen Zertifizierungen gerecht zu werden, wird das Personal regelmäßig geschult und die medizinische und technische Ausstattung kontinuierlich erneuert.

Modernisierungen sind ebenfalls ein laufendes Projekt an der Kreisklinik. Die Sanierung der Intensiv- und Endoskopie-Abteilung sowie die Schaffung eines Hybrid-OPs wurden bereits abgeschlossen. Aufgrund der genehmigten Erhöhung um 30 Betten wird es zukünftig mit neuen Baumaßnahmen weitergehen. Auf zusätzlichen 3.000 Quadratmetern wird die Krankenhausinfrastruktur an die höhere Patientenzahl angepasst.



Blick in den Hybrid-OP. (Foto: Stefanie Scherm)

Dem Fachkräftemangel begegnen – für gutes Arbeitsklima sorgen

Die Klinik hat derzeit 43 Ausbildungsplätze in den Bereichen examinierte Krankenpflege, Operationstechnische Assistenten, Anästhesietechnische Assistenten, Medizinische Fachangestellte, Kaufmann im Gesundheitswesen etc. besetzt, um möglichst viele junge Menschen als Nachwuchskräfte für die Klinik auszubilden. Das Audit der Hertie-Stiftung „Beruf und Familie“ – seit 2015 betrieben durch einen eigenen Qualitätszirkel Gesundheitsmanagement – unterstreicht die Mitarbeiterorientierung.

Digitalisierungsstrategie zum fast papierlosen Krankenhaus seit 2018

Die Kreisklinik Würth a. d. Donau ist beim Digitalisierungstrend im Gesundheitswesen in jedem Fall ganz vorne mit dabei. Nach der vollständigen Digitalisierung der laufenden Patientenunterlagen in ein Langzeitarchiv erfolgte die Einführung der „Digitalen Patientenakte“ und der „Digitalen ärztlichen und pflegerischen Dokumentation“ – die sogenannte Fieberkurve. Hier erfolgt direkt am Bett des Patienten über Tablets die komplette ärztliche und pflegerische Dokumentation inklusive der Dokumentation der Schmerzvisiten, Bluttransfusion oder Physiotherapie. Zur Gewährung der Patientensicherheit wurde ein Tool zur Unterstützung bei der Arzneimittelmedikation integriert. Dieses Programm unterstützt bei ärztlichen Entscheidungen in Bezug auf Dosierungen, Unverträglichkeiten oder Wechselwirkungen.

Auch die Zentrale Notaufnahme befindet sich bereits auf dem aktuellsten Stand der Digitalisierung. Dort



*Das Projektteam „Digitalisierung“ mit (v.l.) Klinikdirektor Martin Rederer, Oberarzt Innere Medizin Daniel Reitenberger und stellvertretende Pflegedienstleitung Tina Fuchs. Das Bild entstand vor dem Corona-Lockdown.
(Foto: Stefanie Scherm)*

wird der digitale Notfallassistent NIDA (Notfall-Informations- und Dokumentations-Assistent) eingesetzt. Er ermöglicht eine schnellere und umfangreichere Datenübermittlung vom Unfallort und aus dem Rettungswagen mittels Tablet direkt in die Notaufnahme. Davon profitieren neben den Patienten und Ärzten in erster Linie die Rettungsdienste. Eine durchgängige digitale Dokumentation von der Ersteinschätzung (Triage) bis zur Behandlungsdokumentation ist hier gegeben.



*Bei der Vorstellung von NIDA im Jahr 2019: (v.l.) Stellvertretender Ärztlicher Direktor Dr. Wolfgang Sieber, Sebastian Lange (BRK KV Stadt und Landkreis Regensburg), Organisatorischer Leiter Intensiv Dr. Sebastian Rößger, Mario Garonfolo (BRK KV) und Thomas Heinlein (BRK KV).
(Foto: Josef Raith)*

Damit ist die digitale Strategie an der Kreisklinik noch lange nicht beendet. Viele weitere Schritte sind geplant, die den Klinikalltag bereichern und die Patientenzufriedenheit erhöhen sollen.

Zitat Klinikdirektor Martin Rederer: „Patientenzufriedenheit ist bei uns Chefsache!“



Martin Rederer (Foto: Christoph Gramann)

Zitat Ärztlicher Direktor Dr. med. Fritz Ottlinger:

„Für die Kreisklinik Würth steht die Qualität der Patientenversorgung und das Patientenwohl im Mittelpunkt. Gemeinsam arbeiten wir daran, das bestmögliche Behandlungsergebnis zu erzielen!“



Dr. med. Fritz Ottlinger (Foto: Christoph Gramann)

Zitat Landrätin Tanja Schweiger:

„Der hervorragende Ruf der Kreisklinik beruht maßgeblich auf der Patientenzufriedenheit und der hohen fachlichen Qualität und Motivation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“ (LRA Regensburg)



Tanja Schweiger (Foto: Hubert Lankes)

Ein Meilenstein folgt dem anderen

Das Klinikum Kulmbach setzt seit vielen Jahren konstant auf Wachstum. Derzeit wird wieder gebaut. Rund 150 Millionen Euro investiert das Haus in Erweiterung und Modernisierung. Das ist nicht nur die größte Investition aller Zeiten am Klinikum selbst, sondern auch im ganzen Landkreis.

In einer Zeit, in der vor allem kommunale Krankenhäuser auf dem Land zunehmend Probleme haben, wirtschaftlich zu bestehen, setzt das Klinikum Kulmbach in Trägerschaft von Stadt und Landkreis Kulmbach konstant auf Wachstum und hat damit Erfolg. Fast 47 Millionen Euro hat der Neubau Süd gekostet, der Anfang 2020 eingeweiht wurde. Im Januar haben die Arbeiten für den nächsten Bauschritt begonnen. Insgesamt werden bis 2024 für die grundlegende Sanierung und Erweiterung des Hauses bei einer Fördersumme durch den Freistaat Bayern in Höhe von rund 100 Millionen Euro fast 150 Millionen Euro investiert. Diese gewaltige Summe ist die größte Investi-

tion aller Zeiten am Klinikum und im gesamten Landkreis. Landrat Klaus Peter Söllner, Vorsitzender des Zweckverbands Klinikum Kulmbach, ist überzeugt: „Wenn im Frühjahr 2024 dieser Bau fertiggestellt ist, haben wir einen Quantensprung für unser Haus erreicht.“ Das Klinikum Kulmbach werde, wenn der Bau abgeschlossen ist, Zweibettzimmer als Standard anbieten können. Eine umfassende Neuorganisation der Bettenstationen und vieler Funktionsbereiche sollen zudem dafür sorgen, dass Patienten und auch die inzwischen auf rund 1700 Personen angewachsene Belegschaft deutliche Vorteile genießen können. Für die hohen Zuschüsse, die das Klinikum vom Freistaat Bayern erhalten hat, ist Landrat Klaus Peter Söllner ausgesprochen dankbar: „Ohne diese Unterstützung hätten wir unsere wichtigen Pläne nicht umsetzen können.“

Das Klinikum Kulmbach genießt in der Bevölkerung und auch in Fachkreisen einen sehr guten Ruf. Das

Haus der Versorgungsstufe II ist breit aufgestellt: 540 Betten und 13 bettenführende Abteilungen sowie Zentren für Alterstraumatologie, Brustkrebs, Darmkrebs, Endoprothetik und Erkrankungen der Wirbelsäule gibt es in Kulmbach. Die Einrichtung verfügt ebenso über ein zertifiziertes regionales Traumazentrum sowie ein Thoraxzentrum. Im Bereich der Notaufnahme ist eine durch die DGK zertifizierte Chest Pain Unit etabliert. Die ebenfalls zertifizierte Stroke Unit ist der Intermediate Care Station angeschlossen. Die Entbindungsklinik ist nach den Regeln von WHO und UNICEF als „babyfreundlich“ zertifiziert. Die dem Klinikum angebotenen Medizinischen Versorgungszentren ergänzen das Leistungsangebot. Zum Zweckverband Klinikum Kulmbach gehört auch die Fachklinik Stadtsteinach mit 87 Betten und Fachabteilungen für Geriatrie und Orthopädische Rehabilitation sowie Innere Medizin mit einer akutgeriatrischen Behandlungseinheit.

Wenn im Jahr 2024 mit dem Abschluss des Bauprojekts das große Ziel erreicht ist, davon sind alle Verantwortlichen für das Haus überzeugt, wird sich das Klinikum Kulmbach als hochmoderner Dienstleister auf dem Gesundheitssektor präsentieren, der seinen Patienten nicht nur High-Tech-Medizin, sondern auch deutlich mehr Komfort bieten wird. Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml sprach bei der Einweihung des ersten Bauabschnitts von einem „wirklichen

Gewinn für die Menschen in der Region“. Am Klinikum Kulmbach habe sich in den vergangenen Jahren viel getan. Vor allem im zurückliegenden Jahrzehnt seien große Fortschritte verwirklicht worden. Das komme den Patienten ebenso zugute wie den Beschäftigten. Mit dem Projekt werden, wie die damalige Ministerin betonte, Strukturen deutlich verbessert.

Die Umstellung auf Zimmer mit höchstens noch zwei Betten sehen die Verantwortlichen für das Kulmbacher Klinikum für die Patienten als großen Vorteil an. Doch nach Abschluss der millionenschweren Investition soll noch viel mehr erreicht werden: Die neuen Stationen sind so angelegt, dass organisatorische Prozesse erleichtert werden. Das verschafft den Beschäftigten Erleichterung und trägt auch zur Entspannung der knappen Personallage im Gesundheitssektor bei. Mehr als 25.000 Patienten werden inzwischen jährlich am Klinikum Kulmbach behandelt. Die Zahlen sind, vom Corona-Jahr 2020 abgesehen, in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Das hatte eine nochmalige Erweiterung der Bettenzahlen um 90 ermöglicht, die im Neubau verwirklicht werden.

„Häuser und Räume können keine Krankheiten heilen, aber sie können bei der Heilung unterstützen“, hat Architekt Professor Stephan Häublein über das Projekt gesagt. Deswegen wurde bei der Planung auf viele Details Wert gelegt. Eichenholztöne, freundliche Farben und Materialien, die in der Natur mit Wärme und



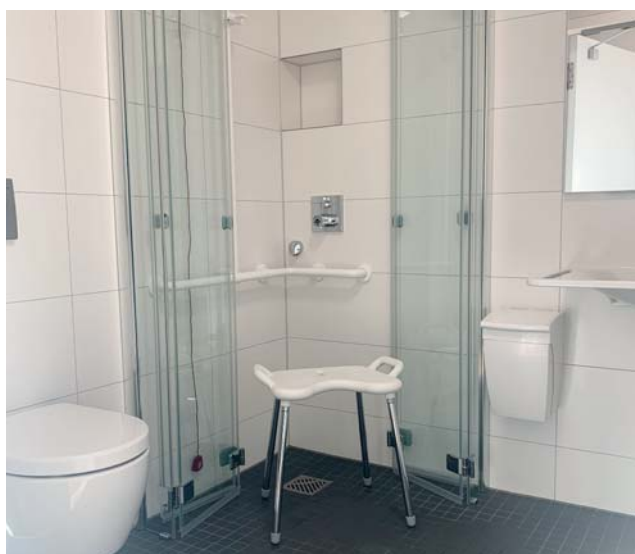
Der Blick auf Klinikum Kulmbach mit dem bereits abgeschlossenen Neubau Süd von der Plassenburg aus.

Behaglichkeit verbunden sind, wurden ausgewählt. Große Fenster mit Sitzbänken in den Nischen schaffen Gemütlichkeit in den neuen Patientenzimmern, bieten Sitzgelegenheiten und auch Rollstuhlfahrern und bettlägerigen Menschen die Möglichkeit, ungehindert ins Freie zu schauen. Von jedem Zimmer aus fällt der Blick auf die Stadt Kulmbach, viele Patienten können sich über einen Blick auf das gegenüberliegende Wahrzeichen der Region, die Plassenburg, freuen.



Hell und freundlich sind die neuen Patientenzimmer gestaltet, in denen viel Holzoptik und neueste Technik verwendet wurde. 130 Zimmer mit 216 Betten gibt es im Neubau Süd.

Viele durchdachte Kleinigkeiten schaffen Komfort in dem Neubau: In den Patientenzimmern gibt es keine Heizkörper mehr. Für die ganzjährig richtige Temperatur sorgen stattdessen Heiz-Kühl-Decken. In den Fluren wurde daran gedacht, dass Patienten oft mit Blick zur Decke im Bett transportiert werden. Deswegen gibt es in dem Kulmbacher Neubau keine blen-



Jedes Patientenzimmer ist mit einer modernen Dusche und WC ausgestattet.

denden Lichter in der Mitte der Decken, sondern Lichtbänder am Rand, die zudem eine warme und angenehme Atmosphäre schaffen. Schon jetzt ist, wie der Architekt ausführt, die Fassade aus Naturstein von außen ein Blickfang. Wenn das gesamte Ensemble fertig ist, werde sich erst wirklich zeigen, wie es als Ganzes wirkt.

„Das Klinikum präsentiert sich heute bereits als stattliches Haus, das eine beachtliche Entwicklung hinter sich hat“, zieht Landrat Klaus Peter Söllner Bilanz. Das könne man auch an der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen deutlich erkennen. Mit 152 Mitarbeitern ist das Haus gestartet, als es vor gut 60 Jahren in Betrieb gegangen war. 900 Beschäftigte haben im Jahr 2000 am Klinikum gearbeitet, im Jahr 2011 waren es 1100, inzwischen sind es mehr als 1700. Für Söllner ist das ein klarer Beleg, dass Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft und in ländlichen Regionen sehr wohl führende Rollen in der medizinischen Versorgung einnehmen können.

Entschiedener Kampf gegen den Fachkräftemangel in der Pflege

Beständiges Wachstum eines Klinikums in einer Zeit des Fachkräftemangels im ärztlichen, aber vor allem auch im Pflegebereich? Die Verantwortlichen des Klinikums Kulmbach sind sich seit Jahren ihrer Verantwortung bewusst und verfolgen konsequent das Ziel, neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Pflege zu gewinnen. Dabei geht das Haus auch ungewöhnliche Wege. Die dem Klinikum angegliederte eigene Berufsfachschule wirbt ausgesprochen aktiv um Nachwuchs. Großwerbeflächen werden angemietet. Die „1. Kulmbacher Pflegenacht“, bei der die Berufsfelder ebenso informativ wie unterhaltsam vorgestellt worden sind, fand 2020 einen unerwartet großen Anklang. Leider macht Corona der Neuaufgabe in diesem Jahr einen Strich durch die Rechnung. Schon seit Jahren werden am Klinikum in eigenen Kursen Pflegehelferinnen und -helfer ausgebildet, die die Fachkräfte entlasten. Seit 2018 wirbt das Klinikum, unter anderem mit Unterstützung der Agentur für Arbeit und DEKRA, auch ganz gezielt Fachkräfte aus dem Ausland an. Mehr als 60 Mitarbeiterinnen konnten inzwischen schon angeworben werden, freut sich Geschäftsführerin Brigitte Angermann, die seit mehr als sechs Jahren bereits Verantwortung für das Klinikum trägt. Ohne Verstärkung aus dem Ausland gehe es aber trotzdem nicht. Mehr als 60 ausländische Pflegekräfte habe das Haus bereits angeworben. Rund die Hälfte habe



Einweihungsfeier für den ersten Bauabschnitt am Klinikum Kulmbach im Februar 2020. Im Jahr 2024 soll das gesamte Bauprojekt abgeschlossen sein. Die neuen Patientenzimmer besichtigten (von links): Stadtsteinachs Bürgermeister und Verbandsrat Roland Wolfrum, MdL Martin Schöffel, Verbandsrat Dr. Hans Hunger, MdL Inge Aures, Landrat und Zweckverbandsvorsitzender Klaus Peter Söllner, MdL Rainer Ludwig, Kulmbachs zweiter Bürgermeister Dr. Ralf Hartnack, Bayerns damalige Gesundheitsministerin Melanie Huml, Verbandsrat Ludwig von Lerchenfeld, Geschäftsführerin Brigitte Angermann, der damalige Kulmbacher OB und stellvertretende Zweckverbandsvorsitzende Henry Schramm und Oberfrankens Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz.

ihren Dienst angetreten und sich als wertvolle Ergänzung des Teams erwiesen. Corona bremsst die Entwicklung auch in dem Bereich. Etliche neue Kräfte können ihre Arbeit in Kulmbach erst verspätet antreten, weil ihnen die Ausreise aus ihren Heimatländern nicht möglich ist und werden sehnsüchtig erwartet. Akquisition betreibt das Haus unter anderem auf den Philippinen, in Serbien und in Albanien. Kürzlich sind aus Italien auch noch Hebammen nach Kulmbach gekommen. „Kontinuierliches Wachstum ist wichtig, um mit anderen Kliniken im Wettbewerb bestehen zu können“, macht Brigitte Angermann deutlich. „Dazu gehört es natürlich auch, dass wir personell gut aufgestellt sind.“

Krankenhauswesen hat in Kulmbach eine lange Tradition

Aus dem Jahr 1802 ist bekannt, dass das Krankenhaus, das bis dahin am Grünwehr betrieben wurde, einen neuen Käufer fand. 1874/5 erfolgte der Neubau eines Distriktkrankenhauses in der Spitalgasse. Einen Krankenpfleger gab es damals. Die Ärzte der Stadt versorgten die Kranken. Schon ein Jahr später wurde das Stadtkrankenhaus eingeweiht. Im Jahr 1911 gab es dort 57 Krankenhausbetten. 317 Patienten wurden in dem Jahr im Krankenhaus behandelt, wie die alten Unterlagen zeigen. 1938 gab es die ersten konkreten Pläne, ein ganz neues Krankenhaus in Kulmbach zu bauen. Geheimrat Fritz Hornschuch, Chef der Kulmbacher Spinnerei, hatte dafür eine Million Mark spen-

den wollen. Doch der Zweite Weltkrieg und anschließend die Währungsreform machte die Umsetzung dieses Vorhabens zunächst unmöglich.

1956 war es dann so weit: Der Zweckverband Klinikum Kulmbach wurde gegründet. Stadt und Landkreis Kulmbach sind bis heute die Träger des Krankenhauses, das von 1958 an am Hang im Kulmbacher Stadtteil Blaich gebaut wurde und am 2. September 1960 in Betrieb ging. Mit 210 Planbetten und den Fachrichtungen Chirurgie, Innere Medizin und Frauenheilkunde mit Geburtshilfe fing damals alles an. Das moderne neue Haus, das das alte Stadtkrankenhaus mit seinen 100 Betten ersetzte, wurde in der gesamten Bevölkerung und auch vom Personal, das vom alten Standort in der Pestalozzistraße in die Blaich umzog, gefeiert. Berta Kragl, liebevoll von allen „Schwester Bertl“ genannt, erinnerte sich anlässlich ihres 100. Geburtstags im Oktober 2020, wie es vor dem Umzug gewesen ist: Nur einen Wasserhahn gab es in dem alten Krankenhaus. „Wir mussten uns halt durchschlagen. Wir haben als Schwestern die Waschschüsseln schon am Abend gefüllt, damit das Wasser für die Patienten am Morgen nicht ganz so kalt war.“ Weder Bäder noch Aufzüge habe es gegeben in dem alten Krankenhaus. „Und trotzdem haben wir alles operiert und waren technisch auch gut ausgerüstet. Da sind wir mit der Zeit gegangen.“

„Mit der Zeit gehen“ war, wenn es um das Kulmbacher Krankenhaus ging, immer die Devise der Ver-

antwortlichen gewesen. So war es trotz der erheblichen Verbesserungen, die der erste Neubau brachte, nicht verwunderlich, dass es sich schon bald erwies, dass es zu wenig Platz, zu wenig Betten, zu wenig Personal gab, um dem Anspruch gerecht zu werden, die Menschen aus dem Kulmbacher Land bestmöglich medizinisch zu versorgen. 1963 bereits rückten die Bagger wieder an. Das Klinikum wuchs. 1965 wurde der Anbau in Betrieb genommen. Mit der Einrichtung einer eigenen Abteilung für Anästhesie waren die Kulmbacher damals führend in der ganzen Region.

Bestmögliche medizinische Versorgung der Bevölkerung und der Anspruch, immer den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, war auch in allen folgenden Jahren stets die Antriebsfeder für die Verantwortlichen. Dafür musste weiter gebaut und neue medizinische Bereiche etabliert werden. Seit Jahrzehnten ist auf dem Gelände des Klinikums Kulmbach kaum ein Jahr ohne Baumaßnahmen vergangen. Die Investitionssummen wurden immer höher. Das Klinikum Kulmbach hat



**Zitat Landrat
Klaus Peter Söllner:**
„Wenn im Frühjahr 2024 dieser Bau fertiggestellt ist, haben wir einen Quantensprung für unser Haus erreicht.“

stets auf Wachstum gesetzt und damit Erfolg gehabt. Das Haus genießt heute einen sehr guten Ruf bei seinen Patienten, die schon längst nicht mehr nur aus dem Landkreis Kulmbach, sondern aus der ganzen oberfränkischen Region und sogar darüber hinaus kommen.
(LRA Kulmbach)



Visualisierung Neubau Süd: Der Neubau Süd des Klinikums ist fertiggestellt.



Visualisierung gesamt: So wird das Klinikum Kulmbach aussehen, wenn die rund 150 Millionen Euro schwere Investition abgeschlossen ist und der gesamte Erweiterungsbau steht.

Die Relevanz kleinerer Krankenhäuser am Beispiel der Kliniken Am Goldenen Steig im Landkreis Freyung-Grafenau

Durch eine steigende finanzielle Belastung vor allem kleinerer Häuser mussten in den letzten Jahren immer mehr Kliniken schließen. Die Einführung der diagnose-bezogenen Fallpauschalenvergütung und eine fehlende Investitionsförderung machten den Krankenhausbetrieb immer schwieriger, was gerade die Bevölkerung im ländlichen Raum verärgert, da sie darauf angewiesen ist.

Im Landkreis Freyung-Grafenau ist man einen bedarfsgerechten, wenngleich auch herausfordernden Weg gegangen. Hier wurde der stationäre Betrieb des Krankenhauses Waldkirchen eingestellt und mit dem stationären Krankenhausbetrieb in Freyung zu einer größeren und leistungsfähigeren Klinik in Freyung zusammengelegt. Durch die Verschmelzung war es möglich, zusätzliche Angebote wie die Neurologie und die Pneumologie zu schaffen. Aufgrund der neuen Größe der Klinik in Freyung wurde eine große zentrale Notaufnahme errichtet, die dem vom Gesetzgeber geforder-

ten Notfallstufenkonzept entspricht. So verfügt die Notaufnahme über eine eigene ärztliche Leitung und einen eigenen ärztlichen Dienst und es steht deutlich mehr Personal zur Verfügung, wenn ein Patient fachübergreifend sofortige Hilfe benötigt. Zuvor musste die Notfallversorgung in beiden Häusern von dem Personal geleistet werden, welches sich sowieso im Dienst befand. Begünstigt durch das Pflegestärkungsgesetz und dem darin enthaltenen Pflegebudget, also die Kostendeckung einer jeden Pflegekraft am Patientenbett, wurden nicht nur die Arbeitsplätze erhalten, sondern es wurden zusätzlich neue Stellen geschaffen. Gerade ein Krankenhaus in einem ländlichen Gebiet ist häufig einer der größten Arbeitgeber in einer Region und damit ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor.

Nachdem der Landkreis Freyung-Grafenau ein Flächen-Landkreis ist, wird das stationäre Angebot ergänzt durch einen weiteren Standort in Grafenau. Somit ist der Bayerwald-Landkreis mit zwei Kliniken in Freyung



Das Krankenhaus Freyung



Das Krankenhaus Grafenau

und Grafenau sowie einem Gesundheitszentrum in Waldkirchen bestmöglich versorgt. Auch für die Menschen in Waldkirchen wurde die Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen verbessert. Wo vorher das Krankenhaus eine stationäre und ambulante Grundversorgung abbildete, ist heute ein Gesundheitszentrum mit einer Vielzahl von ambulanten Angeboten und Fachärzten vor Ort. Einige der Fachärzte im Ge-

sundheitszentrum haben gleichzeitig eine Position in der nahegelegenen Klinik in Freyung. Hierdurch kann ohne lange Wartezeiten eine umfassende Behandlung gewährleistet werden und der behandelnde Arzt betreut die Patienten auch dann weiter, wenn eine stationäre Aufnahme erforderlich wird oder der Einsatz von teuren medizinischen Geräten und Therapien in der Klinik notwendig wird.



Außenansicht des Gesundheitszentrums in Waldkirchen, in dem sich auch das Facharztzentrum Waldkirchen befindet.

Das Modell aus dem Landkreis Freyung-Grafenau bringt viele Vorteile für die Bevölkerung des Landkreises sowie für die Wirtschaftlichkeit der Kliniken. Überregional konnte jedoch die Relevanz genau in Zeiten der Corona-Pandemie demonstriert werden. So wurde in der ersten Welle in 2020 die Möglichkeit geschaffen, die Anzahl der Intensiv-Kapazitäten innerhalb von wenigen Tagen zu verdoppeln. Ende 2020 war der Standort Freyung sogar für die Behandlung von Notfällen bereit, die aufgrund von Abmeldungen der Schwerpunktversorgungs-Krankenhäuser in den

Nachbarlandkreisen nicht behandelt werden konnten. Gerade die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie anfällig ein Gesundheitssystem ist, welches aus wenigen großen Zentren besteht. Eine medizinische Grundversorgung darf nicht das Privileg von urbanen Räumen werden, sondern muss flächendeckend vorhanden sein. Eine gute medizinische Versorgung in Wohnortnähe ist ein wesentlicher Beitrag zur Lebensqualität und somit zur Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume.

(LRA Freyung-Grafenau)



Herr Dr. med. Johannes Stemplinger, Facharzt für Chirurgie, behandelt seine Patienten ambulant im Gesundheitszentrum Waldkirchen.



Der Eingangsbereich im neuen Gesundheitszentrum in Waldkirchen

Koordinierungsstelle Ärzteversorgung im Landkreis Cham

Die Nachbesetzung von Arztsitzen und die Gewinnung von ärztlichem Nachwuchs gestalten sich in einer ländlichen Region zumeist schwieriger als in Ballungsräumen. Der Landkreis Cham hat im Rahmen seiner „Gesundheitsregion^{plus}“ mit der Schaffung einer „Koordinierungsstelle Ärzteversorgung“ zum 1. Oktober 2020 darauf reagiert. Landrat und Bezirktagspräsident Franz Löffler: „Wir stellen uns aktiv den Herausforderungen und wollen die Sicherung der wohnortnahen medizinischen Versorgung des Landkreises Cham nachhaltig unterstützen und zu deren Weiterentwicklung beitragen. Die Koordinierungsstelle ist Ansprechpartner für Schüler und Studenten, für junge und berufserfahrene Ärzte sowie für die Kommunen und bringt so alle Beteiligten zusammen.“

Konzeptentwicklung

Nach Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse ergab sich ein mehrstufiges Konzept, das die lang-, mittel- und kurzfristige Perspektive zur Sicherung der medizinischen Versorgung abdeckt. Je Perspektive wurden Zielgruppen definiert, Verbesserungspotenziale festgestellt und konkrete Lösungsansätze in Form von Unterstützungsangeboten und einer Verbesserung der strukturellen Bedingungen erarbeitet. Das Ziel ist die reibungslose Verbindung der universitären Ausbildung mit der Berufslaufbahn vor Ort, um eine Bindung von Nachwuchsmedizinerinnen und -medizinern an den Landkreis zu bewirken. Dabei wird auch die Kommunikation, Informationsvermittlung und Präsenz digitalisiert.



Eva Liedkte koordiniert die Aktivitäten des Landkreises Cham zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung.

Ziele

Hochschulzugangsberechtigte werden bereits beim Zugang zum Medizinstudium unterstützt und bei allen weiteren Stationen im Werdegang begleitet, um eine starke Landkreis-Bindung zu gestalten.

Für Medizinstudierende werden attraktive Angebote bereitgestellt, die sowohl der fachlichen Qualifizierung wie auch der sozialen Vernetzung und Bindung an den Landkreis Cham dienen.

Im Bereich der Ärzteschaft sollen mehr potenzielle Nachfolgerinnen und Nachfolger für die hiesigen Praxen gewonnen werden. Derzeit fehlende Fachärzte (z.B. Kinderärzte) sollen akquiriert und das Facharztangebot im Landkreis ausgebaut werden.

Erste Erfolge

Der Digitalisierung wird durch die Homepage sowie Aktivitäten auf Facebook und Instagram Rechnung getragen. Auf der Homepage wird die Stellenbörse stark nachgefragt; es werden immer wieder neue nutzerfreundliche und interaktive Tools wie z.B. eine interaktive Landkarte für Weiterbildungsoptionen im Landkreis Cham eingebracht. Die „Koordinierungsstelle Ärzteversorgung“ bietet zusätzlich zum E-Mail-Verkehr verschiedene, von den Nachwuchskräften bevorzugte Messengerdienste. Darüber hinaus bringt sich die „Koordinierungsstelle Ärzteversorgung“ aktiv in ein digitales Netzwerk junger, internationaler Mediziner ein, die zwar in Deutschland tätig werden wollen, deren Sprachkenntnisse aber noch nicht ausreichen. Für diese wurde eine (virtuelle) Konversationsübungsgruppe gegründet. Zudem wurde eine eigene Facebook-Gruppe für internationale Medizinerinnen und Mediziner, die bereits im Landkreis tätig sind, ins Leben gerufen.

Weiterhin unterstützt die Koordinierungsstelle derzeit einige Kommunen sowie Arztpraxen bei der Nachfolgersuche sowie die Kliniken der Region durch eine aktive digitale Personalakquise und eine „Job-Matching“-App. Bisher wurden 16 aussichtsreiche „Anbahnungskontakte“ gewonnen, von denen acht Bewerbungen weitergeleitet und ein Mediziner vermittelt

wurde. Eine Assistenzärztin konnte beim Eintritt in den Weiterbildungsverbund Allgemeinmedizin unterstützt werden.

Durch eine eigens konzipierte Informationsveranstaltung wurden 39 am Medizinstudium interessierten Hochschulzugangsberechtigten des Landkreises Cham Zulassungsaspekte wie der Test für medizinische Studiengänge (TMS) nähergebracht. Die im Nachgang gegründete TMS-Vorbereitungsgruppe trifft sich im Sinne des „Peer-Group-Learnings“ wöchentlich bis zum Testtag virtuell unter Betreuung der Koordinierungsstelle.

Zu Beginn des Jahres wurde in einer gemeinsamen Aktion mit Ärztinnen und Ärzten aus dem Landkreis die Projektgruppe „Praktisches Jahr (PJ) im Landkreis Cham“ geschaffen, um die Attraktivität des Landkreises Cham für Studierende zu erhöhen. Dazu zählt u.a. die Gründung eines „PJ-Verbunds“. Im Jahresverlauf sind Vertiefungsmodule zur Vermittlung von Fertigkeiten, die im Studienalltag oftmals zu kurz kommen, geplant. Außerdem soll gezielt an einem positiveren Image des Landarztberufs gearbeitet werden. Auch ein regelmäßiger „Stammtisch für Medizinstudierende“ ist angedacht.

Inzwischen wurden auch zielgruppenorientierte Flyer und ein „kreativer Notfallblock“ als give-away erstellt und an die an der Aus- und Weiterbildung beteiligten Einrichtungen versandt.

Weitere Planungen

Derzeit wird mit einigen Landkreis-Medizinerinnen und -Medizinern am Ausbau des schon bestehenden Weiterbildungsverbundes Allgemeinmedizin gearbeitet. Darüber hinaus sollen Rotationsvereinbarungen mit größeren Kliniken geschlossen, Angebote für „Wiedereinsteiger“ konzipiert, bisher unbekannte Möglichkeiten wie Zweig- oder Filialpraxen oder auch MVZs bekannter gemacht und neue Beschäftigungsformen wie eine ärztliche Tätigkeit in Anstellung und Teilzeitmodelle beworben werden. Alle Angebote und Informationen werden grundsätzlich über die Homepage und Social Media beworben. (LRA Cham)

Die Bekämpfung der Corona-Pandemie erfordert Verlässlichkeit

Landräte diskutierten mit Gesundheitsminister Holetschek über die aktuelle Situation

Der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek, MdL, nahm auf Einladung des Ausschussvorsitzenden Landrat Thomas Eichinger, Landsberg am Lech, an der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 25.03.2021 teil, um sich mit den bayerischen Landrätinnen und Landräten zur aktuellen Situation bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie auszutauschen.

Eingangs bedankte sich Staatsminister Holetschek für das Engagement der Landrätinnen und Landräte bei der Organisation der Test- bzw. Impfzentren: „Die Kreisverwaltungsbehörden in Bayern leisten eine hervorragende Arbeit, sowohl bei den Impf- als auch bei den Testzentren. Bei letzteren kommt es jetzt darauf an, neben den schon seit Juli vergangenen Jahres angebotenen kostenlosen PCR-Tests auch Antigen-Schnelltests anzubieten. Auch die Impfzentren werden wir noch eine ganze Zeit benötigen, um angesichts des immer noch nicht ausreichend vorhandenen Impfstoffs die Grundlast flächendeckend sicherstellen zu können. Was in den nächsten Wochen zusätzlich an Impfstoff in Bayern ankommt, soll ab Anfang April nach und nach aufwachsend an die Hausärzte und andere impfwillige niedergelassene Ärzte gehen. Der Minister ergänzte: „Im Rahmen eines Impfbündnisses zwischen Bayerischer Staatsregierung, Ärzte- und Apothekerverbänden sowie den Kommunalen Spitzenverbänden stimmen wir laufend die Prozesse ab und klären Einzelfragen. Darüber hinaus werden wir als Gesundheitsministerium voraussichtlich acht Städte in Bayern auswählen, die im Rahmen von Modellprojekten weitere Öffnungen trotz höherer Inzidenzwerte erproben werden.“

Der Vorsitzende Landrat Eichinger fasste die zahlreichen Rückmeldungen der Ausschussmitglieder folgendermaßen zusammen: „Für die Landräte wäre für die Planungen der Kreisverwaltungsbehörden vor Ort Verlässlichkeit der Vorgaben von übergeordneten Ebenen wichtig. Die aktuelle Diskussion um Modellregionen mit erweiterten Öffnungsschritten führt schon zu zahlreichen Rückfragen in den Landkreisen. Die sich teils widersprechenden Medienmitteilungen verunsichern nicht nur die Bürger, sondern auch die Verwaltung vor Ort. Wichtig ist zudem, dass die Kreisverwaltungsbehörden bei der Umsetzung ein hohes Maß an Flexibilität haben. Nur so können diese auf das unterschiedliche Engagement der Apotheker bei der Durchführung von Schnelltests oder der Hausärzte bei den Impfungen reagieren. Über allem steht natürlich das Vertrauen auf die Zusage des Freistaats, alle nicht anderweitig gedeckten Kosten für die Bereitstellung der Infrastruktur für die lokalen Test- bzw. Impfzentren zu übernehmen. Die Landratsämter vollziehen im Bereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie des Katastrophenschutzes staatliche Aufgaben! Das muss immer wieder in Erinnerung gerufen werden. In Bayern gibt es keine „kommunalen“ Test- oder Impfzentren!“

Einigkeit bestand zwischen dem Staatsminister und den anwesenden Landräten, dass noch manche Detailfragen beim Aufbau der Schnelltestkapazitäten, der Testung in Schulen und Kindertagesstätten sowie der Weiterentwicklung der verschiedenen im Einsatz befindlichen Softwarelösungen zu klären sind. Gesundheitsminister Holetschek dankte für die zahlreichen Anregungen und stellte eine Fortsetzung des Austauschs in Aussicht.

Bürgerinformation zum Thema Energie und Klima im Landkreis Miltenberg

Das Angebot der Bürgerenergieberatung, auch in Form von Vorträgen, um zeitgleich eine größere Wirkung zu entfalten, ist im Landkreis Miltenberg seit einigen Jahren etabliert. Die Vorträge ergänzen das Angebot der individuellen Energieberatung, das sich, aktuell mit rund 180 Beratungen pro Jahr, einer wachsenden Beliebtheit erfreut.

Die individuelle Erstberatung findet in der Regel durch das Klimaschutzmanagement im Landratsamt statt. Gilt es eine Fragestellung vor Ort direkt am Objekt zu klären, zum Beispiel welche Heizungstechnik für ein bestimmtes Gebäude geeignet ist, werden die Fragen dann häufig durch einen Termin mit dem Ko-

operationspartner Verbraucherservice Bayern e.V. im Detail behandelt. Über die Verbraucherzentralen werden bundesweit Initialberatungen und sogenannte „Energie-Checks“ für Endverbraucher angeboten, die für den Kunden aufgrund einer großzügigen Bundesförderung kostengünstig zu erhalten sind.

Veranstaltungsreihe „Energie & Klima“

Um die Bürger allgemein zu Handlungsmöglichkeiten zum Klimaschutz zu informieren, die sich nicht zuletzt auch für den Einzelnen in vielfältiger Weise lohnen können, ist unter dem Motto „Energie & Klima“ eine Veranstaltungsreihe etabliert worden. In diesem Rah-

Neue Wege:

Online-Vorträge

Bürgerinformation zum Thema Energie und Klima

men werden zum einen Verbraucherthemen, vor allem rund ums Haus, z. B. Informationen zu Fördermitteln, Möglichkeiten zum Einsatz von Photovoltaik auf dem eigenen Gebäude, Informationen zur Elektromobilität oder Sanierungsmöglichkeiten behandelt. Daneben gibt es weitere Angebote, wie z. B. einen Spaziergang zum Thema „Der Wald im Klimawandel“ oder Diskussionsforen zu aktuellen Studien mit Bezug zum Klimaschutz. Viele der Angebote werden mit regionalen Kooperationspartnern, u. a. mit den Volkshochschulen im Landkreis, durchgeführt.

In der aktuellen Situation galt es neue Wege zu beschreiten und die Vorträge in den virtuellen Raum zu verlegen. Dabei wurde neben der Volkshochschule und der Verbraucherzentrale auch mit der regionalen Energieagentur und den benachbarten Gebietskörperschaften am Bayerischen Untermain kooperiert. Nach den ersten Erfahrungen mit insgesamt vier Online-Vorträgen mit insgesamt über 120 Teilnehmern lässt sich ein positives Resümee ziehen.

Erreichen einer anderen Zielgruppe

Vor allem für kompakte Themen, wie z. B. Neuerungen in der Förderlandschaft, die sich in 30 Minuten bis zu maximal einer Stunde vorstellen lassen, um anschließend in die Diskussion zu gehen, hat sich das Format als geeignet erwiesen. Durch die Möglichkeit während der Veranstaltung Umfragen durchzuführen, hat der Vortragende in Echtzeit eine Rückmeldung und kann auf spezielle Wünsche eingehen. Im Ergebnis der unter den Teilnehmenden durchgeführten Umfragen ist der Eindruck entstanden, dass durch die Online-Vorträge eine andere Zielgruppe erreicht wird, als durch die zuvor angebotenen Präsenzveranstaltungen. Die jeweils als Feedback-Runde durchgeführten Umfragen zum Schluss der Veranstaltungen waren mit überwältigender Mehrheit positiv. Daher ist geplant, das Format auch in Zukunft fortzuführen und damit das Angebot der Energieberatung dauerhaft zu ergänzen.

(LRA Miltenberg)

Kooperative Stadt-Land-Partnerschaft auf Augenhöhe: Die Europäische Metropolregion Nürnberg

Im November 2020 wurde der Bamberger Landrat Johann Kalb zum Ratsvorsitzenden der Europäischen Metropolregion Nürnberg gewählt. Er ist damit für drei Jahre Oberhaupt des demokratisch legitimierten Kerns dieser starken nordbayerischen Allianz. Der Rat besteht aus 57 Oberbürgermeister*innen, Landrät*innen und Bürgermeister*innen der Mitgliedskommunen. Die Europäische Metropolregion Nürnberg ist eine von 11 solchen Kooperationen in Deutschland. Europaweit gibt es rund 100 Metropolregionen, die sich durch besonderes wirtschaftliches Potenzial auszeichnen. Bereits bei der Gründung der Metropolregion Nürnberg war der Landkreis Bamberg Mitglied des freiwilligen Zusammenschlusses von inzwischen 23 Landkreisen und 11 kreisfreien Städten.



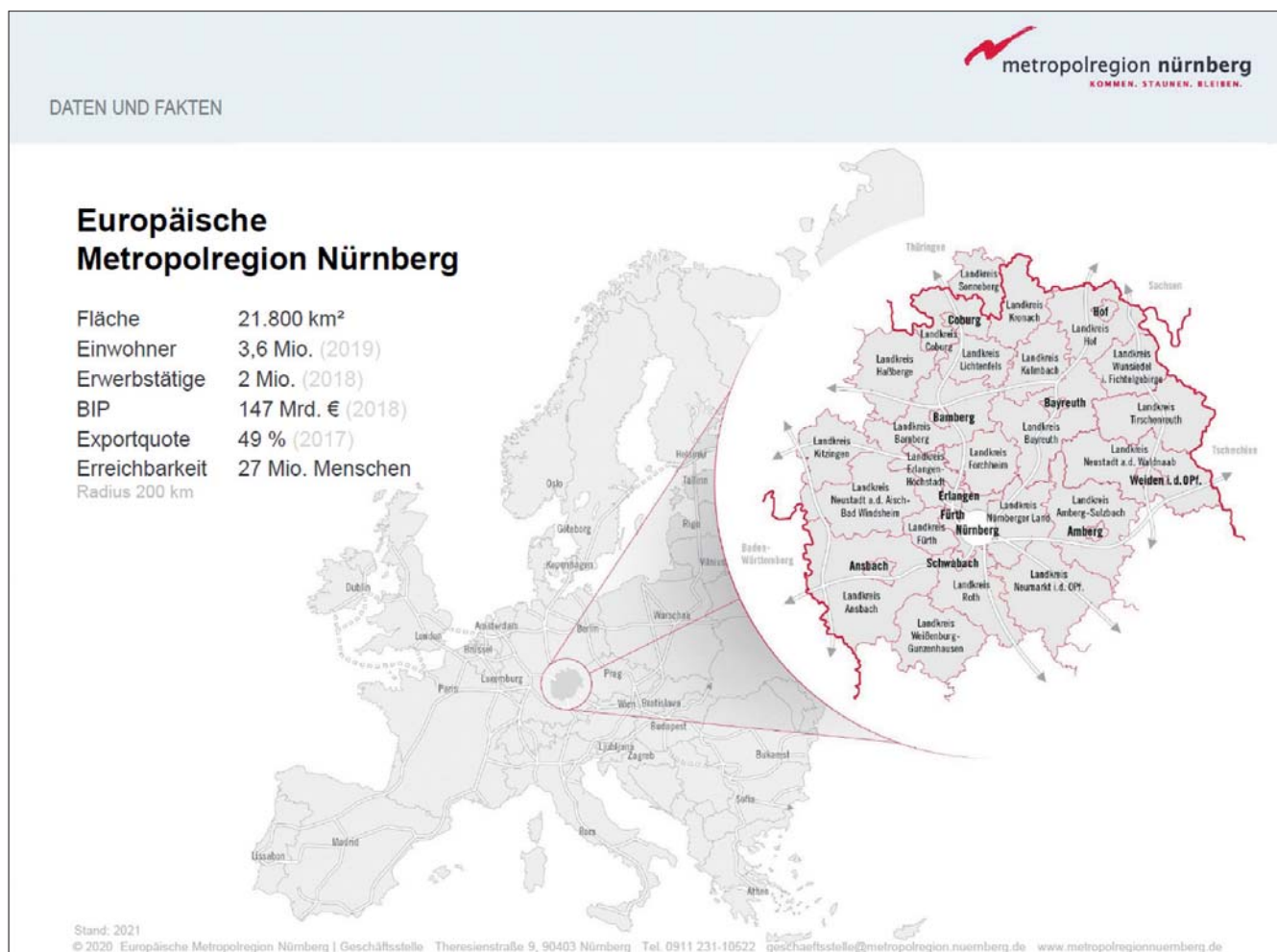
Landrat Johann Kalb als Ratsvorsitzender der Metropolregion im Erlanger Stadtrat (Foto: Europäische Metropolregion Nürnberg)

„Wir haben einiges zu bieten. Das gemeinsame Auftreten als Metropolregion eröffnet die Möglichkeit, unsere Stärken auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene sichtbarer zu machen,“ zeigt sich Landrat Johann Kalb überzeugt. Immerhin leben in der Metropolregion Nürnberg ca. 3,6 Millionen Menschen. Mit einem „Bruttoinlandsprodukt“ von 147 Milliarden Euro jährlich – das entspricht in etwa der Wirtschaftskraft von Ungarn – und einer Exportquote von 49 % zählt die regionale Allianz zu den Boomregionen Europas.

Der Umgriff der Metropolregion Nürnberg ergibt sich aus natürlichen Verflechtungsbeziehungen, wie zum Beispiel Pendlerbewegungen, Binnenmigration, Naherholung und Tourismus. Geografisch erstreckt sich das Gebiet vom thüringischen Landkreis Sonneberg im Norden bis zum Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen im Süden, vom Landkreis Kitzingen im Westen bis zum Landkreis Tirschenreuth im Osten.

Das besondere an der Metropolregion Nürnberg: Sie ist grundlegend polyzentral ausgerichtet. Dies ist ihr Alleinstellungsmerkmal gegenüber vielen „großen“ Metropolregionen. Nicht *eine* dominante Stadt bestimmt die Region, sondern ein starkes Geflecht aus Landkreisen und großen, mittleren und kleinen Städten, die gemeinsam ein Netz mit vielen starken Knoten bilden. Mit 50 % hat die Metropolregion Nürnberg den deutschlandweit höchsten Anteil an landwirtschaftlichen Flächen. Gleichzeitig handelt es sich um einen innovationsstarken Wirtschaftsraum in dem gut 150 Weltmarktführer und *Hidden Champions* zu Hause sind.

Die Partnerschaft auf Augenhöhe will gemeinsam die Vorteile und Funktionen einer Großstadt nutzen, ohne deren negative Nebeneffekte in Kauf zu nehmen. Als regionale Allianz mit einem ausgewogenen Stadt-Land-Mix ist sie damit auch lebenswerter Gegenentwurf zu den weltweit entstehenden *Megacities*. Die



Das Factsheet zeigt die geografische Lage und den Umfang der Metropolregion Nürnberg.

Spielregeln der Zusammenarbeit haben rund 50 Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Tourismus bei der Gründung 2005 festgelegt. Besonders das Prinzip der „Stadt-Land-Partnerschaft auf Augenhöhe“ hat die Metropolregion Nürnberg seither in Europa bekanntgemacht. Im Rat der Metropolregion hat jede Mitgliedskommune eine Stimme, unabhängig von Bevölkerungszahl oder Wirtschaftskraft. Im Sinne der Subsidiarität werden nur solche Projekte gemeinsam angepackt, die einen echten metropolregionalen Mehrwert haben und in der Verantwortungsgemeinschaft besser erledigt werden können als in einem kleineren Verbund. Die strategischen Ziele werden regelmäßig gemeinsam abgestimmt und weiterentwickelt.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind zentraler Orientierungspunkt der Metropolregion Nürnberg. Die mannigfaltigen Verflechtungsbeziehungen zwischen ihren Mitgliedern zu koordinieren und zum Vorteil aller weiterzuentwickeln, stand von Anfang an auf der Agenda. Dies gilt für eine gemeinsam angestrebte Mobilitätswende ebenso wie für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung, für Kulturentwicklung und Lebensqualität in der Region ebenso wie für Strategien zum Klimaschutz. Die regionale Bindung der Kaufkraft, zum Beispiel durch die Förderung des Binnentourismus und anderer regionaler Wirtschaftskreisläufe, ist dabei ein effektives Instrument.

Beim von Anfang an verfolgten Projekt Original Regional zum Beispiel stehen die ausgezeichneten regionalen Produkte aus dem Lebensmittelbereich im Fokus. Inzwischen vereint das Projekt 31 Regionalinitiativen und gut 1.500 regionale Anbieter*innen. Dank der Integration in die RegioApp des Bundesverbandes der Regionalbewegung sind die Produkte und Anbieter von Original Regional für jeden leicht zu finden. So fördert das Projekt die Sichtbarkeit und Vermarktung von ausgezeichneten regionalen Lebensmitteln direkt vor der Haustür. Gemeinsam werden auch Auftritte auf der Bauernmarktmeile, dem Christkindlesmarkt und eine Genussmeile mit 50 Ausstellern auf der Consumenta in Nürnberg organisiert.

Ausgezeichnete regionale Produkte sind nicht nur wichtiger Teil des Lebensgefühls einer Region, die neben ausgezeichneten Weinanbaugebieten die weltweit höchste Brauereidichte, eine hohe Zahl an handwerklich arbeitenden Bäckern und Metzgern sowie zahlreiche autochthone Gemüsesorten aufzuweisen hat. Sie sind auch ein handfester Wirtschaftsfaktor: ca. 5% der Beschäftigten in der Metropolregion Nürnberg arbeiten im produzierenden Ernährungsgewerbe, im Lebensmittelhandwerk, in der Landwirtschaft oder der Gastronomie. Zudem prägen die regionalen Produkte mit ihren besonderen Kulturlandschaften wie Karpfenweiern, Hopfengärten, Streuobstwiesen, Getreide-



Genussmeile Original Regional auf der Consumenta (Archivbild)

feldern, Weinbergen und Gärtnerflächen auch das attraktive Landschaftsbild der Region. Nicht umsonst liegen Städte und Landkreise aus der Metropolregion bei Rankings regelmäßig im Spitzenfeld gemessen an Kaufkraft, Beschäftigung, Arbeitsmarkt und vor allem der Lebensqualität. Dies gilt es zu erhalten und zu pflegen. Als erste Metropolregion europaweit hat sich die Metropolregion Nürnberg deshalb die dauerhafte Sicherung der landwirtschaftlichen Flächen für die Herstellung von Regionalprodukten als Leitbild gesetzt.

Ein weiteres zentrales Projekt ist die Allianz pro Fachkräfte. Sie bündelt das Engagement zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Wirtschaft in der Metropolregion. In gemeinsamen Maßnahmen wird der Bestand an Fachkräften weiterentwickelt, wobei sowohl das vorhandene Potenzial genutzt wird als auch die positiven Beschäftigungsperspektiven der Region breit kommuniziert werden. Gemeinsam hat man sich zum Ziel gesetzt, die Anziehungskraft der Region nachhaltig zu stärken und gemeinsam Heimatregion für talentierte und engagierte Menschen aus aller Welt zu sein. Das Bild aus der Imagekampagne für den Landkreis Bamberg, „Platz für Gewinner“, zeigt den jungen Syrer

Tarek Sattout, der nach erfolgreicher Ausbildung zum Fachinformatiker bei der Salzbrenner media GmbH, einem weltweit operierenden Spezialisten für audiovisuelle Übertragungstechnik mit Sitz in Buttenheim, dort in der IT Abteilung tätig ist und seine zweite Heimat im Landkreis Bamberg gefunden hat.

Die Wirtschaft der Metropolregion ist besonders innovationsstark. Hier werden doppelt so viele Patente angemeldet wie im deutschen Durchschnitt. Dies verdankt sie sicher auch den 20 über die Mitgliedsgebiete verteilten Hochschulen mit insgesamt rund 100.000 Studierenden und knapp 50 Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. Auch hier zeigt sich Polyzentralität als eine ausgeprägte Stärke der Region.

Die Projekte der Metropolregion werden seit ihrer Gründung überwiegend in acht dezentral angesiedelten und organisierten Fachforen entwickelt. Dort tauschen sich rund 400 Experten aus Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden aus und engagieren sich in den Bereichen „Wirtschaft und Infrastruktur“, „Wissenschaft“, „Verkehr und Planung“, „Kultur“, „Sport“, „Heimat und Freizeit“, „Marketing“ und „Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung“. Von den Fachforen



Abbildung: Platz für Gewinner. Imagekampagne Metropolregion
(© Publicis Pixelpark und koepfel.ulsamer Studios)

werden die Projekte in die Gremien der Metropolregion eingebracht, die über Umsetzung und Förderung entscheiden. Die Projektfinanzierung speist sich aus eingeworbenen öffentlichen Fördermitteln und den Eigenmitteln, die vor allem über den Wirtschaftsförderverein der Metropolregion generiert werden. Aus dieser engen Zusammenarbeit von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verwaltung entsteht ein Netzwerk,

das die gesamte Region nachhaltig voranbringt. Passend zu dieser Vision stellt sich das Organigramm der Metropolregion Nürnberg als Segelschiff dar. Landrat Johann Kalb sieht seine Verantwortung am Steuerrad dieser Allianz auch darin, das Kernprinzip der Polyzentralität auf Augenhöhe weiter mit Leben zu füllen.
(LRA Bamberg)



Abbildung: Organigramm der Metropolregion Nürnberg

Offenes Programm zum guten Bauen

Das übergreifende Vorzeigeprojekt Baukulturregion Alpenvorland hat Fahrt aufgenommen

In der Baukulturregion Alpenvorland haben sich die drei bayerischen Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach und Rosenheim mit den acht Gemeinden Bad Aibling, Bad Feilnbach, Dietramszell, Gmund, Holzkirchen, Kiefersfelden, Neubuern und Samerberg zusammengeschlossen, um die Baukultur auf regionaler und lokaler Ebene voranzubringen. Gemeinsam wird daran gearbeitet, eine Vorzeigeregion für gutes Bauen zu werden – der ersten im ganzen Bundesgebiet.

Pandemiebedingt mussten die ursprünglichen Vorhaben und Aktionen in den digitalen Raum umgeleitet werden. Das Projekt hat nun Fahrt aufgenommen und das Interesse wächst sprunghaft: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den vielen Veranstaltungen werden immer mehr. Bei den vergangenen Online-Vorträgen

waren zwischen 70 und 100 Personen anwesend, haben zugehört, diskutiert und sich eingebracht.

Wir haben Lust auf gutes Bauen!

Baukultur ist ein breit angelegtes Feld des „guten Lebens“ in all seinen Facetten. Besprochen wurde in den letzten Vorträgen eine große Bandbreite an Themen: Wie man Leerstand in der Landwirtschaft begegnet und darin zeitgemäß wohnen kann und wie man als Gemeinde Leerstand aktivieren kann. Wir haben Beispiele für gutes Bauen in der Region angeschaut und einen virtuellen Stadtrundgang durch Memmingen gemacht. Und wir haben uns gemeinsam einen Film im Kino angeschaut und sind anschließend zu Diskussion und Ausklang in die digitale Bar gegangen. Das alles wurde nicht im stillen Kämmerlein, sondern öffentlich zugänglich gemacht.



(Foto: ARGE Baukultur konkret)

Gutes Bauen ist Vielfalt

In den acht Projektgemeinden wird aber auch hinter den Kulissen intensiv gearbeitet. Da geht es um Themen, die sehr viele Menschen betreffen. Etwa um gutes und bezahlbares Wohnen (Gmund, Bad Aibling), um starke, lebendige und grüne Ortszentren (Neubeuern, Kiefersfelden), darüber, wie man übers Bauen redet (Bad Feilnbach), darüber, wie man die Leute einbindet (Dietramszell), um einen pulsierenden öffentlichen Raum (Holzkirchen) und um Tourismus, der gut für den Ort ist (Samerberg). Es ist wichtig, dass nicht nur einzelne über diese Themen entscheiden, sondern Baukultur zum Thema für alle wird, die mitmachen wollen.

Baukultur ist dann erfolgreich, wenn es ein Zusammenspiel gibt: Erstens von Bürgerinnen und Bürgern, die die Expert*innen für das Leben in ihren Gemeinden sind, zweitens von Gemeinderat*innen und Bürgermeister*innen, die einen Überblick über ihre ganze Kommune haben, und schließlich von Fachleuten unterschiedlicher Disziplinen, die helfen, das umzusetzen, was die Gemeinden als Ergebnis eines breit angelegten Dialogs für zukunftsfähig halten.

Durchs Reden kommen die Leute zusammen

Was sind unsere Erkenntnisse nach den ersten Monaten? Es ist gut, wenn man miteinander redet und den eigenen Horizont erweitert – zum Beispiel beim regelmäßigen Baukultur-Stammtisch in Dietramszell oder beim monatlichen Bürgermeister-Frühstück der acht teilnehmenden Gemeinden. Dabei müssen wir uns auch nicht immer einig sein – Vielfalt ist erlaubt! Das Thema betrifft alle Bürgerinnen und Bürger, nicht nur

die Gemeindeämter. Bei den kommenden Online-Vorträgen geht es z.B. um neue Formen des Wohnens. Wir können viel von guten Beispielen lernen, kopieren funktioniert aber nicht – die Region muss ihren eigenen Weg finden und eine eigene Identität pflegen. Wir sind eine lebenswerte Region und wollen das auch bleiben, trotz starken Drucks von außen.

Schauen Sie vorbei!

Bis zum Projektabschluss Ende 2022 wollen wir eine gemeinsame Baukulturstrategie erarbeiten, die in die Zukunft weist. Wir freuen uns, wenn Sie bei unseren kommenden Veranstaltungen dabei sind und mitreden – etwa bei der großen Baukulturwerkstatt am 05. Juli 2021 in Kolbermoor. Alle aktuellen Informationen und die Anmeldung zum Newsletter finden Sie unter www.baukulturregion.de.

Factbox:

Das LEADER-Projekt „Baukulturregion Alpenvorland“ ist gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER).

Das Projekt wird von der ARGE Baukultur konkret durchgeführt, die sich aus dem österreichischen Verein LandLuft, dem Büro für urbane Projekte aus Leipzig und der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft aus Alfter bei Bonn zusammensetzt.

Projektlaufzeit: 02/2020-12/2022

www.baukulturregion.de



Das Projekt Baukulturregion Alpenvorland ist gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER).



(Foto: ARGE Baukultur konkret)

Kontakt:

DI Doris Gugler

+43 (0) 676 565 88 68

gugler@baukulturregion.de

www.baukulturregion.de

www.landluft.at

ARGE Baukultur konkret

Alanus Hochschule | Büro für

Urbane Projekte | LandLuft

Bahnhofstraße 21

D-84387 Pfarrkirchen

im Rahmen des LEADER-Projekts Baukulturregion Alpenvorland

Weitermachen – Mut machen – Mitmachen: Der Landkreis hält zusammen – für Kinder und Jugendliche in der Region

Die KOJA am Kreisjugendamt Neumarkt ist Ansprechpartner für die Jugendarbeit im Landkreis. Drei neue Aktionen wurden dort für die kommenden Wochen und Monate geplant. Die Aktionen richten sich jeweils an unterschiedliche Altersstufen. Ziel ist es, allen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Region auch in diesen Zeiten Angebote zu machen. Auch um eventuell vorhandene Probleme abzumildern oder gar nicht erst entstehen zu lassen. Nähere Informationen zu allen Angeboten finden Sie auch auf der Homepage der KOJA. Oder folgen Sie uns auf Facebook oder Instagram: [koja.neumarkt](https://www.koja.neumarkt.de).

Für Jugendliche: Tanzen lernen in 60 Minuten

Zusammen mit Illya Korrovay können Jugendliche online in Bewegung kommen.
Der ultimative Tanzkurs mit Let's Dance Illya Korrovay. Es entstehen keine Kosten.

Für Jugendliche, junge Erwachsene und alle Junggebliebenen: Digitales Musikfestival

Wir holen das Festivalfeeling zurück. Junge und junggebliebene Bands aus der Region bekommen ihre Bühne zurück.



Logo: Martina Meier

Das Musikfestival kann online per Livestream von jedem nach Hause geholt werden. Mit dabei sind Blacktory, Fillistine, Yellowcakes, Kellergangband, X'Ploushn, Cash, ESTICO und DJ Nudel. Auftrittsort wird der Berlin Club Neumarkt sein.

Ein fester Termin wird mitgeteilt, wenn mit einer geeigneten Hygiene- und Schutzkonzeption entsprechende Maßnahmen der Jugendarbeit umgesetzt werden können. Die KOJA Neumarkt hält Sie auf dem Laufenden. Auf der Facebookseite und auf Instagram der KOJA Neumarkt werden die regionalen Bands in den kommenden Tagen vorgestellt. Mitfinanziert wird das Digitale Musikfestival über das Fachprogramm Medienpädagogik des Bayerischen Jugendrings.

Für Kinder von 6 bis 13 Jahren: MiniLandkreis Neumarkt

Von 6. bis 13.08. entsteht für die Kleinen im Landkreis etwas Großes. Eine Spielestadt wird entstehen in den Kindern arbeiten, Geld verdienen und Geld ausgeben, lernen und Spaß haben können. Es geht darum Mut zu machen. Kinder werden beteiligt und gesehen. Viele Unternehmen im Landkreis haben hier bereits ihre praktische Unterstützung zugesagt. Ein attraktives Angebot mit vielfältigen Arbeitsplätzen wird so entstehen. Interessierte Unternehmen können sich gerne weiterhin bei der KOJA melden. Alle Gemeinden im Landkreis können das Angebot in ihr Ferienprogramm aufnehmen. Durchführungsort wird die Grundschule in Pilsach sein. Interessierte Kinder und Eltern können sich ab Ende April zum MiniLandkreis anmelden. Eine entsprechende Hygiene- und Schutzkonzeption wird das zusätzliche Ferienprogramm für den Landkreis begleiten.

Unterstützer werden aber auch in der gesamten Bevölkerung Neumarkts gesucht. Unter dem Motto „Viele

schaffen mehr“ konnten über die Crowdfundingplattform der Raiffeisenbank Neumarkt bereits zahlreiche gemeinnützige Projekte im Landkreis ermöglicht werden.

So können Sie das Projekt MiniLandkreis Neumarkt unterstützen:

1. Fan werden: Seit dem 1.4. einer von 50 „notwendigen“ Fans werden.
2. Ab dem 15.04. kann das Projekt MiniLandkreis finanziell unterstützt werden. Mit Ihrer Spende ermöglichen Sie den Kids ein tolles Ferienerlebnis, die Freude auf Gemeinschaft, aber auch eine wertvolle Wissensvermittlung.
3. Helfen Sie mit, den Kindern in dieser schwierigen Zeit etwas zurückzugeben.

Fan werden ab 01.04. auf raiba-neumarkt-opf.viele-schaffen-mehr.de: MiniLandkreis Neumarkt.

Das finanzielle Ziel ab dem 15.04. sind 5000,- € über die Crowdfundingplattform.

Wer steht hinter dem Projekt?

Koordinierender Initiator des Projekts ist die Kommunale Jugendarbeit (kurz KOJA) des Jugendamtes Neumarkt. Die Crowdfundingaktion erfolgt durch den Förderverein der Grundschule Pilsach. Die große Idee vom kleinen Landkreis lebt von der Unterstützung zahlreicher regionaler Unternehmen die sich mit Arbeitsstationen an der Umsetzung beteiligen. Träger der freien Wohlfahrtspflege sind als Kooperationspartner gern gesehen. Wir sind ein Netzwerk, das den Kindern des Landkreises mit Spiel und Spaß ein attraktives Ferienprogramm bieten möchte. Die Projektidee wird unterstützt von zahlreichen ehrenamtlichen Jugendbeauftragten aus den Gemeinden des Landkreises sowie gemeindlichen Jugendpflegern.

Glück, Natur und Technik: Entdecke die Schätze direkt vor der Haustür – Landkreis Unterallgäu

„Gerade im vergangenen Jahr haben wir viele Schätze direkt vor unserer Haustür entdeckt“, so Landrat Alex Eder bei der Eröffnung der Glückswegen im Allgäu und des Themenradwegs „Natur und Technik im Illerwinkel“. Das sah auch Michael Bohlinger, Geschäftsführer der LEW Wasserkraft GmbH, so: „Seit der Corona-Pandemie wissen wir die Natur vor allem in der näheren Umgebung noch mehr zu schätzen.“

Die beiden Projekte, die kürzlich am Erlebnisweg an der Iller bei Legau feierlich eröffnet wurden, haben einiges gemeinsam: Beide Projekte wurden über das LEADER-Programm der Europäischen Union zur Stärkung des ländlichen Raums gefördert. Beide Projekte verbinden Wertschätzung der Natur mit Wertschöpfung. „Und beide Projekte sind sehr innovativ“, zählte Veronika Hämmerle von der LEADER-Bewilligungsstelle, dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Kempten, auf.

„LEADER-Projekte sind für mich der Inbegriff des Teamworks“, so Landrat Eder. So entstanden die Glückswegen Allgäu in Zusammenarbeit mit mehreren Unterallgäuer Gemeinden und zum Teil landkreisübergreifend. „Die Glückswegen sind ein Paradebeispiel, wie Heimat gestaltet und attraktiver wird.“ Davon profitieren laut Eder Touristen und Einheimische gleichermaßen.

Projektleiter Tobias Klöck vom Landratsamt Unterallgäu stellte die 14 Rad- und Wanderwege genauer vor, die sich auf unterschiedliche Weise mit dem Thema Glück auseinandersetzen. „Glück ist individuell. Diese Wege sollen dazu anregen, dass jeder seinen ganz persönlichen Glücksmoment findet“, so Klöck. Eine besondere Rolle spielen dabei Sebastian Kneipp mit seiner ganzheitlichen Gesundheitslehre. An den Strecken liegen Kneippanlagen, Erlebnisstationen und idyllische Rastplätze und andere Attraktionen. Die Wege tragen klangvolle Namen wie Glückszauber-Pfad, Glücksquellen-Weg, Glückskraft-Weg oder auch die Glücksfluss-Etappe – und die ist mit einer Länge von 16,5 Kilometern gleichzeitig Teil der Radrunde „Natur und Technik im Illerwinkel“ und schlägt so die Brücke zu diesem Projekt.

Den Radweg „Natur und Technik im Illerwinkel“ verwirklichte die LEW Wasserkraft in Kooperation mit den Lokalen Aktionsgruppen Kneipp-land Unterallgäu und Regionalentwicklung Oberallgäu sowie den angrenzenden Gemeinden. „Als Wasserkraftbetreiber möchten wir mit unseren Projekten den Lebensraum Fluss ökologisch aufwerten und wieder für die Menschen erlebbar machen. Mit den Maßnahmen an der Iller gelingt uns genau das. Projekte wie diese lassen sich nur gemeinsam mit allen Beteiligten erfolgreich umsetzen. Wir haben hier in den letzten Jahren neue Wege der Zusammenarbeit etabliert, von denen am Ende alle Interessensgruppen profitieren“, so Michael Bohlinger, Geschäftsführer von LEW Wasserkraft.

Die Glückswegen im Allgäu

- Elf Wanderwege und drei Radwege mit einer Gesamtlänge von 187 Kilometern, verteilt im gesamten Unterallgäu und teilweise in angrenzenden Landkreisen, machen das Thema Glück erlebbar.
- Projektträger: Landkreis Unterallgäu
- Kosten: 325.000 Euro;
LEADER-Förderung: 136.000 Euro
- Jeder Weg zeichnet sich durch eine individuelle Geschichte aus mit besonderen Höhepunkten. Sie arbeiten die Potenziale der Region heraus und sind eng verbunden mit der Lehre des „Wasserdoktors“ Sebastian Kneipp.
- Mehr unter www.glueckswege-allgaeu.de

Der Themenradweg „Natur und Technik im Illerwinkel“:

- Projektträger: LEW Wasserkraft GmbH, in Kooperation mit den Lokalen Aktionsgruppen Kneipp-land Unterallgäu und Regionalentwicklung Oberallgäu, den Landkreisen Unterallgäu und Oberallgäu sowie den Gemeinden Lautrach, Legau, Bad Grönenbach, Kronburg, Altusried und Dietmannsried.

- Kosten: 350.000 Euro;
LEADER-Förderung: 175.000 Euro
- Länge: 44,8 Kilometer; Höhenmeter: 640 Meter
- Die Themenrunde zwischen Lautrach und Dietmannsried zeigt, wie sich Natur und Technik ergänzen können. An Erlebnisstationen und Rastplätzen wird das Thema „Natur und Technik“ aufgegriffen. Es gibt Infotafeln, Aussichtspunkte und interaktive Elemente an der Staustufe Legau.
- Entlang der Strecke haben die Projektpartner radgerechte Rastplätze und Ladestationen für E-Bikes aufgebaut. Zudem wurden bisher schwer befahrbare Bereiche optimiert, etwa die Hängebrücke bei Fischers/Pfosen: Der steile Weg in Dietmannsried ist nun auch für Radfahrer passierbar. Zudem wurde der Treppenzugang in Altusried um eine Rampe ergänzt.
- Das Projekt bringt laut LEW Wasserkraft auch einen ökologischen Mehrwert. So hat LEW Wasserkraft in den Gemeinden Kronburg und Altusried Flachwasserzonen durch naturnah gestaltete Ufer realisiert. Die Kiesaufschüttung soll Fischen als Laich- und Lebensraum dienen. Darüber hinaus können über die besser zugänglichen Uferbereiche Boote direkt zu Wasser gelassen werden. Davon profitieren zum Beispiel Einsatzkräfte von Feuerwehr oder Wasserwacht, aber auch Fischer oder Bootsfahrer.

(LRA Unterallgäu)



Auf dem Erlebnissteg an der Iller (von links): Tobias Klöck, Projektleiter Glückswege, Christof Endreß, Vorsitzender der LAG Oberallgäu und Bürgermeister von Blaichach, Veronika Hämmerle vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Kempten, Landrat Alex Eder und Michael Bohlinger, Geschäftsführer von LEW Wasserkraft. (Foto: LEW/Bernd Feil)

Kinderbetreuung ist Qualitätsarbeit

Am Landratsamt Regen gibt es eine Stelle zur pädagogischen Qualitätsbegleitung in Kindertageseinrichtungen

„Die Arbeit in den Kindergärten hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Neben dem erzieherischen Aspekt steht Bildung und Förderung von Kindern an erster Stelle“, sagt Erzieherin Sandra Holzer. Sie ist seit 2020 für die pädagogische Qualitätsbegleitung in Kindertageseinrichtungen im Landkreis Regen zuständig. Als ehemalige Leiterin eines Kinderhauses kennt sie den Arbeitsalltag von Erzieherinnen und Erziehern.

Zur eigentlichen Betreuungsaufgabe kommt mittlerweile ein Mehraufwand an organisatorischen Aufgabenbereichen in der Kindertagesbetreuung, „wie etwa das Führen von Beobachtungsbögen, regelmäßige Teambesprechungen sowie das Vorbereiten und Durchführen von Entwicklungsgesprächen“, berichtet Holzer. Eines sei von vornherein klar: Alle Familien wünschen sich für ihre Kinder in den Kindergärten eine gute Betreuung und bestmögliche Förderung, von Anfang an.

„Der Spagat zwischen Organisation, Bildung, Integration und feinfühligster Begleitung ist für viele Pädagoginnen in Kindertageseinrichtungen eine große Herausforderung.“ Das Institut für Frühpädagogik (IFP) hat dazu das Projekt der pädagogischen Qualitätsbegleitung (PQB) initiiert, das aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gefördert wird und die Kindertageseinrichtungen bei ihrer täglichen Arbeit unterstützt. Darauf hat auch der Landkreis Regen reagiert und das im Modellversuch erfolgreich erprobte Projekt der pädagogischen Qualitätsbegleitung in Kindertageseinrichtungen im Landkreis fest etabliert.

Seit November 2020 ist die Stelle am Kreisjugendamt durch Holzer neu besetzt. Sie freut sich sehr über ihr neues Aufgabengebiet, die Einrichtungen im Landkreis in ihrer Qualitätsentwicklung zu beraten, zu begleiten und mit ihrem Erfahrungsschatz zu unterstützen. Dabei ist das pädagogische Coachingangebot des Kreisjugendamtes Regen für alle teilnehmenden Einrichtungen kostenlos.

Holzer begleitet und unterstützt auf Wunsch der Einrichtung die Fachkräfte im zeitlichen Rahmen von einem Jahr bei der Auswahl und Bearbeitung aktueller Themen, die das Team im Alltag bewegen. „Das können verschiedene Situationen aus dem Kindergartenalltag sein, wie etwa beim Mittagessen, bei Konflikten mit einzelnen Kindern, wie auch in der Zusammenarbeit im Team oder in der Erziehungspartnerschaft mit den Eltern“, berichtet die Jugendamtsmitarbeiterin. Das Team wählt dabei selber aus, an welchen Themen es arbeiten will und analysiert mit Hilfe der PQB die aktuelle Situation, reflektiert diese mit ihr und entwickelt Ideen, wie man Herausforderungen gemeinsam gut meistern kann. Die kontinuierliche Begleitung der Einrichtungen über ein ganzes Jahr sieht Holzer als sehr hilfreich an, da man bei bestimmten Themen am Ball bleiben und sich so stetig weiterentwickeln kann.

„Je nach Themenwahl werden die Situationen im Gesamtteam zusammen mit der PQB kompetent und fachlich analysiert, beraten und praktisch begleitet. So lernen die pädagogischen Kräfte im Umgang mit aktuellen Problemen verschiedenste erfolgreiche Strategien und Methoden kennen, üben sich durch die Begleitung in der Praxis und können so ihre Qualität in der Einrichtung fortlaufend verbessern“, berichtet Holzer von ihrer täglichen Arbeit.

Alle interessierten Kindertageseinrichtungen im Landkreis Regen, die Interesse an dem kostenfreien Coachingangebot der PQB haben, können gerne Kontakt zu Sandra Holzer aufnehmen.

Sie ist telefonisch unter der Rufnummer 09921/601-177 oder per E-Mail: sholzer@lra.landkreis-regen.de erreichbar. (LRA Regen)



Sandra Holzer
(Foto: Marina Walter)

Landkreis Weissenburg-Gunzenhausen will noch nachhaltiger werden

Die Landkreisverwaltung hat sich zum Ziel gesetzt, noch nachhaltiger zu werden und dem Klimaschutz somit eine wichtige Rolle zukommen zu lassen. Aufgabenstellungen, Planungen und Entscheidungen sollen in Zukunft noch mehr an den Prinzipien der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Damit nicht nur ein allgemeines Konzept entwickelt wird, sondern dies auch gelebt werden kann, hat die Verwaltung auf Initiative von Landrat Manuel Westphal einen ersten Entwurf eines Arbeitsprogramms zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit entwickelt, das im Zuge des bereits angelaufenen Regionalentwicklungsprozesses „Altmühlfranken 2030“ in den nächsten Jahren noch weiter ausgebaut werden soll.

Bereits bisher orientiert sich die Verwaltung in einigen Punkten am Prinzip der Nachhaltigkeit. So wird seit Jahren nur auf umweltfreundlichem Papier gedruckt oder die Landkreisgebäude mit Photovoltaik ausgerüstet. „Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind weltweit Megathemen, die uns immer begleiten werden und stetig weiterentwickelt werden müssen“, so Landrat Manuel Westphal und ergänzt: „Damit wir aber nicht nur ein allgemeines Konzept entwickeln oder wir uns abstrakte Thesen auferlegen lassen, wollen wir als Verwaltung gemeinsam mit allen Abteilungen im Haus konkrete Maßnahmen entwickeln, die sich dann von uns im Alltag auch umsetzen lassen können.“

Das Arbeitsprogramm, das gemeinsam mit den zuständigen Stellen im Landratsamt entwickelt wird, wird auch den Kreistagsmitgliedern in der nächsten Umweltausschusssitzung vorgestellt werden. Außerdem hat Landrat Manuel Westphal alle Fraktionen im Kreistag über das Arbeitsprogramm informiert. Die dafür notwendigen Umsetzungsbeschlüsse sollen danach in den zuständigen Kreisgremien auf die Tagesordnung kommen.

Ein wichtiger erster Schritt wird die Fertigstellung des „Leitfadens für nachhaltige Beschaffung“ sein. Die Vergabestelle hat dieses „atmende Werk“ gemeinsam mit einer internen Arbeitsgruppe aufgesetzt. Bei neuen Beschaffungsvorgängen kann der Leitfaden immer

weiter ergänzt werden. Damit soll das Beschaffungswesen noch nachhaltiger werden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Thema sensibilisiert werden.

Auch in Zusammenarbeit mit Unternehmen oder Landwirten soll der Landkreis in Zukunft beim Thema Klimaschutz mehr Verantwortung übernehmen. Dabei geht es zum Beispiel um die CO₂-neutrale Produktion und Energieeinsparungen in der Wirtschaft, was sich auch die „Unternehmerinitiative Nachhaltigkeit und CO₂-Neutralität für Altmühlfranken“ (UNNA) zum Ziel gemacht hat. Ein weiteres Projekt, das in Zukunft verfolgt werden soll, ist die Realisierung einer Plattform für die regionale CO₂-Kompensation durch die Kooperation zwischen Unternehmen und Landwirten.

Auch die energetische Sanierung von Landkreisgebäuden soll in Zukunft mit viel Engagement weiter fortgesetzt werden.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien, beispielsweise durch den Bestandsausbau von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Landkreisgebäude, soll stärker angegangen werden. Im Bereich der Ausweisung geeigneter Flächen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen will der Landkreis zukünftig die Gemeinden im Landkreis beratend bei der Bauleitplanung unterstützen, um den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen unter Berücksichtigung des Landschaftsbildes sowie landwirtschaftlichen und touristischen Aspekten besser zu steuern. Eine weitere Möglichkeit, die zukünftig in Betracht gezogen werden kann, ist die regionale Vermarktung von grünem Strom.

In diesem Arbeitsprogramm sollen auch regionale Wertschöpfungsketten wie zum Beispiel EchtBrombachseer, das Altmühltaler Lamm oder Altmühltaler Weiderind weiter unterstützt werden. Dazu kann man die aufgebauten Strukturen des regionalen Onlineportals vermehrt nutzen.

Ebenso sollen moderne Mobilitätsformen im Landkreis eine größere Rolle spielen, beispielsweise die Stär-



kung des Radverkehrs oder die Anpassung des ÖPNVs.

Auch die Kreisgartenfachberatung ist als „grünes Handlungsfeld“ ein wichtiger Baustein des Landkreises beim Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Projekte zur Artenvielfalt oder die Anpassung von Gärten und öffentlichen Grünflächen sind schon immer Bestandteil des Jahresprogramms und können in Zukunft noch mehr ausgebaut werden.

Natürlich ist es in diesem Zusammenhang wichtig, zeitnah auch das bisherige Klimaschutzkonzept des Landkreises fortzuschreiben und eine aktuelle Klima- bzw. CO₂-Bilanz zu erstellen. Nur so wird klar, wo der

Landkreis beim Klimaschutz aktuell steht und welche Maßnahmen in Zukunft vermehrt angegangen werden müssen.

„Das Arbeitsprogramm der Verwaltung skizziert den Start des Landkreises auf seinem Weg zu einem Nachhaltigkeitslandkreis. Natürlich können und sollen die beschriebenen Maßnahmen noch ausgebaut und weiterentwickelt werden. Dies soll dann auch einen wichtigen Punkt im Strategieprozess Altmühlfranken 2030 einnehmen. Für uns als Verwaltung ist es aber wichtig, heute schon einzelne Punkte anzugehen und den Aus- und Aufbau voranzutreiben“, erklärt Landrat Manuel Westphal.

(LRA Weißenburg-Gunzenhausen)

Helden gesucht – Per App zum passenden Ehrenamt

„Sie haben ein Match!“ – Webanwendung und Mobile App verbindet Organisationen und Ehrenamtliche – und das *heldenhaft* einfach.

Der Landkreis Dachau setzt deutschlandweit als einer der ersten Landkreise auf den digitalen Ehrenamtsvermittler FlexHero. Diese Plattform macht es möglich, Engagementangebote und Interessierte schnell und unkompliziert zusammenzubringen.

Hilfsorganisationen, Vereine und ehrenamtlich tätige Institutionen im Landkreis stellen auf dieser Plattform ihre Aktionen und Projekte ein, für die sie Ehrenamtliche suchen. Diese erscheinen sofort in der FlexHero App auf den Smartphones der potenziellen Freiwilligen. Die Angebote können nach Ort und Einsatzbereichen gefiltert werden. Neben einer ausführlichen

Beschreibung der Aufgabe finden sich die gewünschten Einsatzzeiten, wo und wann eine Aktion stattfindet, wer noch daran teilnimmt, die Kontaktdaten des Ansprechpartners, welche Softskills man erlernen kann und was sich der Anbieter von den freiwillig Aktiven wünscht.

Wer erst einmal schnuppern möchte, kann sich auch ohne Registrierung die Angebote in der App ansehen. Die, die sich engagieren wollen, können sich per E-Mail-Adresse, Facebook- oder Googleaccount in der kostenlosen App registrieren. Jetzt nur noch ein Projekt auswählen, „Mitmachen“ anklicken und schon ist



**EHRENAMT HELDENHAFT
EINFACH GEMACHT**
Lade jetzt die App



Landkreis Dachau
...beste Gegend.



der Kontakt hergestellt – im Chat mit den Ansprechpartnern und Ansprechpartnerinnen der Organisationen oder auch mit anderen Ehrenamtlichen.

Wer sich schon öfter engagiert hat, kann sich dies in der App anzeigen lassen und als Engagementnachweis ausdrucken.

In der App finden sich bereits Anbieter aus dem Landkreis, wie der AWO Kreisverband Dachau, der Kreisjugendring, der vdk Kreisverband Dachau, die Caritas und das Bayerische Rote Kreuz Kreisverband Dachau. Und es werden immer mehr.

Für alle ehrenamtlich tätigen Organisationen, Vereine und Institutionen im Landkreis ist die Nutzung der Plattform FlexHero ebenfalls kostenfrei möglich. Wer dieses Angebot nutzen will, meldet sich unter engagement@lra-dah.bayern.de und bekommt dann einen Registrierungslink zugesendet.

Ansprechpartnerin im Landratsamt ist die Leitung des Koordinierungszentrums Bürgerschaftliches Engagement Martina Tschirge und ihr Team.

Für alle Bürgerinnen und Bürger gilt: Einfach die kostenlose App FlexHero im App oder Play Store herunterladen und los geht's. *(LRA Dachau)*



Am 18. März feierte Landrat **Roland Grillmeier** seinen 50. Geburtstag. Das Amt des Landrats von Tirschenreuth bekleidet er seit 1. Mai 2020. Seither engagiert er sich beim Bayerischen Landkreistag in den Ausschüssen für Landesentwicklung und Umwelt sowie Wirtschaft und Verkehr. Darüber hinaus vertritt Landrat Grillmeier die Interessen der bayerischen Landkreise im Präsidium und Hauptausschuss des Kommunalen Arbeitgeberverbands Bayern e.V. und im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausgesellschaft.



Landrätin **Andrea Jochner-Weiß**, Landkreis Weilheim-Schongau, feierte am 24. April 2021 ihren 60. Geburtstag. Sie ist bereits über 30 Jahre kommunalpolitisch aktiv. Ihre Karriere begann sie als Gemeinderätin in Wielenbach, avancierte dort zur zweiten Bürgermeisterin und wurde Mitglied des Kreistags sowie stellvertretende Landrätin im Landkreis Weilheim-Schongau. Seit ihrer Wahl zur Landrätin im Jahr 2014 beschäftigt sie sich im Ausschuss für Landesentwicklung und Umwelt des Bayerischen Landkreistags mit wichtigen Zukunftsfragen wie etwa dem Klimaschutz. Zudem vertritt sie den Verband im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausgesellschaft e.V.



Am 11. Mai 2021 wurde Landrat **Erwin Schneider** 60 Jahre alt. Der studierte Diplom-Ingenieur und ehemalige Landtagsabgeordnete wechselte im Jahr 2000 vom Bayerischen Landtag ins Landratsamt und ist bereits über 20 Jahre Landrat des Landkreises Altötting. Seine Expertise wird nicht nur im Ausschuss für Finanzen und Sparkassen des Bayerischen Landkreistags sehr geschätzt, sondern auch im Beirat der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt gerne angenommen. Ferner vertritt er seit vielen Jahren mit großer Hingabe die Belange der bayerischen Landkreise im Verwaltungsrat und der Hauptversammlung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern.





Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirkstag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de